



Sezession

Martin Lichtmesz
Autogenozid

Torben Ulenwind
Denunziation

Karlheinz Weißmann
Gesellschaftsvertrag

Heino Bosselmann
Widerstand

Günter Scholdt
Was darf Satire?

47

April 2012
10 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (verantwortlich),
Erik Lehnert und Karlheinz
Weißmann.

10. Jahrgang, Heft 47,
April 2012

Sezession erscheint im Februar,
April, Juni, August, Oktober und
Dezember. Der Preis für das
Einzelheft beträgt 10 € zzgl. Ver-
sandkosten. Wer *Sezession* für
mehr als lesenswert hält, kann ein
Förderabonnement (75 €/sechs
Hefte) zeichnen. Das normale Jah-
resabonnement (sechs Hefte)
kostet 45 €, ermäßigt 30 € (junge
Leser in Ausbildung), jeweils inkl.
Versand. Auslandsabonnenten be-
zahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlän-
gert es sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel
im Heft vorbehalten. Für Anzeigen-
kunden gilt die Preisliste Nr. 10
vom Januar 2011.

Manuskripte sind stets willkom-
men und sollten für einen Kurzbei-
trag 8500, für einen Grundlagen-
beitrag 14500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 909 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

Postbank Leipzig
BLZ 860 100 90
Kto 913 644 908

ISSN 1611-5910

1 Editorial

2 Kolumnen

Bild und Text

4 Wagners Schatten in Leipzig Jakob Altenburg

Grundlagen

6 Schlattner – ein Lehrstück Götz Kubitschek

12 Autogenozid – fünf Notizen Martin Lichtmesz

16 Denunziation – Umriß einer Konstanten Torben Ulenwind

20 Die Lüge vom Gesellschaftsvertrag Karlheinz Weißmann

24 Gesellschaftsvertrag und Widerstand Heino Bosselmann

28 Warum wir in Afghanistan nicht gewinnen können Thomas Bargatzky

Kurzbeiträge

32 Geopolitik und Neue Rechte Felix Springer

34 Schreibtisch oder Gefecht? – Manöverernst Martin Böcker

36 Der Linksrutsch der FAZ Karlheinz Weißmann

Debatte

38 Was darf Satire? Günter Scholdt

42 Nolte, Nexus und Nasenring Thor v. Waldstein

Bücher

46 Rezensionen

54 Vermischtes

Bildinnenteil

Der Bildteil zeigt Arbeiten der russischen
Sezession, der »Peredwischniki«.

Autorenangaben

finden sich auf Seite 11

Politik und Kunst

von Götz Kubitschek

Hatte Besuch von zwei Journalisten, die auf der anderen Seite des Flusses wohnen. Sie waren für ein Gespräch angemeldet, sehen vieles ähnlich, ziehen den Karren aber in eine völlig andere Richtung – vor Hunderttausenden Lesern.

Manche Fragen waren leicht zu beantworten, etwa die nach dem Korsett einer »Neuen Rechten«: Sie begreift den Menschen als »riskiertes Wesen«, traut ihm viel, aber nicht zuviel zu; sie weiß, daß dieser Mensch auf Ordnung angewiesen ist, und daß man Ordnungen leicht aufs Spiel setzt, aber nur schwer wieder aufrichtet; sie nimmt die Lebensmöglichkeiten der Moderne wahr, ohne über diesen Möglichkeiten die Kehrseite der Medaille zu verkennen; sie spielt mit offenen Karten, sie vermute sich nicht, sie denunziert nicht; das, was sie sagt und denkt, muß sie äußern dürfen – ungehindert, ohne daß sie dafür kriminalisiert würde –, und sie hat mit der Schiefelage zu leben, daß es kein Leitmedium gibt, das auf ihrer Seite steht (großer Widerspruch an dieser Stelle bei den Besuchern, die die *FAZ* für rechts halten). Vor allem aber ist die »Neue Rechte« nicht nostalgisch, begreift den Menschen jedoch als »historische Existenz« – ob dieser nun eine sein will oder nicht – und leitet daraus Achtung vor den Vorfahren und Verantwortungsbewußtsein für die Nachkommen ab. (Während ich's so sagte, kam's mir wieder so banal vor, so selbstverständlich, so nicht der Rede wert – aber als das Gespräch weiterlief, wurde mir klar, daß es ganz und gar nichts Selbstverständliches ist, sich selbst als Glied jener Kette zu sehen, die unser Volk auf seinem Weg durch die Zeit bildet.)

Den beiden Journalisten war's zu defensiv: Woher die Larmoyanz komme, das Passive, das Gejammere über die schlechten Zeiten und die schlimmen Entwicklungen. – Gegenfrage: Wo bitte würde in der *Sezession* gejammert? Geklagt? Ist es nicht vielmehr ein nüchterner, desillusionierter, melancholischer und trotziger Habitus, ein »dennoch die Schwerer halten«?

Erwartbar war die Frage nach Distanzierungen: von den ganz Rechten, von den Nazis, von den Radikalen, letztlich auch von der Simplifizierung komplexer Themen. Schuldig geworden sei ich als Mitautor eines Buches über deutsche Opfer und fremde Täter, das zum Schema mache, was doch bloß immer wieder ein Einzelfall sei. – Gelesen hatte dieses Buch keiner der beiden Journalisten. Dennoch: Natürlich ist jede These eine

Simplifizierung, eine Vereinfachung der Komplexität, der Versuch, in den Griff zu bekommen, was stets ein bißchen glitschig bleibt. Und der Umstand, daß wir die ersten waren, die dieses Thema in seiner ganzen Brutalität und seinem ganzen Ausmaß doch wenigstens aufgebohrt haben, legitimiert diese Arbeit. Indes (und diese Infragestellung äußerte ich selbst): Sind unter jenen, von denen man Applaus für solche Bücher be-



kommt, nicht auch manche ein bißchen glitschig, vielleicht sogar ziemlich so, daß man sie nicht verteidigen möchte? Jede Menge Leute also, die im Internet anonym nur von »Kamelfickern« und »Kuffnucken« schreiben, wenn sie Moslems, von »Einmannzelten«, wenn sie verschleierte Frauen meinen?

Vor Zeiten erhielt ich einen Brief, darin stand: »Was ist das, wofür Du kämpfst? Weißt Du, dieses noch nicht geführte Gespräch ist wie die leere Mitte, um die wir kreisen. Du bist diesen Weg gegangen, und davon, welchen Weg man einschlägt, hängt vieles ab. Möglich, denke ich, wären Dir auch andere Wege gewesen, mir auch. Ich meine, ich glaube, es widerstreiten sich in Dir Politik und Kunst, und ich habe noch nicht verstanden, wie Du das in Einklang bringst.«

Ich bin mit den Journalisten bis zu diesem Punkt im Gespräch nicht gekommen, hätte auch keine Antwort, sondern nur ein paar Gedanken parat gehabt: daß nämlich in der Kunst alles riskiert werden könne und nichts ausgewogen sein müsse; daß die Expressivität, die geradezu wütende Form der Äußerung, nur in der Kunst, nie aber in der Politik ihren Platz habe, denn die Politik dürfe in ihrer Sorge um die Leute nicht riskant sein, nicht experimentell, sondern stets nur moderat, reformerisch, verpflichtend und ordnend, sorgsam und einbeziehend; hingegen die Kunst: jäh und umstürzend, das Laue wegfehend, die Erregung auf die Spitze treibend, ausgrenzend, egoistisch.

Zwischen beiden Stühlen sitzt, wer das Konservative nur revolutionär denken kann. Jeder halbwegs aufmerksame Leser muß bemerkt haben, wie stark die *Sezession* davon lebt, daß in ihr Politik und Kunst miteinander ringen. Wäre es nicht so, wäre der Ton nicht ebenso sorgfältig wie ausgrenzend, ordnend wie elektrisierend: Die beiden Journalisten, die von Grund auf ablehnen, was wir ihnen zu sagen haben, wären nicht nach Schnellroda gefahren.



Auf der Kulturschwelle

von Ellen Kositzka

Das Nachbardorf hat Zuwachs bekommen. Ein urban wirkendes Pärchen mit Kind, nette Leute. Das Nettfinden beruht auf Gegenseitigkeit. Die finden uns »aussteigermäßig und saucol«. Aus gepiercten Mündern darf man das als Kompliment empfinden. Hühner oder ähnliches Viehzeug halten sie nicht (»klingt vielleicht komisch, das verbinde ich immer mit Dreck«), dafür zwei Schlangen (klar, ungiftig) und einen Dogo Argentino (ganz dolle verschmust), eine für die Großwildjagd gezüchtete Rasse: »Dafür kriegste locker 'nen Kleinwagen! In der Stadt wirste mit so'nem Tier ja nur angestarrt!« Der hübsche Sohn im Vorschulalter trägt Irokesenkamm,



Ring im Ohr und einen phantasievollen Namen, den die literarisch interessierten Eltern der *Starwars*-Trilogie entnommen haben. Warum der Rückzug auf's Land? »Spießer findste natürlich überall, aber aufm Dorf kannst du doch mehr so dein Ding drehen.« Wer alternativ leben wolle, komme ums

Land doch gar nicht herum! Warum sie nicht eines der leerstehenden Gehöfte übernommen haben, statt auf dem Brachland ein Fertighaus zu »bauen«? Altbau sei halt immer Risiko, meint er. Sie führt Sorgen um Hausschwamm und Holzbock an, »dit sind ooch so unberechenbare Sachen.« Sorgfältig geplant haben die beiden auch ihre dauerhaften Körperverzierungen, Tätowierungen blitzen an den beabsichtigten Stellen hervor, an ihrem Nacken und Unterarmen, an seinen Waden. Die Sonne scheint, es ist März, der Rasen wurde gerade gemäht, »sonst blickste bald nicht mehr durch im Garten.« Zum Kaffee, den wir schuhlos im Wohnzimmer einnehmen, läuft leise rebellische Musik. Weil unser Sohn und der Irokese nun Vereinskameraden sind, liegt es nahe, daß man sich bei den Fahrten zum Training abwechselt. Ein Kinderthron zum Autotransport wird herangetragen. Gar nicht nötig! Wir haben einen frei! »Klingt vielleicht komisch, aber daß der Sitz ein aktuelles TÜV-Zeichen trägt, ist mir irgendwie wichtig«, sagt sie und hebt wie entschuldigend ihre beringten, zum Strich gezupften Augenbrauen. Kein Problem, sowieso nie. Landleben unter Aussteigern ist nämlich kein bißchen spießig.

Vor der Wirtschaft

von Heino Bosselmann

In der Demokratie gilt politische Leidenschaft nicht als Tugend, es sei denn, es handelt sich um Leidenschaft für die Demokratie. Alles andere ist verdächtig – früher des Ideologischen, heute des Populistischen, immer des Demagogischen. Wer ein Warum zu leben hat, der erträgt fast jedes Wie, so der aphoristische Nietzsche. Nur: Woher bezieht die Demokratie ihre Kraft? Die offiziellen Antworten sind wieder ideologisch: zuerst die Menschenrechte, dann »Europa«, neuerdings, forciert vom NSU-Schock, der »Kampf gegen rechts«.

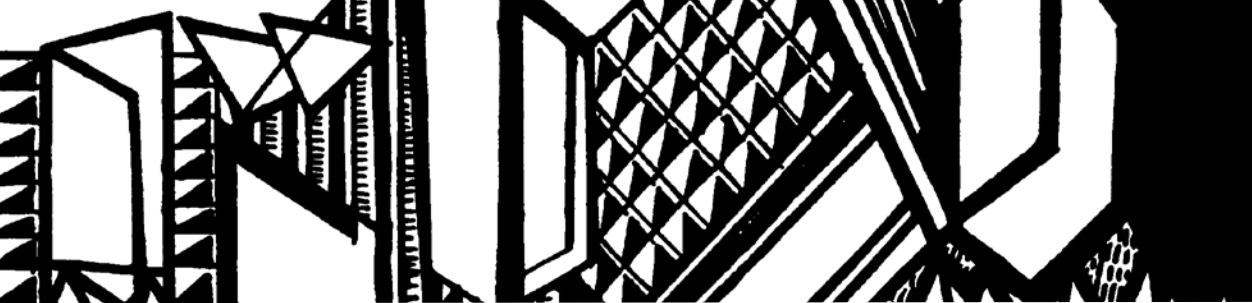


Daß die Menschenrechte nur noch von einer aktiv-intellektuellen Minderheit als hohe Errungenschaft erlebt werden, ist tragisch. Europa erscheint zwar vielen als kultureller Identifikationsraum, ist in Gestalt der EU aber reduziert auf das, was die EWG noch auf den Begriff brachte: ein nivellierter Wirtschaftsraum, mit Filialen dort, wo einst Vaterländer waren, ein Gewerbegebiet, das als Völkerfreundschaft beworben wird. Bleiben der »Kampf gegen rechts«, die Menschen- und Lichterketten und die Betroffenheitsinszenierungen.

Odo Marquards »Apologie der Bürgerlichkeit« gipfelt in dem Diktum: Vernünftig ist, wer den Ausnahmezustand vermeidet. Das ist nicht nur ein Hieb gegen Carl Schmitt, das ist die Legitimation der ph-neutralen Mitte, aus der nichts mehr erwächst.

Die wichtigste Quelle der Inspiration fällt mittlerweile vollständig aus – die Bildung. Sie verkürzte ihre Ziele auf das Hervorbringen marktauglicher Individuen und verzichtet auf die Herausbildung kritischer Urteilskraft zugunsten von Reproduktion, Anwendung, Wiedergabe.

In Form der Anonymous-Bewegung gegen den ACTA-Urheberschutz existiert aber immerhin eine jugendliche Massenbewegung. Neuer Schwung? Durchaus nicht. Die Botschaft: freier Download! Also wieder nur die Partizipation am nicht selbst Geschöpften statt des Mutes zur kraftvoll-schöpferischen Autorenschaft des Eigenen. Wieder nur Play-Taste. Dazu eine signifikante Symbolik, die Guy-Fawkes-Maske des uniformierten Massenmenschen, des nietzscheanisch letzten Menschen, der nicht mehr zu echtem Ausdruck findet.



Nach der Lektüre

aus der Leserschaft

Lebenshöhe? Ist dies das Endziel? Elitärer Habitus, verbunden mit resignativer Einsicht und dennoch vorhandener Sehnsucht nach Veränderungen radikaler Art? Das Ergebnis wäre Isolation, und man würde überrollt von der Entwicklung, wie die Konservative Revolution vom Hitlerreich. Mit der *Sezession* kann man sich heute ähnlich drapieren wie damals viele Bürgerliche, Wandervögel, Nationalisten mit Wagner und Nietzsche. Unter der Parole oder mit der Überzeugung, daß die Lage hoffnungslos sei, gibt man sich tatsächlich in »unsinnige Höhen« als Ersatz für die niedrige Realität des Vaterlands und der Nation. Man ist nicht mehr wirklich mit dem Volke verbunden, und so attackiert man das unterstellte Versagen der Masse der Deutschen, ihre Passivität, ihren Materialismus und so weiter.



Vielleicht weiß das Volk besser als Sie, wann es Zeit ist

zu schweigen, anstatt sich töricht zu äußern und ins offene Messer zu rennen. Solange also keine unwiderlegbaren Beweise für die definitive Dekadenz, den definitiven Volkstod vorliegen, verbieten sich Hoffnungslosigkeit und Resignation, gibt es keine rationale Alternative zur praktischen Verantwortung, zur Stellungnahme.

Die Diagnose »hoffnungslos« sagt wahrscheinlich mehr über die Diagnostizierenden als über den Patienten aus. Geschichte war schon immer ein ergebnisoffener Prozeß mit unvorhersehbaren Wendungen. Selbstredend ist die Lage äußerst bedrohlich, aber es gibt doch die Dissidenten und wirklichen Querdenker. Die Spanne reicht ungefähr von Jürgen Elsässer und Michael Klonovsky über Botho Strauss und Sarrazin bis hin zu Gerhard Wisniewski. Da findet man oft Klartext, und diesem Ton gegenüber klingen die Konservativen in der Tat wie »Unbetroffene«. Wenigstens de Benoist hat erkannt, daß es nun um »den Wert und die Wahrheit von Ideen, unabhängig von ihrer Herkunft« geht.

Es geht einzig darum, daß die intelligenten und konstruktiv-kreativen Köpfe nahezu aller Lager zusammenkommen. Wenn sich die Konservativen, Neuen Rechten daran nicht beteiligen wollen, dann kann man nur sagen: Tschüs, das wars mit Euch!

Hinter der Weltstadt

von Erik Lehnert

Es bedarf keiner prophetischen Gabe, um zu sehen, daß Joachim Gauck als Bundespräsident das System, in dem wir leben, stabilisieren wird. Sein Vorgänger hatte als lupenreiner Vertreter der Parteienoligarchie das Gefühl der Bürger verstärkt, auf diesem Feld schon lange keine Stimme mehr zu haben. Gauck hingegen kommt von außen. Er verdankte seine erste Kandidatur zwar den taktischen Erwägungen der Opposition, steht aber im zweiten Anlauf als Wunschkandidat der Politiker und der Bürger da. Damit wird die Illusion aufrechterhalten, daß das System für Außenseiter offen sei und über Personalreserven verfüge.



Diese stabilisierende Funktion Gaucks steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu den Befürchtungen seiner linksliberalen Gegner. Deniz Yüzel witterte in der *taz* hinter dem »Konsenskandidaten« die antidemokratische Sehnsucht nach einem Führer und sah in seiner Kritik an der »Entweltlichung des Holocausts« bereits eine Verharmlosung desselben. Daraufhin stellte Hannes Stein auf *weltonline* folgende, ohne stichhaltigen Beweis auskommende These in den Raum: »Gauck könnte den Holocaust-Konsens aufkündigen«. Dem widersprach indes *weltonline* gleich selbst in einem weiteren Beitrag: Man könne bei Gauck keinen Relativismus ausmachen, und dennoch sei ein neues Geschichtsbild für die Deutschen notwendig.

Die Gefahr, die hier gewittert wird, ist denkbar gering. Gauck wird den geschichtspolitischen Konsens nicht aufkündigen können, selbst wenn er es wollte. Es genügt nicht, auch auf die kommunistischen Verbrechen und den Stand der Wissenschaft zu verweisen. Der Konsens, um den es geht, die Singularität, ist in der religiösen Sphäre angesiedelt. Wer dort wirken will, muß ein positives Gegenbild malen. Als Christ hat Gauck das – und ist nicht zuletzt deshalb ein Feindbild.

Der Holocaust-Konsens aber wird ganz bestimmt von einer ganz anderen Seite in Frage gestellt werden: Je mehr Deutsche abstammungsmäßig keine mehr sind und sich nicht der deutschen Schuldgemeinschaft zurechnen, umso schwieriger wird es werden, diesen Konsens, Gauck hin oder her, aufrechtzuerhalten.

Wagners Schatten in Leipzig

von Jakob Altenburg

In Leipzig lassen sich derzeit beispielhaft zwei Symptome der Dekadenz unserer Zeit in einer mustergültigen Kombination beobachten: hier eine haltlose, talentfreie Kunst ohne Belang, dort die spezifisch deutsche Unfähigkeit, ein Vorbild zu feiern.

Nachdem im vergangenen Jahr die Klinger-Treppe rekonstruiert und der von Max Klinger geschaffene Marmorsockel aufgestellt worden war, lobte der Wagner-Denkmal e.V. einen Wettbewerb für ein neues Standbild aus. Es war dies, nach der Bronzeskulptur, die Klinger vor seinem Tod im Jahr 1920 nicht mehr vollenden konnte, und dem »Richard Wagner-Nationaldenkmal des deutschen Volkes« des Stuttgarter Bildhauers Emil Hipp, das gleichfalls unvollendet blieb (Hipp hatte 1932 den internationalen Wettbewerb gewonnen und von 1933 bis 1940 am Denkmal gearbeitet), der dritte Anlauf in Leipzig, dem Andenken Wagners einen großen plastischen Ausdruck zu verleihen. Im Juni 2011 fiel die Entscheidung: Mit einem zweigeteilten Denkmal, zusammengesetzt aus einer lebensgroßen Figur und einem übergroßen Schatten, konnte der Karlsruher Professor für Bildhauerei, Stephan Balkenhol, das Preisgericht überzeugen. Er setzte seinen Entwurf gegen einen schwarzen Quader von Carsten Nicolai und eine Skulptur aus Aluminium von Otto Berndt Steffen durch. Keiner dieser Entwürfe kam dem, was man sich für Leipzig und den Klinger-Sockel gewünscht hatte, auch nur ansatzweise entgegen. Die beiden letztgenannten Entwürfe mußten zwangsläufig an der öffentlichen Erwartungshaltung scheitern, dem Wunsch nach nachahmender Darstellung und Wiedererkennbarkeit, den zumindest die »konservativen« Mitglieder der Jury mit der Mehrheit der Leipziger Bevölkerung geteilt haben dürften. Der Gewinner tat den Preisrichtern den Gefallen und präsentierte einen Wagner, der, immerhin, irgendwie an Wagner erinnert. In der für den Bildhauer typischen groben Bearbeitung und Bemalung steht der Musiker schüchtern und heruntergekommen auf einer schwarzen Fußplatte. Seine Erscheinung ist »etwas verwildert«, ganz so, wie es im Exposé des Denkmalvereins tatsächlich gefordert worden war: Den Menschen wolle man zeigen, den jungen Mann, der Werk und Erfolg noch vor sich hat, nicht das Genie, nicht den Mythos. Hinter der Figur steigt, mehr als doppelt so hoch, eine

schwarze Silhouette aus der Plinthe empor. Über die schlichte Symbolik dieser Zwiespältigkeit klärt uns Balkenhol im Leipziger Fernsehen auf: Das Werk überrage und übersteige den Künstler und Menschen.

Gegen diese Auffassung von der Größe des Werks und der Bescheidenheit und Vergänglichkeit des Künstlers ist im Prinzip nichts einzuwenden. Tatsächlich können wir Wagners Musikdramen lieben und verehren, ohne zugleich ihrem Schöpfer zu huldigen, wir müssen uns noch nicht einmal für die Person Wagners interessieren, denn seine Werke wirken auch losgelöst von Lebenslauf und künstlerischer Absicht fort. Sie sind das, was bleibt. Das ist eine simple, aber gewiß keine banale Einsicht, aus der heraus dem schöpferischen Geiste vieles möglich gewesen wäre. Balkenhol aber begnügt sich mit einem figürlichen Bild der trivialsten Art, mit einer erschreckend plumpen Übersetzung der »Mensch wirft Schatten«-Idee.

Unserem Blick, der alles andere als wurzel- und interesselos ist, erscheint die ungeschlachte Figur des »jungen Wagner« als Abbild einer Mentalität, die gleichermaßen Ausdruck und Ursache »unserer dürftigen Zeit« ist. Die Rede ist von einem Bewußtsein, das erfüllt ist von der Furcht vor der Verehrung und besessen von der Gleichmacherei – in den Worten des Denkmalvereins: »Der (sic!) fehlende Pathos verleiht dem jugendlichen Komponisten Menschlichkeit. Es macht ihn zu einer Person wie du und ich« – eine Gleichmacherei, die sich in den heutigen Kunst- und Kulturwissenschaften als relativistische Äquidistanz zu jedweden Werken und Kulturen artikuliert. In diesen Wissenschaften ist eine Intelligenz wirksam, die getrieben ist vom Verdacht, hinter deutscher Kunst lauere, wenn nicht die Schuld selbst, so doch ihre ursächliche Vorgeschichte. Es ist anzunehmen, daß diese Intelligenz mit ihren impliziten, in Fleisch und Blut übergegangenen Denkfiguren auch Balkenhol die Hand führte.

Denn wie sonst ist es möglich, daß ein Bildhauer so hilflos vor der Entfaltungsfähigkeit seines Stoffes steht und die offenkundige Einladung des Sockels mit seinen Rheintöchtern, mit Siegfried und Mime, Kundry und Parsifal schulterzuckend ausschlägt? Der schließlich auch keine Mühe darauf verwendet, sich in die biographische Situation des Zwanzigjährigen zu versen-

ken, um von dort aus die Ideen und Maßstäbe für ein angemessenes Bildnis zu gewinnen? »Die Zukunftsgläubigkeit einer Epoche, aber auch ihre Untergangsstimmungen, ihr Reaktionärswesen und die Neigung zur revolutionär beflügelten Weltzertrümmerung, bürgerliches Ethos und bourgeoise Gewöhnlichkeit, altmeisterlicher Ernst und wilde Projektenmacherei, Ressentiments und große Freiheit des Urteils: es war alles in ihm« (Joachim C. Fest: »Über Richard Wagner«) – und nichts davon in Balkenholts Entwurf.

Wieder einmal also Verlust und Verfall, und wir kommen darüber endlich zum ideologischen Kern, der – möge die *intentio auctoris*, die subjektive Absicht des Bildhauers auch naiv und unschuldig sein – den Sinngehalt des Denkmals ausmacht. Der Schatten im Rücken des Kleinwüchsigen sei eine Reminiszenz an Klingers Skizze, heißt es, die für Werk und Wirkung stehe. Aber an welches Werk, an welche Wirkung gemahnt er? Kein Werk, nirgendwo: Im schwarzen Loch des Schattenrisses ist nahezu alles verschwunden. Es bliebe, wären da nicht die Reliefs des Sockels, nicht die leiseste Ahnung vom Reichtum der Musik, kein Ringen und Wähnen, kein Zauber, keine Leidenschaft, von den für das Werk Wagners so essentiellen mythologischen Bezügen und religiösen Ideen ganz zu schweigen. All das erlischt in der schwarzen Schablone, die, so die abschließende Deutung, nur einen Zweck erfüllt: das »kritische« und »verantwortungsvolle« Heraufbeschwören all jener gedanklichen und gefühlsmäßigen Verknüpfungen, jener vorgestanzten Bilder und Behauptungen, die nicht nur im deutschen Geiste einer zwanghaften Mechanik gehorchen.

Denn was soll uns das sagen: Wagner und sein großer, düsterer Schatten? Die bestürzend einfältige Antwort liegt auf der Hand, denn sie ist immer dieselbe, und wer nicht selbst darauf kommt, dem werden Infoblatt und Personal zukünftiger Stadtführungen auf die Sprünge helfen: Der Schatten, wird es dann heißen, das sei der Abgrund in Wagner selbst. Das sei sein häßlicher Antisemitismus, der aus dem einschlägigen Schriftwerk, dem *Judenthum in der Musik* spreche, besonders empfindsamen (oder gierigen) Hörern aber auch in den Tondichtungen entgegenschlage. Damit ist das große Aber! im »Fall Wagner« deutlich formuliert, die böserartige Verbindung aufgezeigt, das Urteil gesprochen: Es steckt viel »Hitler« in Wagner (Thomas Mann), dem »Lieblingskomponisten der Nazis«. Wir kommen nicht umhin, eine solche Denkmalkunst der »Kultur des Denunziatorischen« zuzurechnen, eine Kultur, deren Macht Bernhard Schlink in seinem gleichnamigen Aufsatz eindrücklich darlegte: »(Sie) unterwirft Personen einem Maßstab, der ihnen nicht gemäß ist, und überantwortet sie einem Gericht, das ihnen nicht gerecht wird. Das Gericht ist fest etabliert, und der Maßstab wird verlässlich exekutiert. Aber das schließt Denunziation nicht aus, es ist deren Voraussetzung«. Wer aber, der um die ehernen Fesseln des bundesdeutschen Denkmals und Fühlens weiß, hätte anderes erwartet?



Schlattner – ein Lehrstück

von Götz Kubitschek

Wenn wir – in schwarzen Stunden oder nach der Lektüre der Vision *Das Herrlager der Heiligen* von Jean Raspail – zu der Überzeugung kommen, daß wir Deutschen uns gegen den Eintritt in die Abenddämmerung unseres Volkes vergebens gewehrt haben, daß wir also verschwinden werden, zurückfluten, nein: zurückwachsen wie ein Gletscher, den sein Nährgebiet nicht mehr speist: dann könnten wir nach Hermannstadt in Rumänien fahren, um zu studieren, was uns erwartet. Es ist schön dort, wenn man sich abgefunden hat. Denn man geht durch eine deutsche Stadt, durch eine deutsche Kulisse, vorbildlich restauriert, durch den Krieg nicht zerstört, vergleichbar vielleicht mit Naumburg oder Heidelberg – Siebenbürger Sachsen jedoch trifft man nur noch an, wenn man sich mit ihnen verabredet oder einen jener wenigen Orte aufsucht, wo den Tag über ein paar von ihnen vorbeikommen: die Buchhandlung, die Volksgruppenvertretung, die Schule, ein Café.

Einer von ihnen ist der Schriftsteller Joachim Wittstock, ein ruhiger, hochgebildeter, sehr behutsamer älterer Herr, der gründlich zuhört und antwortet. Er ist hartnäckig dort, wo es um die korrekte Darstellung des Geschehenen geht – ein Handwerker der Sprache, der mit jedem Aufsatz ein kompliziertes Mosaik pflastert, denn es geht verwickelt zu beim ewigen Ringkampf des Menschen mit dem Menschen, oder konkret für diesmal: beim Blick auf die bis zuletzt unversöhnlich gebliebenen Opfer des großen siebenbürgischen Schriftstellerprozesses von 1959. Wittstock, der selbst nicht involviert war, wägt ab, urteilt nicht, schildert bloß und reicht zwei Sonderdrucke aus seiner Feder zum Thema über den Tisch. Wie gut, mit ihm gesprochen zu haben, bevor man sich von Hermannstadt aus ins Harbachtal und nach Rothberg (rumänisch: Rosia) aufmacht.

In diesem deutschen Dorf ohne Deutsche hält der Gefängnispfarrer und Ortsgeistliche Eginald Schlattner jeden Sonntag einen völlig einsamen Gottesdienst, »um Gott zu trösten, und um mich selbst zu trösten«, die leeren Bänke dabei ausgelegt mit den schwarzen Schulter- und Kopftüchern der dörflichen Sonntagstracht, »von den auswandernden Bäuerinnen zurückgelassen, mißachtet, so, als müsse man sich dort, wohin man aufbrach, dafür schämen, daß man so bedeckt einmal selbstverständlich jeden Sonntag zur Kirche ging.« Schlattner predigt über den Ruf (»Gott zürnt nicht, wenn man dem Ruf nicht folgt, aber er ruft kein zweites Mal«) und über die Kompromißlosigkeit der Berufung, die einen ins Unge- wisse, Neue hole. Dann über das Märchen vom Rattenfänger zu Hameln, der vor 800 Jahren die Kinder durch den Berg nach Siebenbürgen geführt habe; nun sei dieser Flötenton noch einmal erklungen, und zurück nach Deutschland sei alles Volk gezogen, nicht bloß die Kinder, auch die Eltern und Alten diesmal, von der Kirchenbank weg. »Wer hat gespielt und welches Stück ist erklungen?« Er, Schlattner, wisse es nicht.

»Ich erwarte von Ihrer Generation, daß sie den Dingen auf den Grund geht, das Geschehene beim Namen nennt, Verhältnisse und die Verhältnismäßigkeit ins Blickfeld rückt, der Wahrheit als gewußte Wirklichkeit das Wort spricht.«

Eginald Schlattner in einem Brief vom 9. August 2011

Kaum aus der Kirche, ist Schlattner kein Pastor mehr. Er ist jetzt jener Schriftsteller und barocke Erzähler, dessentwegen Rothberg von Lesern und Rezensenten angesteuert wird: der Verfasser dreier Romane, in denen er Rechenschaft ablegt über sein mit Schicksal beladenes, in Schuld verstricktes Leben. Schlattner, 1933 geboren, wuchs in Fogarasch am Fuß der Karpaten auf, begann in den fünfziger Jahren ein Studium der Evangelischen Theologie in Klausenburg (Cluj), wechselte zu Mathematik und Hydrologie und gründete mit Kommilitonen Anfang 1957 einen Literaturkreis zur Förderung schriftstellerischer Leistungen der deutschen Volksgruppe. Die ersten Aktivitäten dieses Kreises verliefen vielversprechend, es lasen Erwin Wittstock (der Vater des oben erwähnten Joachim Wittstock) und Alfred Meschendörfer – Autoren, die man entdecken kann, wenn man sich für den eigentümlichen Kulturkreis der Rumänendeutschen interessiert, angestoßen vielleicht durch die aus dem Banat stammende Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller. Der Staat aber, der dieser Selbstfindung einer wichtigen Volksgruppe für ein paar Jahre einen gewissen Raum ließ, schlug nach den Unruhen in Ungarn (1956) das Fenster wieder zu: Schlattner verschwand, und Ende 1957 erfuhr man, daß er in Kronstadt von der Securitate eingekerkert und der konspirativen Gruppenbildung beschuldigt worden sei.

In Kronstadt wurde Eginald Schlattner zunächst psychisch gebrochen und dann monatelang zu einer Figur aufgebaut, die in zwei Schauprozessen ihre Rolle spielen mußte. Im »Schwarze-Kirche-Prozeß« (November 1958) hatte er als Belastungszeuge auszusagen, im berühmteren »Schriftstellerprozeß« (September 1959) war er mitangeklagt und hatte die eigentlichen Zielpersonen dieser Säuberung zu beschuldigen. Zu Kerker und Zwangsarbeit nämlich wurden verurteilt die Schriftsteller Hans Bergel (15 Jahre), Wolf von Aichelburg (20 Jahre), Georg Scherg (20 Jahre), Andreas Birkner (25 Jahre) und Harald Siegmund (zehn Jahre). Ihnen allen wurden Taten zur Last gelegt, die weder kriminell noch umstürzlerisch waren, sondern allenfalls Auslotungen des Sagbaren unter diktatorischem Regime oder bloß literarische Treffen und Gesprächsrunden. Die Anklage aber nagelte diese für jeden Autor selbstverständlichen Öffentlichkeits- und Schreibformen zu einem »Konspirationsblock« zusammen – unterstützt durch Aussagen Schlattners. Dieser Schauprozess diente der Abschreckung, und Schlattner war nichts anderes als die weiße Billardkugel, mit deren Hilfe man die anderen, um die es eigentlich ging, ins Loch stieß.

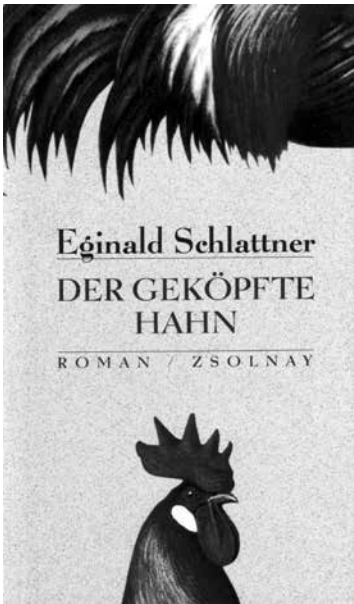
Schlattner selbst wurde mit einer geringen Strafe belegt und kurz nach dem Prozeß entlassen, die anderen kamen zum Glück bis 1964 wieder frei. Er arbeitete nach seiner Entlassung in einer Ziegelfabrik und danach als Ingenieur. 1973 nahm er das Studium der Evangelischen Theologie wieder auf. Seither ist er als Pfarrer in seiner (nicht mehr vorhandenen) Gemeinde in Rothberg und als Seelsorger in rumänischen Gefängnissen eingesetzt. Mit dem Schreiben begann er Anfang der neunziger Jahre wieder.

Schlattner ist einer jener Autoren, die niederschreiben, was sie sagen müssen – um danach wieder zu verstummen. Der Erzählbogen der existentiellen Trilogie Schlattners erfaßt die Vorkriegsjahre nebst Infizierung der deutschen Volksgruppe durch den Herrenmenschen-Wahn, spannt sich über den Krieg und den Frontwechsel der Rumänen (bis hierher in *Der geköpfte Hahn*, 1998) und die Enteignung der Deutschen in Siebenbürgen und im Banat (*Das Klavier im Nebel*, 2005) und schließt mit Verhaftung, Verhören, Präparierung und Prozeß sowie den taumelnden Schritten des entlassenen Studenten, der als ein ganz anderer weiterleben muß (*Rote Handschuhe*, 2000). Vielleicht ist die Zersetzung eines jungen Mannes durch Haft und Folter in einem Securitate-Kerker nie eindringlicher literarisch dargestellt worden als in *Rote Handschuhe*: Wie der Ich-Erzähler seine Verhaftung zunächst für einen Irrtum hält, wie er dabei bleibt, daß er nichts zu erzählen, geschweige denn zu gestehen hätte; wie er dann, nach Monaten der Haft, nach stundenlangen Verhören, nach Gesprächen mit anderen Gefangenen (die seit Jahren in sich nach dem Geständnis suchen, das man wohl von ihnen hören möchte) zusammenbricht – und endlich vermeint, entlang eines sozialistischen Deutungsrasters sich selbst auf die Spur zu kommen und den Staatsfeind in sich entdecken zu können: Das ist ebenso eindringlich, atemlos und beklemmend geschildert wie die Aussage nach Drehbuch im Schauprozess.

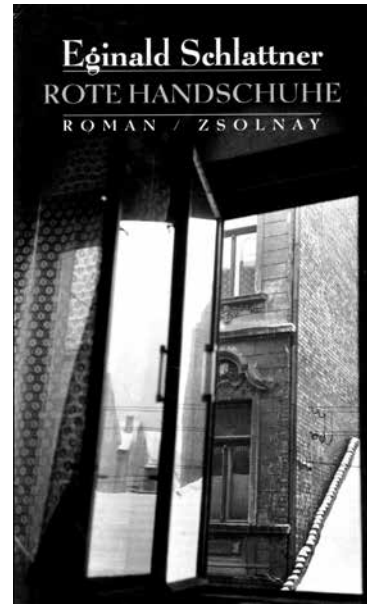
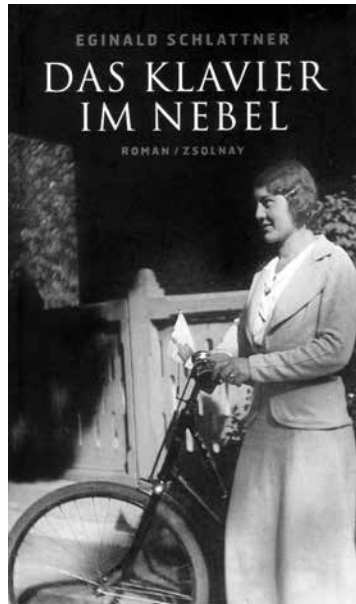
»Im Falle dieser Angeklagten heißt es für mich eine Wahrheit finden, die für alle fünf gültig ist, eine Art von kleinstem gemeinsamem Nenner. Selbst wenn mein Wissen von ihren Aktivitäten fragmentarisch ist, dürfte für jeden einzelnen zutreffen: keiner ist mit Leib und Seele für den Sozialismus. Andererseits, und das stimmt ebenfalls für alle fünf, sind sie harmloser, als sie daherreden, sind sie besser, als sie denken. In der Parteisprache hört sich das so an: Ihr ideologisches Bewußtseinsniveau ist hinter ihrer literarischen Produktion zurückgeblieben.«

Eginald Schlattner: *Rote Handschuhe*, S. 475

Nach dem Ende dieser Farce wurde unter anderem der bereits erwähnte Hans Bergel nicht in die Freiheit entlassen (wie Schlattner), sondern für lange Jahre in Arbeitslager und Kerker verschleppt. Er hält daher Schlattners Schilderungen für läppisch, vergleiche man sie mit dem, was es wirklich zu erleiden und durchzustehen gegolten habe in den Verhörmühen der Securitate. Aus allem, was Schlattner schreibe, seien die privilegierten Bedingungen seiner Haft ablesbar. Bergel selbst hat in seinem *Der Tanz in Ketten* die Hölle der Haft, die Kunst der Zersetzungen, die Verästelungen des Verrats geschildert und in diesem autobiographisch aufgeladenen Buch Bilder geprägt, die man nicht mehr vergessen kann: Wenn Bergel es selbst war, der in kalten Katakomben Tage der Einzelhaft in knietiefem Wasser durchstand, dann hat er mehr ertragen, als ein Mensch gemeinhin ertragen kann – und dann hat er alles Recht, die Schilderungen Schlattners als ein Kratzen am Höllentor und *Rote Handschuhe* als selbststilisierende Verzeichnung der wahren Begebenheit abzutun.



Der geköpfte Hahn.
Roman, Wien 1998;
Das Klavier im Nebel.
Roman, Wien 2005;
Rote Handschuhe.
Roman, Wien 2000.



Dies ändert aber nichts daran, daß Schlattner ein begnadeter Erzähler ist, ein Epiker von grandiosem Format, der nun einmal seine Geschichte erzählt – sie ist schlimm genug. Wie er in *Der geköpfte Hahn* seinen Roman um einen einzigen, entscheidenden Tag herum anordnet (den 23. August 1944, an dem Rumänien die Deutschen verriet und die Front wechselte) und in Rückblenden alles auf ein Entladungsfinale (zerbrechende Freundschaft, zerbrechende Front, zerbrechende Gewitterwand) hin komponiert: Das ist eine Kunst, die man nicht erlernen oder nachahmen kann.

»Kommen Sie herein, kommen Sie herein, hier wird erzählt, auf dem Balkan kann man noch erzählen«, ruft Eginald Schlattner den Besuchern zu, ebenso eitel wie selbstsicher, ebenso gastfreundlich wie voller spürbarer Lust auf ein Publikum. Schlattner weiß, daß die Rede auf seine Bücher kommen wird, auf seine großen Rechenschaftsberichte. Er zögert diesen Moment hinaus, er inszeniert diese Verzögerung geradezu, und man merkt, daß er dieses Thema scheut, weil er weiß, daß der Besucher unbequeme Fragen mitbringt und nicht nur Schlattner gelesen hat.

Während also zunächst einmal über dies und das berichtet, von dieser oder jener Begegnung erzählt wird, erscheint auf dem Altan eine orthodoxe Nonne. Sie ist zu Gast, liest die *Brüder Karamasow* in deutscher Übersetzung und tischt in k.u.k.-Manier auf: Grießknödelsuppe, Bohnentopf mit Wurst, Nußstollen, dazu Likör und Kaffee. Draußen wird derweil die Kutsche angespannt, ein Coupé, und während man fährt, winkt Schlattner (der Pfarrer, der Schriftsteller, das barocke Gemüt) den Leuten mit einem einzelnen roten Handschuh(!) zu. Wieder zurück, bezahlt der Gast den Kutscher, das geschieht alles ganz selbstverständlich. Es gibt Schwarztee mit Kümmel, Kaffee und Gebäck, man nimmt im Windfang Platz, und dann muß unausweichlich das Gespräch endlich auf die Bücher kommen, oder doch eigentlich nur auf *Rote Handschuhe*.

Darin, in dieser großen, autobiographischen Aufzeichnung und Rechtfertigung einer entsetzlichen Lebensphase, kommt Schlattner jener versöhnliche Humor abhandeln, den er sonst nie verloren hat als Erzähler siebenbürgischen Schicksals dreier Jahrzehnte: Schlattner karikiert auf seltsam arrogante Art jene fünf Schriftsteller, die im Prozeß von 1959 auch aufgrund seiner erpreßten Aussage verurteilt worden waren.

Hans Bergel: Er, der große, stattliche Mann und Leistungssportler, erscheint als der kleine Mann »Hugo Hügel«, maßlos von sich selbst überzeugt, dem auf Lesereisen ständig ein paar junge Studentinnen am Arm hängen. Er wird von Schlattner halb als verkappter Nazi, halb als willfährig Angepaßter an das sozialistische Rumänien geschildert. Dabei war man einst befreundet, und es ist verbürgt, daß Bergel als eine Art Mentor dem jüngeren Schlattner eines Tages die versteckte Regimekritik in seinem Jugendbuch *Fürst und Lautenschläger* (1946, ausgezeichnet 1957) in allen Details auslegte.

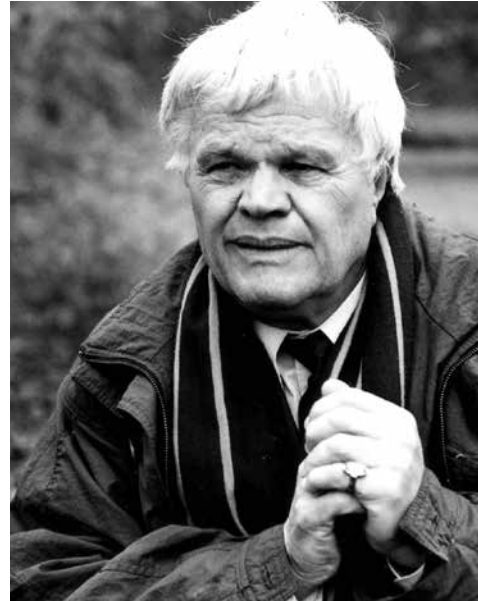
Oder Harald Siegmund: Aus ihm – Pfarrer wie Schlattner – wird »Herwald Schönmund«, ein »gelernter Wortverdreher und gottbegnadeter Poet«, Verfasser einiger Sonette für den Hausgebrauch und etlicher Predigten, »wo weniger von Jesus Christus als von Gottfried Benn und Thomas Mann die Rede war«. Andreas Birkner erscheint unter dem Pseudonym Oinz Erler »als der sächsische Übermensch im Kirchenpelz«, und hinter Getz Schräg verbirgt sich Georg Scherg, dem es »in sechs Wochen gelang, einen Familienroman zu schreiben« – wird nichts Gescheites herausgekommen sein dabei.

Warum solche Backpfeifen, wozu dieser Hohn? Verblassen nicht die Kunst oder das Nichtkönnen eines Schriftstellers hinter seiner Verhaftung und Aburteilung, die allein aus dem Grund erfolgte, daß er schrieb? Muß man nachtreten, wenn doch endlich Ruhe eingekehrt ist und man selbst mit einem Bestseller (*Rote Handschuhe* liegt in mehreren Auflagen und als Taschenbuch vor und ist verfilmt) den Blick einer ganzen Lesergeneration prägen kann? Kann man es den in dieser Hinsicht doppelt Unterlegenen (im Prozeß, in den Bestenlisten) verdenken, daß sie nach der Lektüre dieses Romans jede Versöhnung für obsolet, jeden Annäherungsversuch für gescheitert erklären?

Eginald Schlattner schwimmt, er versucht sich in ein paar seltsamen Erklärungen und Rechtfertigungen und desavouiert Bergel erneut: Verräter habe der ihn genannt, und das sei ein häßliches Wort. Und schon ist *Rote Handschuhe* aufgeschlagen, und Schlattner liest vor, um den Angriff abzuwehren: »Aber recht betrachtet ist der Verräter einer, der den Mut hat, sich von den Regeln und dem Druck seiner Gruppe freizumachen, manchmal sogar aus edlen Gründen.« Nicht er habe sich also bei Bergel, jener habe sich bei ihm zu entschuldigen.

Doch wofür? Und wozu überhaupt? Viel Zeit ist vergangen, und wäre der Spott in *Rote Handschuhe* nicht so offensichtlich und unnötig, kein Mensch würde diese alte Sache, bei der es wohl nur Verlierer gab, noch einmal aufrühren wollen. Überhaupt das Zitat eben – jetzt schlägt der Besucher auf: Schlattner habe an der falschen Stelle zu lesen aufgehört, denn der Mithäftling spreche noch weiter. »Junger Freund, du wirst es draußen schwer haben. Vorsicht! Keine unnötige Bewegung, kein Wort zuviel.« Warum er dies nicht beherzigt habe? Warum zuviel der unschönen, unnötigen, herablassenden Worte über Bergel, Scherg, Birkner und die andern? Hätte sein Roman etwas verloren, wenn er diese Stellen anders formuliert hätte? Zugeneigt, behütend, respektvoll? So aber habe sich Schlattner für seine Lesereisen in Deutschland mit Bergel einen hartnäckigen Verfolger eingebrockt, der aus der Zuhörerreihe heraus das Wort ergreife und seine Version der Geschichte erzähle!

»Es war meine Entscheidung!« Jetzt poltert Schlattner. Er sei hier der Schriftsteller, und man könne Bergel und ihn gar nicht vergleichen, weder literarisch noch persönlich, literarisch also auf gar keinen Fall – oder sei hier jemandem ein Buch aus der Feder Bergels bekannt, das verfilmt worden sei? – Widerspruch, erneut: als ob es darauf ankomme, als ob es plötzlich auf den Erfolg ankomme, wo es um Wahrheit, Perspektive und Versöhnung gehe!



Eginald Schlattner
© Autorenfoto von
Isolde Ohlbaum

Dann ist es still am Tisch, der Kaffee ist getrunken, der Tee ist kalt geworden, der Gesprächsfaden gerissen. Anknüpfungsversuch: Man habe sich vor der Fahrt nach Rumänien noch einmal mit dem Banater Schriftsteller Richard Wagner getroffen. Er habe, befragt nach seinen Kenntnissen der Causa Schlattner, kategorisch gesprochen: Auch er, Wagner, habe die Securitate kennengelernt und sei ein paar Tage lang verhört worden. Andere hätten länger eingesehen und seien mißhandelt worden. Dennoch sei es bei der Aushebung der von ihm mitinitiierten Banater Gruppe Mitte der siebziger Jahre nicht um Leben und Tod gegangen. Bei Schlattner, Bergel und den anderen habe es sich hingegen nicht um ein Mehr oder Weniger (etwa: kann man publizieren oder nicht?) gehandelt, sondern grundsätzlich um ein Alles oder Nichts: um Vernichtung oder Davonkommen. Er könne über Schlattner daher nicht den Stab brechen, über die informellen Mitarbeiter seiner eigenen Zeit hingegen sehr wohl, und dies sei der Grund, warum er in den Prozessen gegen die Denunzianten seiner Generation sich finanziell und physisch bis an den Rand des Erträglichen begeben habe.

Schlattner sinniert jetzt und will nicht mehr sprechen. Im Haus räumt die Zigeunerin Carmen das Geschirr auf. Sie gehört zu Schlattners Zöglingen, »sie ist die Zukunft dieses Landes, sie übernimmt das Erbe derer, die abgehauen sind, die wegwarfen, was ihnen gegeben war. Und jetzt? Schauen Sie sich um: Kulissen nur noch. Aber es sind wieder Menschen darin, andere eben. Und in dem, was Sie sagten, eben: Da waren zwei, drei neue Gedanken auch für mich mit dabei. Aber bitte: Wozu das noch? Es ist vorbei, und es geht ganz anders weiter, hier, und doch auch bei Ihnen in Deutschland, nicht?« Nostalgischer Schmelz war noch nie in der Stimme Schlattners, eher sogar so etwas wie Distanz zum Eigenen, das nun zu Ende geht – unwiderruflich.

(von zu Hause aus)

»Lieber Herr Pfarrer Schlattner,

ich bin zurück in Schnellroda. Ich danke für Gespräch, Kost, Kutschfahrt, vor allem für den Gottesdienst und die Widmung ins Buch. Ich weiß, daß Sie und Bergel und viele andere zu einem für die Entwicklung einer ›Normal-Biographie‹ verheerenden Zeitpunkt in die Knochenmühle des 20. Jahrhunderts geraten sind. Ich kann mir, das sagte ich schon, schlechterdings nicht ausmalen, was einem körperlich, seelisch und geistig angetan werden kann, wenn man schmort und nicht weiß, ob man der letzte Trottel ist, der noch nicht ausgepackt hat (obwohl es nichts auszupacken gibt), oder am Ende doch der erste Stein, den die Belagerer aus der Mauer brechen.

Ich glaube nicht, daß ich irgend etwas vermitteln kann zwischen Bergel und Ihnen, das ist jetzt vermutlich auch gar nicht mehr notwendig. Wenn ich über Ihre Romane, über Bergels Worte zur Sache und über den Schriftstellerprozeß an sich schreiben sollte, dann wird dies ein sehr friedfertiger, bloß darstellender Text sein, dem alles Angriffslustige, Entlarvende fehlen und in dem die Demut vor Ihrer und der anderen Schriftsteller Lebenslast zum Ausdruck kommen wird. Sie sind sehr konsequent den Weg zu den Ärmsten der Armen in die Gefängnisse gegangen und sind dennoch – das bewundere ich! – ein in der Kunst der ironischen Selbstdarstellung bewandertes Mann geblieben. Wie anders sollte ich die Kutschfahrt deuten, die Sie, bewaffnet mit einem roten Handschuh, antraten und die vom Dorf entweder als Marotte, Wunderlichkeit, Lebenslust oder Eitelkeit wahrgenommen werden mußte – bevor Sie der Sache dann durch jene wunderbare Geste die Spitze nahmen: durch die Einladung an die Zigeunerkinde, mitzufahren und das Winken mit dem Handschuh zu übernehmen. In dieser halben Stunde steckte für mich gleichermaßen die Sehnsucht nach Hierarchie neben der Brechung dieser übertrieben arrangierten Herrenfahrt, die Freude am prallen Leben, eines Ihrer Selbstbilder, eine echte Zuneigung zu den kleinen Leuten, ein Abschied vom deutschen Siebenbürgen für immer und so weiter.

Sie wollen die Inszenierung Ihres Lebens selbst in der Hand behalten. Für ein paar Stunden tauchte ich als eine aufmerksame Nebenrolle in Ihrem Drehbuch auf und brachte es ein wenig durcheinander. Ich war gerne da. Nächstens mehr (würde Hölderlin sagen).«

Literaturhinweise:

Hans Bergel: *Der Tanz in Ketten. Roman*, Innsbruck 1977;

Hans Bergel: *Zuwendung und Beunruhigung. Anmerkungen eines Unbequemen*, Innsbruck 1994;

Hans Bergel: *Wenn die Adler kommen. Roman*, München 1996;

Peter Motzan/Stefan Sienerth (Hrsg.): *Worte als Gefahr und Gefährdung. Fünf deutsche Schriftsteller vor Gericht*, München 1993;

Renate Windisch-Middendorf: *Der Mann ohne Vaterland. Hans Bergel – Leben und Werk*, Berlin 2010;

Joachim Wittstock: »Literarische Zentrenbildung in Ostmittel- und Südosteuropa«, in: *Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas*, Bd. 120, München 2010.

Autoren dieses Heftes

Jakob Altenburg, 1975, studierte Philosophie und Soziologie in Tübingen.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Museumswesen und freier Autor.

Prof. Dr. Thomas Bargatzky, 1946, studierte Ethnologie, Soziologie, Philosophie und Alt-amerikanistik und ist promoviert als Ethnologe. Seit 1990 Professor für Ethnologie an der Universität Bayreuth.
Mythos, Weg und Welthaus. Erfahrungsreligion als Kultus und Alltag, Münster 2007

Martin J.G. Böcker, 1981, ist studierender Offizier an der Universität der Bundeswehr in München und betreibt das Interview-Blog *dasgespraech.de*.

Heino Bosselmann, 1964, unterrichtete an Gymnasien, wandte sich ab und lebt nun als freier Publizist.

Ellen Kositzka, 1973, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie, freie Publizistin. 2008 Gerhard-Löwenthal-Preis.
Gender ohne Ende oder Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie.
Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios).
Deutsche Opfer, fremde Täter. Ausländergewalt in Deutschland – Hintergrund, Chronik, Prognose, gemeinsam mit Michael Paulwitz, Schnellroda 2011

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie, Geschäftsführer des *Instituts für Staatspolitik (IfS)*.
Schlüsselwerke, Band 2 des *Staatspolitischen Handbuchs*, hrsg. gemeinsam mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2010
Wozu Politik? Vom Interesse am Gang der Welt, Schnellroda 2010

Martin Lichtmesz, 1976, ist Filmemacher und freier Journalist.
Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate, Schnellroda 2011

Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes.
Das konservative Prinzip, Schnellroda 2011

Felix Springer, 1988, ist studierender Offizier an der Universität der Bundeswehr in München. Autor des Internetblogs der *Sezession*.

Torben Ulenwind, 1978, betreibt das Internet-Blog *eulenfurz.de* und arbeitet vorwiegend im Ausland. Sein Beitrag für dieses Heft stammt vom Oktober 2009 und wird hier mit Genehmigung des Verfassers gekürzt abgedruckt.

Dr. Dr. Thor v. Waldstein, Rechtsanwalt, Studium der Rechtswissenschaft, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie, Promotion in Politik- und Rechtswissenschaft.
Der Beutewert des Staates – Carl Schmitt und der Pluralismus, Graz 2008

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie und ist promoviert als Historiker.
Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011
Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945, Berlin 2011

Autogenozid – fünf Notizen

von Martin Lichtmesz

I. An allem ist wieder einmal Hitler schuld. Nicht nur der historische, sondern auch der untote, künstlich am Leben erhaltene Dracula, der zum konstituierenden Inventar der Bundesrepublik gehört und wohl auch erst zusammen mit ihr zu Staub zerfallen wird. Vorher wird er aber vermutlich jenem ethnologisch weiterhin halbwegs bestimmbar Gruppchen, das man einmal das »deutsche Volk« nannte, noch den letzten Blutstropfen ausgesogen haben. Und das Opfer genießt diesen Akt nicht ohne Wollust. Am Kurs dieses permanenten Aderlasses, der allmählich in seine kritische Phase tritt, hat sich seit Jahrzehnten nichts geändert, weswegen Günter Maschkes Essay »Die Verschwörung der Flakhelfer« aus dem Jahr 1985 ein Evergreen geblieben ist. Daß die Historisierung des Nationalsozialismus verhindert wird, hat nach Maschke einen guten Grund: »Da man Hitler nicht erklärt, kann er nicht sterben, – er darf ja nicht sterben. Nebenbei kann man die deutsche Geschichte in ein Verbrecheralbum, betitelt ›Von Luther bis Hitler‹, umwandeln. Und so wirkt diese Literatur, deren Vertreter dauernd fordern, daß noch mehr bewältigt und aufgearbeitet werde, nicht nur staats-, sondern auch volkszerstörend; sie ist ein Beitrag zum psychischen Genocid am deutschen Volk bzw. zum deutschen Autogenocid.« Denn: »Selbst nach den Vorstellungen der UNO gibt es einen psychischen Genocid, indem man etwa einem Volke seine Kultur, sein Gedächtnis raubt (und durch ein anderes ersetzt). Wenn Angehörige eines Volkes selbst diese Zerstörung betreiben, ist die Zeit für klare Feinderklärungen innerhalb dieses Volkes da«. Der Begriff »Autogenozid« wurde übrigens gelegentlich benutzt, um die Verbrechen der Roten Khmer am eigenen Volk im Namen einer radikalkommunistischen Kulturrevolution zu beschreiben.

II. Aus dem Geleitwort zum ab 1933 ausgegebenen »Ahnenpass«: »Die Eltern der Ehegatten und jedes Kind, das den Ehegatten geboren wird, werden aufgezeichnet. Jeder Mensch wird in Beziehung gesetzt zu seinen Vorfahren und Nachfahren. Dem Einzelnen wird zum Bewußtsein gebracht, daß er nur ein verbindendes Glied in einer langen Kette von Geschlechtern ist. Es wird in ihm das Gefühl der Verantwortung geweckt, die er für die Erhaltung seines Geschlechts und damit zugleich für die Zukunft des deutschen Volkes trägt. Das Familienbuch soll den jungen Eheleuten ein steter Mahner sein: Du sollst dir möglichst viele Kinder wünschen! Erst bei drei oder vier Kindern bleibt der Bestand des Volkes sichergestellt. ... Du vergehst, was du deinen Nachkommen gibst, bleibt; in ihnen feierst du Auferstehung. Dein Volk lebt ewig!« An diesen Forderungen ist nichts Verwerfliches, und sie sind durchaus aktuell; man wird traurig, wenn man sie heute liest, weil auch sie vom schwarzen Loch des Nationalsozialismus verschluckt wurden. Freilich fällt auf, daß man offenbar schon in den dreißiger Jahren von staatlicher Seite anmahnen mußte, was

»Ein ›geistiges AIDS‹, ein Virus des Nihilismus, hat die natürlichen Abwehrkräfte der Europäer gravierend geschwächt. Infolgedessen haben sie sich der Selbstausslöschung hingegeben. Deren Hauptsymptom ist die ›Xenophilie‹, eine systematische Bevorzugung des anderen gegenüber dem Selbst.«

Fjordman: »Vorbereitung auf Ragnarök«, in: ders.: *Europa verteidigen*, S. 77

früheren Generationen eine Selbstverständlichkeit war. Fraglich ist auch, ob die rein biologische Transzendenz im Generationenstrom ausreichend ist. Selbst im Alten Testament, dem Manifest der Vaterfolge und Volkskontinuität schlechthin, ist es erst der Bund mit Gott, der dem Volk und dem Samen der Stammväter seinen Wert verleiht. Im Zeitalter des Nihilismus und der »Auflösung aller Dinge«, in dem man über jeden vorbeitreibenden Strohalm dankbar sein muß, ist das aber fast schon ein hochmütiger Anspruch. Niemand kann Gott zu etwas zwingen. Man muß sich heute also bescheiden. Der heutige Massenmensch teilt nach Hans-Dietrich Sander nicht mehr die Sorge, vor seinem Tod »letzte Weisungen für das Leben nach ihm in seinem kleinen und großen Lebensraum getroffen zu haben ... Er fühlt keine Verantwortung mehr für Weib, Kind, Knecht, Magd, Vieh, alles was sein ist, und was über sein Eigen hinausreicht in das Gemeinwesen, in die Geschichte. Er ist, vom Tod her gesehen, nicht einmal sich selbst und für sich selbst verantwortlich. So stirbt der Mensch, der Müll geworden ist. ... Was in den Zeiten des Sinnverlusts und der Gottverlorenheit Lebens- und Sterbehilfe war – die Kinder, das Volk, die Leistungen, die stoische und die epikuräische Philosophie –, hat in solcher Perspektive keine Heilkraft mehr.« Heute leistet man sich die mutwillige Zerstörung dieser Dinge, deren Verlust durch die Verteilung von sozialistischem Opium kompensiert werden soll. Man wähnt sich mit mathematischer Sicherheit auf der richtigen Seite, wenn man das genaue Gegenteil jeglicher im »Dritten Reich« betriebenen Politik propagiert – eine frevelhafte Verblendung, die nur in eine neue tiefe Schuld führen wird. Eine junge Politikerin der »Linken« äußerte im Januar 2012, sie »liebe und fördere den Volkstod«, angeblich nur, um einen rechten Vogel im Internet zu provozieren. Später relativierte sie die Aussage dahingehend, daß der Begriff des »Volkstodes« wie »Volk« selbst doch ein bloßes Konstrukt sei – eine typische Behauptung der Linken, die andererseits beliebt, die Deutschen als ewig in der »Schuld« und »Verantwortung« stehende Abstammungsgemeinschaft zu betrachten. Der »Volkstod« ist indessen eine unbestreitbare demographische Tatsache. Der Begriff ist nicht weniger unscharf als jener des »Genozids« selbst, denn bisher geschah es in der Geschichte eher selten, daß tatsächlich ganze Völker biologisch restlos ausgerottet wurden. Eher lösten sie sich per Ethnomorphose in andere, stärkere Völker auf. Diesem Umstand trug die Theorie des Genozids von Anfang an Rechnung.

III. Der Begriff »Völkermord« wurde ausgerechnet in Deutschland geprägt. August von Platen verwendete ihn 1831 in einer Ode, die die Unterwerfung der polnischen Nation anprangerte. Das lateinisch-griechische Kunstwort »Genozid« hatte allerdings von Anfang an eine deutschemfeindliche Tendenz. Erfunden wurde es 1944 in den USA von dem polnisch-jüdischen Juristen Raphael Lemkin im Rahmen der Propagandaschrift *Axis Rule in Occupied Europe*. Lemkin plädierte dafür, den Völkermord zur internationalen Straftat zu erklären. Im Nürnberger Prozeß wurde der Begriff von der Anklage bereits ausgiebig verwendet, fand sich jedoch noch nicht unter den offiziellen Anklagepunkten. Der Durchbruch kam 1951 mit der UNO-Resolution zur »Verhütung und Bestrafung des Völkermordes«, pünktlich nach Abwicklung eines Völkermordes im größeren Stil, verantwortet von den Richternationen von Nürnberg. Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Reiches forderte rund 2,1 Millionen Tote und erfüllt die meisten der UN-Kriterien des Völkermordes, der definiert wird als »eine der folgenden Handlungen, begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören: a) das Töten von Angehörigen der Gruppe, b) das Zufügen von schweren körperlichen oder seelischen Schäden bei Angehörigen der Gruppe, c) die absichtliche Unterwerfung unter Lebensbedingungen, die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen, d) die Anordnung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung, e) die gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.«

Es ist keine Nebensache, daß weder die englische noch die französische, italienische oder spanische Version des Wikipedia-Eintrags zu »Genozid« (um nur die wichtigsten Sprachen zu nennen) die Vertreibung der Deutschen als Beispiel für Völkermord erwähnt. Auf der deutschen Ver-

»Wir leben in einer Welt, in der zwar nonstop über »Demokratie« geschwafelt, ohne Unterlaß »Demokratisierung« gefordert wird, in der aber gerade die wichtigsten Entscheidungen von unkontrollierbaren, zum Teil nicht einmal bekannten Gruppen getroffen werden. Das gilt nicht nur für die europäische Ebene. So gesehen, ist Politik die Kunst, den Volkswillen und notfalls sogar den Parlamentswillen zu umgehen, ihn »unschädlich« zu machen«.

Günter Maschke: »Verräter schlafen nicht«, S. 131



Autogenozidale
Stadtplanung – Berliner
Spielplatz um 1980

genheit spiegelt die Haltung gegenüber den Deutschen der Zukunft wider. Maschkes Vorwurf des »Völkerselbstmords« ist mehr als nur Polemik: Er trifft präzise den Kern der Sache.

IV. Am 16. November 2011 stellte die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern den Antrag, »den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes zu bewahren«. Die Antwort darauf ließ sich unschwer erraten. Stefanie Drese, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, erklärte im Namen aller »demokratischen Fraktionen des Landtags«, dieses Ansinnen werde »mit aller Nachdrücklichkeit und auf das Schärfste« abgelehnt. Es sei »rassistisch und menschenverachtend, engstirnig und rückwärtsgewandt zugleich« und zeige »einmal mehr auf erschreckende Weise das Gedankengut der NPD und ihre geistige Nähe zur NS-Ideologie. ... Sie stellen somit das deutsche Volk über alle anderen Menschen. Gerade diese Arroganz und der damit verbundene Größenwahn der Überlegenheit anderen Völkern gegenüber hat der Menschheit in der Vergangenheit immer wieder Tod, Zerstörung und Unglück gebracht.«

sion der Seite wird in der Regel jeglicher Versuch, die Vertreibung neben den Völkermord an den Armeniern und Herero, neben Ruanda und Kosovo, neben Holocaust und Holodomor einzureihen, von den Torwächtern der »freien Enzyklopädie« blockiert. Die Vertreibung ist wohl weltweit der Genozid mit dem geringsten Prestige und Bekanntheitsgrad, was in keinem Verhältnis zu seiner Opferzahl steht. Diese Vertuschung läßt sich direkt auf die politische Verwendung des Begriffes seit dem Nürnberger Prozeß zurückführen, der Deutschland für alle Zeiten als »das klassische Land der genozidalen Praxis« (Raphael Lemkin) abstempelte. Die Verachtung für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges, insbesondere durch deren Nachkommen selbst, hat ihre Wurzel in diesem Urteil. Die Deutschen der Kriegszeit werden als Volk wahrgenommen, das sich des Genozids *par excellence* schuldig gemacht hat, eine Schuld, die nur durch das Opfer der Enkel und Urenkel gesühnt werden kann: Auge um Auge, Zahn um Zahn, und Sühne bis ins siebte Glied: auch in seiner säkularen Inkarnation als »Holocaust« ist der alte Rachegott Jahwe unerbittlich. Oder vollstreckt man hier doch noch den letzten Willen des Führers, der nach einem Zeugnis von Albert Speer das deutsche Volk gegen Kriegsende ohnehin nicht mehr des Weiterlebens für würdig hielt? Die bundesdeutsche Geschichtspolitik gegenüber den Vertreibungs- und Bombenkriegsopfern, die de facto an eine Billigung grenzt, gehört zur Fortführung der genozidalen Praxis mit anderen Mitteln. Die Haltung gegenüber den Deutschen der Vergan-

Das eigene Staatsvolk zugrunde gehen zu lassen, wäre demnach wohl »antirassistisch und menschenliebend, großherzig und vorwärtsgewandt zugleich«, während schon das bloße Ansinnen, als Volk zu überleben, Zeichen von »Größenwahn« und Selbstüberhebung sei? Und diese Politik der Deutschland- und Deutschenabschaffung führe dann wohl zu Leben, Aufbau und Glück? Wer will, kann hier unschwer den Schatten typischer »Umerziehungs«-Axiome erkennen, die den lange nach dem Krieg geborenen Generationen in ihrer plattestmöglichen Form in Fleisch und Blut übergegangen sind. All dies läßt sich durchaus unter »Maßnahmen zur Geburtenverhinderung« verbuchen. Noch mal Günter Maschke, der von der »Blockierung einer wirklich pronatalistischen Politik« spricht, betrieben von einer »politischen Klasse, die auf diese Weise sowohl den Imperativen unserer Büssergemeinschaft als auch denen unserer hedonistischen Spaßgesellschaft Tribut entrichtet«: »Am perfektsten büßt, wer an seinem Verschwinden arbeitet, und den meisten Spaß hat, wer ihn nicht mit zu vielen teilen muß. Das deutsche Volk soll aufhören, und zu einem beträchtlichen Teil will es das auch – subventionierte es denn sonst sein Verschwinden, sprich Abtreibung, das heißt Tötung von Millionen Wehrlosen? Oder soll man das ›Massenselbstmord‹ nennen? Man subventioniert die Auslöschung von soundsovielen Menschen und subventioniert anschließend das Hereinkommen von soundsovielen, die auch noch Fremde sind. Erst Entpeuplierung und dann kaum gelingende ›Aufforstung!‹«

V In Zeiten der globalen Massengesellschaft ist man auch in der Frage, was denn ein Volk eigentlich ausmache, bescheidener geworden. Analog dazu wird auch die Frage nach der Unterscheidung von Kultur und Zivilisation oder Geschichte und Chronik zunehmend unverständlich. Man kann nicht mehr über das »Volk« reden, wie es die Romantiker oder noch die Köpfe der Konservativen Revolution taten. Wenn heute das Spottwort vom »Biodeutschen« kursiert, dann hat das einen tieferen Sinn. Die Vorstellung von den Völkern als »Gedanken Gottes« impliziert, daß zum »Volksein« mehr gehört als Biologie und Genetik. Ein Echo davon findet sich noch in Pier Paolo Pasolinis Polemik gegen den »anthropologischen Genozid« an den Italienern, insbesondere ihrer regionalen Kulturformen, deren verschiedene »Arten, ein Mensch zu sein«, durch die homogenisierende Walze der Konsumgesellschaft eingeebnet würden. Hier war natürlich nicht von einem biologischen Verschwinden die Rede. Es geht aber um viel mehr als Folklore, Sitten und Mundarten. Es geht auch um das, was man einst – heute ebenso achtlos in die Tonne getreten – die »Seele« nannte. Hans Blüher benutzte den Begriff des »Anthropologischen« in Abgrenzung zum »Ethnologischen«, das »rein empirisch« sei und »nichts von einem transzendentalen oder metaphysischen Einschlag an sich habe«. Die »anthropologische« Frage nach dem »Menschsein« stellte sich für Blüher aber erst jenseits der Biologie im Metaphysischen: »Die Rasse ist das allgemeinste Gebilde, das sich nun, bestimmt durch die geographische Lage, zu den Völkerschaften und Stämmen verengt, während man unter einem Volk bereits etwas versteht, was in die Geschichte eingetreten ist.« Nach 1945 hielt er die Geschichte der deutschen Nation für beendet, unwiderruflich untergegangen »nach dem Gesetz, wonach sie angetreten«: »Ich habe, als Einzelmensch, mein Schema, das jedermann in wenig Strichen zeichnen kann. Das ist eine milde Sache, die nicht viel auf sich hat; zudem ist es stabil, denn mein empirischer Charakter ist es auch. Außerdem aber bin ich Schicksalsträger mit meinem Volk, das heißt, ich habe eine historische Note, und die ist nicht stabil, denn die Geschichte, der ich angehöre, liegt in heftiger Bewegung: das ist der Mythos, dem ich verfallen bin. Für einen Deutschen ist es vorwiegend der Nibelungenmythos, unter dem er steht. Diesem Schicksal – auf der Etzelburg – zu entinnen und es durch ein gnädigeres zu ersetzen, ist der immer wieder verbliche Versuch der deutschen Geschichte gewesen. Früher gelang es einem der germanischen Stämme, ihm in Würde zu erliegen, so unter Teja am Vesuv; heute gelingt es nicht mehr.« Sind die Deutschen auch heute einem »Mythos« verfallen, der in einen »Untergang ohne Würde« führt? Und erleben wir bloß die letzten nachplätschernden Wellen einer bereits vorübergegangenen Sintflut? »Es wird bald keine Deutschen mehr geben, es sei denn im ethnologischen Sinne«, schrieb Blüher. »Hier ist ein historischer Moment verpaßt worden oder auch vertan.«

Literaturhinweise:

Hans Blüher: *Die Achse der Natur*, Hamburg 1949;

Gunnar Heinson: *Lexikon der Völkermorde*, Hamburg 1999;

Robert Hepp: *Die Endlösung der deutschen Frage*, Tübingen 1988;

Günter Maschke: »*Verräter schlafen nicht*«, Kiel 2011;

Günter Maschke: »Die Verschwörung der Flakhelfer«, in: ders.: *Das bewaffnete Wort*, Wien/Leipzig 1997;

Pier Paolo Pasolini: *Freibeuterschriften*, Berlin 1978;

Hans-Dietrich Sander: *Die Auflösung aller Dinge*, München 1988;

Fjordman: *Europa verteidigen*, Schnellroda 2011.

Denunziation – Umriß einer Konstanten

von Torben Ulenwind

Nach dem Attentat auf Hitler im Jahre 1944 konnte Carl Goerdeler seiner Verhaftung durch die Gestapo zunächst entgehen. Doch die Luftwafenhelferin Helene Schwärzel erkannte den Flüchtling in einem Wirtshaus und erstattete ihren Chefs Rapport. Goerdeler wurde festgenommen und später hingerichtet. Schwärzel erhielt die Belohnung von einer Million Reichsmark von Hitler persönlich, rührte das Geld jedoch für sich nicht an, sondern spendete einen Teil dem Roten Kreuz und den Bombenopfern von Königsberg. Nach dem Krieg gesucht, wurde die Denunziantin selbst denunziert, und es kam zum Prozeß unter der Anklage »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Helene Schwärzel wurde in der ersten Instanz zu 15 Jahren, in der zweiten zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Welches Vergehen aber war Schwärzel vorzuwerfen? Ist sie nicht lediglich ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachgekommen, eine gesuchte Person, die eines Verbrechens verdächtig wurde, bei der Obrigkeit zu melden? Ist solch ein Anzeigeverhalten »zur Schadensverhütung« tatsächlich ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«?

Zunächst einmal ist es schwierig, zwischen Anzeige und Denunziation, die in ihrer deutschen Übersetzung ebenfalls »Anzeige« heißt, eine strikte Grenzlinie zu ziehen. Neuere Definitionsversuche der »Denunziation« beziehen sich nicht mehr auf die »verwerfliche Anzeige«, sondern auf den Aspekt der Verunglimpfung. Der Duden definiert den Begriff mit »jemandem aus persönlichen oder niedrigen Gründen anzeigen« oder »etwas negativ hinstellen, brandmarken, verurteilen«. Im ethischen Sinn wird allgemein von Denunziation gesprochen, wenn »in einem nichtfreiheitlichen System Menschen bei staatlichen Vollzugsbehörden angezeigt werden, obwohl dem Anzeigenden klar sein muß, daß er sie damit der Gefahr der politisch motivierten Verfolgung aussetzt« (*wikipedia*).

Denunziation wird von Psychologen als aggressiver oder auch destruktiver Akt identifiziert, »der gegen ein Individuum oder eine Gruppe von Personen gerichtet ist, die in irgendeiner Weise ›anders‹ sind, von bestimmten Norm- oder Idealvorstellungen abweichen oder die dieser Abweichung bezichtigt werden und damit an den Rand gedrängt, diskriminiert oder vernichtet werden sollen.«

Der Denunziant benutzt dabei stets die Vollstreckungsorgane der Machthaber. Er ist ihr Sklave und möchte gleichzeitig Herrscher über den zu Denunzierenden sein. Hier würden Minderwertigkeitskomplex und omnipotent-sadistischer Größenwahn zusammenstoßen, weshalb in psychologischen Untersuchungen der Denunziation stets der Narzißmus im Mittelpunkt steht.

Ein wichtiger Begriff wurde in der Duden-Aufzählung der Synonyme vergessen, der vor allem im Kontext moderner linksextremistischer Denunziation immer wieder auftaucht: »anprangern«. An den Pranger zu stellen sind die »Feinde«, welche wahlweise die Ordnung, den Fortschritt, die

»Keineswegs haben wir uns seit der Nazi-Zeit geändert; wir sind genau die geblieben, die wir schon unterm Führer waren: Denunzianten.«

Rolf Hochhuth: »Nation der Denunzianten«, in: *Die Weltwoche*, Nr. 28 (2007).

Inge Marßolek: *Die Denunziantin. Die Geschichte der Helene Schwärzel 1944–1947*, Bremen 1993.

Heinz Hennig: »Ohnmacht, Macht und Rivalität – Zur Psychodynamik der Denunziation«, Günter Jerouschek et al. (Hrsg.): *Denunziation*, Tübingen 1997, S. 224–240.

Demokratie oder die Zivilgesellschaft bedrohen. Die Ordnungsstrukturen einer zivilisierten Gesellschaft, die ständig Veränderungen ausgesetzt ist, benötigen zum Machterhalt Spitzel und Denunzianten, um Oppositionelle frühzeitig erkennen und ausschalten zu können. Sie müssen Informationsflüsse fördern, indem sie Denunziation als Verbrechensbekämpfung (eben Schadensverhütung) moralisch legitimieren. Plakativer sind Festsetzungen in mittelalterlichen Strafprozeßordnungen, daß Hexerei ein Verbrechen sei, welches niemals verjähre, Buchtitel wie *Der Jude als Verbrecher*, sowjetische Maßnahmen gegen »konterrevolutionäre Verbrecher« oder Parolen wie »Die NPD ist eine Verbrecherbande« (Konstantin Wecker). Durch die Kriminalisierung der zu Denunzierenden wird Denunziation als Aufklärung im Dienst einer guten Sache umgedeutet. Diese »gute Sache« kann nach einem Regimewechsel zu einer »schlechten Sache« werden.

Denunziation blüht vor allem dort, wo ein Denunziant mit angenehmen und ein Denunzierter mit unangenehmen Folgen einer Denunziation zu rechnen hat. Die Motivation, unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Ehrbarkeit zu denunzieren, zieht sich durch die Geschichte der Menschheit, seitdem sich Machtstrukturen um ihren Machterhalt sorgen.

Nach der Regierungsübernahme der NSDAP 1933 konnten sich die nationalsozialistischen Stellen vor bössartigen Anzeigen kaum retten. Hitler selbst sprach im Mai 1933 gegenüber Reichsjustizminister Gürtner: »... daß wir zur Zeit in einem Meer von Denunziation und menschlicher Gemeinheit leben; es ist keine Seltenheit, daß jemand einen anderen denunziert und sich selber gleichzeitig als Nachfolger empfiehlt.« Ein im Juli 1934 eingebrachter Erlaß sollte mit allem Nachdruck dafür sorgen, »daß die des Deutschen Volkes und des nationalsozialistischen Staates unwürdige Erscheinung des Denunziantentums« verschwinde. Am 3. September 1939 verkündete Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, als Maßnahme zur Erhaltung der inneren Staatssicherung während des Krieges: »Gegen Denunzianten, die aus persönlichen Gründen ungerechtfertigte oder übertriebene Anzeigen gegen Volksgenossen erstatten, ist an Ort und Stelle in geeigneter Weise – durch eindringliche Verwarnung und in böswilligen Fällen durch Verbringung in ein Konzentrationslager – einzuschreiten.«

Auch wenn Denunziation im Dritten Reich dem Ideal des »aufrechten deutschen Charakters« entgegenstand und ungerechtfertigte Anzeigen verfolgt wurden, so benötigten die Machthaber in immer stärkerem Ausmaße Denunziation durch »freiwillige Helfer« zur Kräfteeinsparung und Stabilisierung der Herrschaft. Nicht nur Gestapo und NS-Blockwarte spitzelten, sondern auch Privatpersonen zeigten freiwillig Nachbarn, Bekannte oder sogar Familienmitglieder wegen der von den Nationalsozialisten eingeführten Straftatbestände »Heimtücke«, »Rassenschande« und ähnlichem an. Straftatbestände, die inhaltlich so schwer zu umgrenzen sind wie etwa die modernen Straftaten »Volksverhetzung« oder »Verharmlosung des Nationalsozialismus« und deshalb von Denunzianten sowie den amtlichen Organen gleichermaßen zur Verfolgung von politischen Gegnern genutzt und mißbraucht werden können.

Das sowjetische Arbeiter- und Bauernparadies war auch ein Paradies der Denunzianten. Allein im Jahre 1934 gingen etwa drei Millionen Meldungen beim NKWD ein, in denen sich Menschen gegenseitig anschwärzten: »Der Bruder den Bruder, der Sohn den Vater und die Ehefrau ihren Ehemann. Hat Stalin etwa diese Denunziationen geschrieben? Wer hat denn die Leute gezwungen, den Bleistift zu besabbern und mitten in der Nacht unter der Bettdecke »hiermit bringe ich Ihnen zur Kenntnis« auf ein Blatt Papier zu kritzeln?«

Nach dem Krieg benutzten in Deutschland viele Menschen die Entnazifizierungsverfahren dazu, um sich an unliebsamen Personen zu rächen. Dabei wurden oft persönliche Differenzen ausgetragen oder »alte Rechnungen beglichen«, Denunziationen und Verleumdungen waren keine Seltenheit. Ungerechtfertigte Vorwürfe konnten durchaus zu harten Strafmaßnahmen gegen Personen führen, die ansonsten vielleicht maximal als »Mitläufer« einzuschätzen waren.

Der DDR-Geheimdienst verfügte zuletzt über 90 000 hauptamtliche und 170 000 inoffizielle Mitarbeiter, wobei letztere als Denunzianten der Informationsbeschaffung dienten. Die Staatssicherheit nutzte unter anderem »konspirative Wohnungen« von MfS- oder SED-Angehörigen, um für

Josef Keller/Hanns Andersen: *Der Jude als Verbrecher*, Berlin/Leipzig 1937.

Liedermacher Konstantin Wecker am 12. November 2007 auf einem Konzert in Erlangen, bei welchem Tausende Besucher diese Losung – ähnlich einem Massengelöbnis – nachsprachen.

Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei an die Leiter aller Staatspolizei(leit)stellen (3. September 1939). Bundesarchiv Koblenz (R58, Bd. 243, AZ PP II-Nr. 223/39g).

Aleksej Babij: »Ich arbeite für Menschen, die vom Staat zu Staub gemacht wurden«, in: *Krasnojarsker Komsomolze* vom 25. September 2007.

die Treffen mit ihren Informanten (Inoffizielle Mitarbeiter, IM) eine entspannte Atmosphäre während der meist mehrstündigen Treffen zu schaffen und das tatsächlich bestehende Abhängigkeitsverhältnis zu verschleiern. Es ging »um Verrat und um Denunziation, denn die Informanten sollten vor allem die Ideen und Aktionen der Andersdenkenden verraten und/oder damit die Akteure der Szene denunzieren. Die Andersdenkenden wußten zwar, daß sie bespitzelt wurden, aber nicht, von wem und an welchen Orten der Verrat bzw. die Denunziation begangen wurde.« Der MfS-Offizier »gab sich dem Informanten gegenüber väterlich, kollegial, loyal, als Kumpel, als Mann, der zuhören konnte, als Freund – je nachdem, was der IM brauchte. Als Gegenleistung erhielt der Offizier einen Bericht, den er wiederum brauchte, um seine Fähigkeiten innerhalb der ›Firma‹ zu beweisen.« Allerdings waren für die Informanten die Zusammenkünfte oft ebenso bedeutungsvoll, »denn die konspirativen Wohnungen waren für sie Orte der Aussprache, Orte, an denen ihnen zugehört wurde und wo sie in der Regel eine – wie auch immer geartete – Anerkennung erfuhren. Damit wirkten die Treffen in den geheimen Wohnungen letztlich auch stabilisierend auf die Informanten selbst zurück.«

Jeannette van Laak:
»Orte des Verrats«, in:
Heinrich Best et al. (Hrsg.):
*Geheime Trefforte des MfS
in Erfurt*, Erfurt 2006.

Sandra Pingel-Schliemann:
*Zersetzen: Strategie einer
Diktatur*. Schriftenreihe
des Robert-Havemann-
Archivs, Bd. 8, Berlin 2002.

Für das MfS gab es nichts, was für die Organisation von Zersetzungsmaßnahmen zu belanglos oder abwegig gewesen wäre, schließlich sollte es vielfältige Möglichkeiten für die geräuschlosen Eingriffe geben: Kriminalisieren, Kompromittieren und Isolieren durch Gerüchte und falsche Informationen, Inszenieren von beruflicher und sozialer Ausgrenzung, um Existenzängste auszulösen. Die Denunzianten lieferten dem MfS deshalb auch unpolitische Details aus dem Leben von Oppositionellen: persönliche Schwächen, Ängste, Trinkgewohnheiten, intime Dinge. Dem Zweck der Zerstörung oder zumindest der erheblichen Beschädigung von Persönlichkeiten diente der Staatssicherheit ein an ihrer Juristischen Hochschule in Potsdam eigens etablierter Zweig, die »Operative Psychologie«.

Nach dem Zusammenbruch der DDR blieb die strafrechtliche Ahndung der Denunziationen weitgehend aus. Lediglich wahrheitswidrige Verdächtigungen, wenn Denunzianten wider besseres Wissen einen anderen der Begehung von Straftaten beschuldigt hatten, waren auch nach § 228 des DDR-StGB strafbar. Aber selbst wenn sich DDR-Richter aufgrund denunziatorischer Informationen der Rechtsbeugung schuldig gemacht hatten, ließ sich für die Nachfolgejustiz der auf eine Menschenrechtsverletzung bezogene Vorsatz des Denunzianten nur schwer nachweisen.

Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Michael Beleites, der vor der Wende von 25 inoffiziellen und 15 offiziellen Stasi-Mitarbeitern denunziert und überwacht wurde, resümierte, daß ohne die IMs das Repressionssystem nicht in diesem Maße funktioniert hätte. Während jedoch die IMs ihre Schuld größtenteils abstritten, entschuldigten sich die meisten hauptamtlichen Mitarbeiter nach 1989 bei ihm und zeigten sich zu Gesprächen bereit: »Es waren Leute, die sich jahrelang vorher mit mir auseinanderg-



Heinrich Rüping:
»Denunziationen im 20.
Jahrhundert als Phänomen
der Rechtsgeschichte«,
in: *Historical Social
Research*, Vol. 26, No.
2/3, Köln 2001, S. 30–43.

MDR Figaro: »Figaro
trifft ... Michael Beleites«,
23. September 2009.

setzt hatten, die mich sehr gut kannten, mein Umfeld sehr gut kannten, die ich aber wiederum überhaupt nicht kannte, so daß es sehr einseitige Gespräche waren. Aber die waren für mich auch befreiend, denn damit wußte ich, welche Gesichter sich hinter diesen Namen der Täter verbergen, und ich wußte, daß die nach dem Herbst 1989 ganz andere Sorgen hatten, als mir noch irgendwie nachzustellen. Ich habe für mich die überraschende Erfahrung gemacht: Das waren keine besonders aggressiv oder zynisch veranlagte Typen, sondern ganz normale Papis und Opas, und dadurch konnte ich auch die Angst vor der Stasi verlieren – und das war für mich ein großer Gewinn.« Ist also die Motivation der Denunziation erkannt, werden die hinter Denunziation und Verfolgung steckenden Gesichter greifbar, schwindet die Macht über die Psyche der Opfer.

Beachtenswert ist das weitgehend nichtstaatliche System der Denunziation einer sich als »aufgeklärt« verstehenden Zivilgesellschaft, das im Zusammenspiel mit der Psychomacht der Medien auszugrenzende Menschen oder Gruppen unter Zuhilfenahme »tausend guter Gründe« anprangert und ein breites Verständnis für Sanktionen erzeugt.

Millionenschwere Förderprogramme »gegen Rechts« laden nicht nur Demokraten zur Teilnahme ein, sondern auch Linksextremisten, die allerdings Vorfeldorganisationen etablieren und sich selbst demokratischen Nimbus sowie Expertenstatus verleihen müssen. Die Finanzierung findet durch politische Lobbygruppen statt: Dutzende zumeist dezentraler Organisationen buhlen um Zuwendungen aus der öffentlichen Hand und liefern dafür Berichte und Analysen über Personen oder Zusammenhänge unter dem Leitmotiv der beschworenen Gefahrenabwehr. Aussteigerinitiativen können vor allem straffällig gewordenen Personen aus einer diffus politischen Jugendszene Hilfe anbieten, wenn diese als »Aussteiger« Interna über Dritte mitteilen. Über »Familienhilfe« oder »Elternberatung« dürfen Menschen unter psychologischer Obhut sogar ihre Verwandten denunzieren.

Die gesammelten Informationen werden von Journalisten und sogenannten Antifaschisten archiviert und gegebenenfalls steckbriefartig veröffentlicht oder, zumeist anonym, im beruflichen und sozialen Umfeld der Opfer ausgestreut. Ein militantes Milieu

organisiert bei Bedarf mit Hilfe dieser Steckbriefe Anschläge auf Gut und Leben der Denunzierten.

Gerade in Zeiten ständig wechselnder politischer Systeme haben Denunzianten Hochkonjunktur. Während ihrer Vernehmung im Juni 1946 sagte Helene Schwärzel: »Hätte ich vorausgesehen, daß die Lage so schlecht wäre, so würde ich den G. nicht verraten haben. Aber bei uns wurde immer gesagt, wir bekämen neue Waffen ...« Solange der Glaube an die Beständigkeit des herrschenden Systems ungebrochen ist, braucht sich der Denunziant keinerlei Hemmungen aufzuerlegen. Das schlechte Gewissen, die Angst vor Strafe regen sich erst, wenn nach dem politischen Paradigmenwechsel die Denunzierten selbst die Herrschaft übernehmen.

Der Fall der obrigkeitsgläubigen Anschwärzerin Schwärzel, die einerseits ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zur Anzeige nachkam, andererseits von einer Obrigkeit für eben diese Denunziation ins Zuchthaus geworfen wurde, während Goedelers Richter und Henker straffrei blieben (sie hatten lediglich geltendes Recht umgesetzt), verdeutlicht zudem, daß es auch für Denunzianten keine Rechtssicherheit gibt: »Der mit dem jeweiligen Rechtssystem konform handelnde Denunziant hat keinen Richter. Wird dieses System nachträglich seiner Legitimationsgrundlagen beraubt, hat er plötzlich deren zwei. Den ersten hat er benutzt, der zweite verurteilt ihn deswegen.« Mit welcher Begründung sollte also ein Denunziant in irgendeinem Herrschaftssystem sicher sein, sich nicht für das eigene Tun oder Unterlassen in späterer Zeit verantworten zu müssen?



Bild: Der Denunziant, Lithographie von A. Paul Weber (1943)

Everhardt Franßen: »Der Denunziant und sein Richter«, in: *Neue Justiz* 1997, S. 169–174.

Die Lüge vom Gesellschaftsvertrag

von Karlheinz Weißmann

Zu den aufschlußreichen Deutungen der Unruhen in Großbritannien vom vergangenen August gehören die, denen zufolge sich hier »live auf den Bildschirmen der Gesellschaftsvertrag aufgelöst« (Oliver Jungen) habe. Ein europäischer als »failed state«, als »gescheiterter Staat«, in dem Gewalttaten und Plünderungen einerseits, die Hilflosigkeit der Polizei andererseits zeigten, daß die Übereinkunft aller, was zu gelten hat und welchen Regeln man sich beugen muß, ihre Macht verliert.

Der »Gesellschaftsvertrag« als Grundmodell politischer Ordnung ist heute so selbstverständlich akzeptiert, daß man erst ins Bewußtsein heben muß, wie weit die Anfänge des »Kontraktualismus« zurückliegen. Sie gehen auf das 17. Jahrhundert zurück und lösten die theologischen Staatslehren und die Idee des »Herrschaftsvertrags« ab, der die Autorität des Monarchen und die Gehorsamspflicht des Untertanen festgelegt haben sollte. Der Gesellschaftsvertrag atmet deshalb den Geist des Rationalismus und entwirft einen vorstaatlichen Zustand des natürlichen Menschen. Wie der ausgesehen haben soll, war allerdings strittig. Es entstand ein pessimistischer Entwurf bei Hobbes und ein optimistischer bei Locke. Aber in beiden Fällen wurde der Mensch als einzelner gedacht, der durch den Zwang der Umstände vernünftigerweise einsieht oder genötigt ist, seine natürlichen Rechte an ein größeres Ganzes zu übertragen, das so mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, die Ordnung durchzusetzen und aufrechtzuerhalten.

Den beiden Haupttendenzen kann man die dritte und berühmteste Variante des Gesellschaftsvertrags nicht subsumieren. Sie geht auf Rousseau zurück. Dessen Lehre vom *contrat social* schloß eine Reihe von Vorstellungen über den Naturzustand ein, die romantisch im weiteren Sinn waren, was allerdings auch dazu führte, daß seine Theorie an Klarheit einbüßte und auf argumentative Aushilfen angewiesen war.

Defizite, die nicht zufällig sind, sondern Folge jenes dramatischen Wandels, den das Weltbild der Europäer seit der Mitte des 18. Jahrhunderts erfuhr. Eine Ursache dafür waren die Entdeckungsfahrten, die zur Infragestellung der biblisch wie der modern begründeten Vorstellungen vom Wesen des Menschen und seiner Institutionen führten, eine andere: die Ausbildung des historischen Bewußtseins, dem Zweifel kamen, daß es jemals so etwas wie einen Anfangszustand samt folgendem Gesellschaftsvertrag gegeben haben konnte. Schon Hume und später Kant verwiesen darauf, daß man vom Gesellschaftsvertrag im Sinne eines tatsächlich vollzogenen Aktes nicht sprechen könne. An der »regulativen Idee« (Max Weber) wollte man trotzdem festhalten, und erst in Konsequenz einer Epoche, die große Teile ihrer geistigen Energie auf Erfassung und Verständnis der Geschichte konzentriert hatte, kam es zur grundsätzlichen Revision. »Die Erkenntnis von der Uranfänglichkeit des Staates ist heute sehr verbreitet«, urteilte Heinrich von Treitschke, »aber in Wahrheit erst im neunzehnten Jahrhundert wiedergefunden«.

»Die Frage, in welcher politischen Ordnung wir morgen leben werden, ist längst keine akademische, sondern eine von existentieller Bedeutung. Das macht ihre Beantwortung so dringlich.«

Karlheinz Weißmann:
Post-Demokratie, S. 78.

Wenn Treitschke betonte, die Erkenntnis sei wiedergefunden worden, so deshalb, weil die entsprechende Annahme schon der antiken Philosophie – etwa in der Rede des Aristoteles vom *zoon politikon* – geläufig war, und erst durch die theologische Rechtfertigung von Herrschaft, dann durch die rationalistischen Entwürfe verdrängt wurde. Jetzt schrieb der Althistoriker Eduard Meyer bündig in der Einleitung zu seiner *Geschichte des Altertums*: »Sowohl nach seiner Körperbeschaffenheit wie nach seiner geistigen Veranlagung kann der Mensch nicht als ein Einzelwesen existieren, etwa mit zeitweiliger geschlechtlicher Paarung; der isolierte Mensch, den das Naturrecht und die Lehre vom *contrat social* an den Anfang der menschlichen Entwicklung stellte, ist eine Konstruktion ohne jede Realität und daher für die theoretische Analyse der menschlichen Lebensformen ebenso irreführend wie für die geschichtliche Erkenntnis. Vielmehr gehört der Mensch zu den Herdentieren, das heißt zu denjenigen Tiergattungen, deren einzelne Individuen dauernd in festen Verbänden leben.«

Wer sich nicht an der zeittypischen Färbung des Begriffs »Herdentier« stört, findet bei Meyer eine Vorstellung von den Motiven politischer Ordnung, die auch heute als weitgehend zutreffend betrachtet werden kann. Vorausgesetzt, daß die Natur des Menschen nicht zu begreifen ist, bei Annahme eines Urzustands ohne biologische oder historische Bedingungen. Vielmehr muß man den Menschen aufgrund seiner Stellung im Evolutionsprozeß den Lebewesen zu zurechnen, die in Verbänden leben müssen, die immer durch Ungleichheit gekennzeichnet sind, bedingt von Alter, Geschlecht, physischer Stärke, Intelligenz oder Attraktivität. Mag der Faktor Ungleichheit, und damit verbunden die Bedeutung dauernder Herrschaft bis zum Paläolithikum, eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt haben, seitdem zeigte sich die Überlegenheit größerer Populationen, die zwangsläufig zu Stratifikation, Verstetigung und Differenzierung von Organisation und das heißt von Machtausübung führten. Parallel dazu förderten technische Entwicklung und steigende Bedeutung des Individualbesitzes die Notwendigkeit von Gemeinschaftsarbeit und der Ausbau symbolischer Repräsentation die Entstehung von Gesellschaftsformen, die keine Ähnlichkeit mit den Bildern zeigen, die Hobbes, Locke oder Rousseau vom Anfang der Geschichte entworfen hatten. Deren Vorstellung vom isolierten einzelnen im Schoß der Natur muß man als ein mehr oder weniger groteskes Mißverständnis ansehen, denn sie entstand – wie Marx bemerkte – gerade in einer Epoche »der bisher entwickeltsten gesellschaftlichen ... Verhältnisse«; das heißt auch: »Der Mensch ist im wörtlichsten Sinn ein *zoon politikon*, nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann.«

Angesichts dessen bleibt die Frage, wieso am Beginn des 21. Jahrhunderts überhaupt noch mit dem Gesellschaftsvertrag argumentiert wird. Die Antwort ist noch einmal in den Konsequenzen der Verwestlichung des Denkens zu suchen, die dazu führte, daß man den geistigen Fortschritt, der von Deutschland vollzogen wurde, rückgängig zu machen suchte, um sich dem niedrigeren Niveau der Konkurrenz anzupassen. Wenn Franz Oppenheimer bereits vor dem Ersten Weltkrieg feststellte, daß jeder Sozialverband auf Herrschaft beruhe, die wiederum das Ergebnis von Unterwerfung sei, und daß vom »primitiven Eroberungsstaate ... jeder spätere Staat« abstamme, »auch die sogenannten Demokratien unserer Gegenwart«, dann ist diese Wahrheit heute peinlich, obwohl ihre Evidenz vor aller Augen steht, die bestehenden politischen Systeme, wohin man blickt, auf Gewaltakten beruhen.

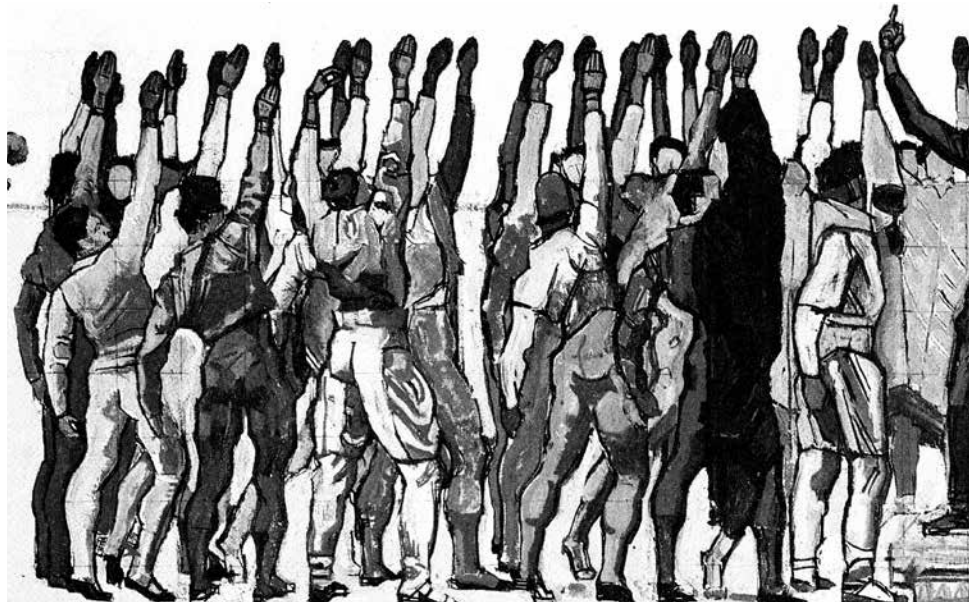
Nicht nur die »Nachkriegsphilosophie der Ratlosigkeit und des großen Palavers« (Reinhart Maurer), auch Geschichte und Politikwissenschaft haben es vorgezogen, eine längst als unbrauchbar erkannte Vorstellung zu akzeptieren, in der Annahme, daß sich nur so die faschistische Versuchung meiden lasse. Der Erziehung zur Demokratie sei mit dem Rekurs auf den Irrtum vom Gesellschaftsvertrag besser gedient, lautet das Diktum, als mit der Wahrheit, daß Herrschaft von Beginn bestand und ihre Ausprägungen immer als historisch bedingte anzusehen sind, daß insofern auch an eine Aufhebung von Herrschaft nicht gedacht werden kann, sondern bloß an graduelle Verbesserung unter günstigen Umständen.

Nur die Ignoranz gegenüber den Tatsachen erklärt die Rolle des utopischen Elements in der politischen Theorie. Selbstverständlich bleibt dahingestellt, ob das anarchoide Konzept eines Wirtschaftsnobelpreisträgers – James M. Buchanan – vom Gesellschaftsvertrag als Akt »hypotheti-

»In Erweiterung des Böckenförde-Theorems – »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann« – könnte man sagen, daß die Demokratie von vopolitischen Bedingungen lebt, die sie nicht garantieren kann und durch die Anwendung ihrer Prinzipien verschleißt. Zu diesen Bedingungen gehört vor allem der Bestand des *demos* selbst, versteht man darunter eine hinreichend klar erkennbare, also homogene soziale Einheit, für gewöhnlich die Nation im modernen Sinn.«

Karlheinz Weißmann:
Post-Demokratie, S. 69

scher Zustimmung« in ein Marktsystem, das alles auf Tauschbeziehungen abstellt, irgendwelche praktischen Wirkungen hat, aber der Einfluß eines John Rawls kann gar nicht überschätzt werden, der seine politische Philosophie beziehungsweise Ethik von einem Postulat ableitet, das nicht einmal im Rahmen eines Gedankenexperiments Überzeugungskraft gewinnt. Kritik an der Entschlossenheit, mit der »man sich gegenüber dem großen Gang der Weltgeschichte ... blind stellt« (Sibylle Tönnies), gibt es nur in essayistischer Form. Am deutlichsten bei dem Philosophen Volker Gerhardt, der immerhin zu der Feststellung kommt, daß »der Kontraktualismus keinen Beitrag zur Legitimierung konkreter politischer Verhältnisse leisten« könne:



»Er gibt der Politik ein moralisches Gewicht, versagt aber vor den Umständen einer konkreten politischen Situation.«

Wenn Gerhardt vom »moralischen Gewicht« spricht, so bezieht er sich in erster Linie auf Rawls und dessen Schule, die vor allem an der Verknüpfung von Rationalität, Universalität und Egalität interessiert ist. Aber es gibt angesichts der Vorgänge in Großbritannien auch ein wiedererwachendes Interesse an der hobbistischen Variante, eine Art probeweise Verknüpfung von Ökonomismus und autoritärem Durchgriff: »Der Glaube, daß wirtschaftlicher Erfolg soziale Bindung garantiere, bewahrheitet sich heute in fataler Weise durch den soeben erbrachten Falsifikationstest: Wirtschaftlicher Mißerfolg löst die soziale Bindung auf. Wenn aber in einem Staatswesen bei sinkendem Wohlstand in gleichem Maße die Solidarität abnimmt, setzt der Staat seine Vertragsidee und damit seine Legitimation aufs Spiel. Wirtschaftlicher Erfolg kann zwar, wie man sieht, eine erfreuliche Beigabe sein. Als Basis des Gesellschaftsvertrages taugt er aber offenkundig nicht. Denn wo mit wirtschaftlichem Mißerfolg die staatlichen Verpflichtungen gegenüber den Bürgern eingeschränkt oder aufgehoben werden, sind Bürgerpflichten schwer einklagbar. Wenn gegenseitige Verpflichtungen, so etwa im Arbeits-, Sozial- und Bildungssystem vom Staat einseitig gekündigt werden, lockert er die Bindung zu seinem Vertragspartner, dem Bürger. Appelle an das Verantwortungsgefühl des Bürgers sind ein untaugliches Mittel, wenn man den eigenen Verpflichtungen nicht nachkommt.« (Hans-Georg Soeffner)

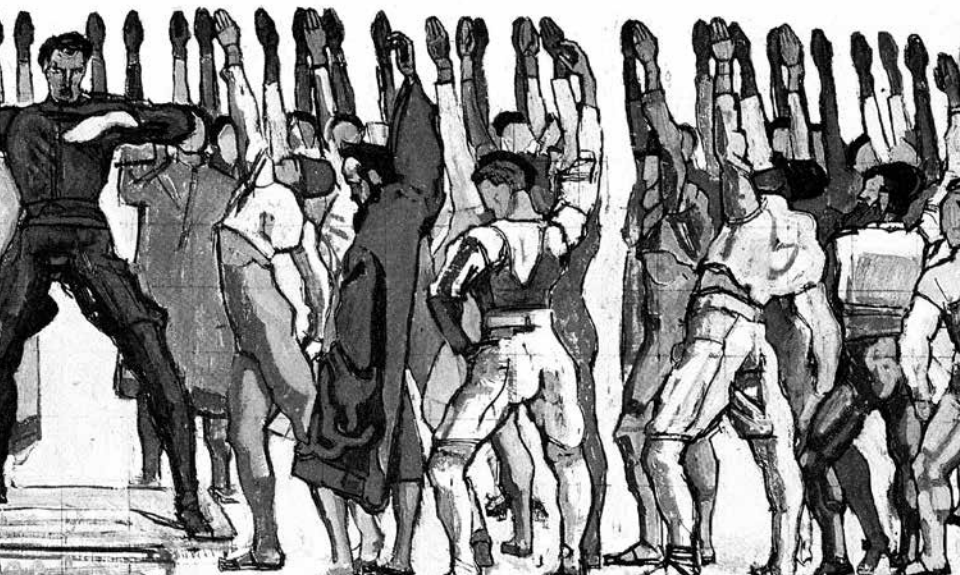
Es wäre ein Fehlschluß, in dieser Argumentation – wegen des skeptischen Menschenbildes – einen Schritt in die richtige Richtung zu sehen. Denn der Grundirrtum ist nicht behoben: die Vorstellung, daß Gesellschaften überhaupt durch einen Vertragsschluß einzelner entstehen, die als gleiche auftreten und grundsätzlich die Möglichkeit haben, den Vertrag bei Nichtgefallen zu kündigen. Entscheidend in dem zitierten Text ist aber die Vorstellung, daß Gesellschaften durch so etwas wie kollektive Gefühle zusammengehalten werden. Der Sinn eines Vertrags ist aber – soll der Begriff überhaupt einen Sinn haben – das Kalkül, die Einsicht in die Nützlichkeit, und das heißt, es geht um nichts, was Affekte weckt oder erhält. Rousseau hatte das begriffen und deshalb versucht, den rationalistischen Begriff der

»Die Unverantwortlichen betrachten die Frage nach dem Gemeinwohl als erledigt, und die europäische Überlieferung nur als Vehikel, um eine Welt vorzubereiten, in der ebenso intelligente wie skrupellose Individuen ihren Vorteil auf möglichst effektive Weise durchsetzen und die Gesellschaft tatsächlich auf Verträgen beruht, die man nach Gutdünken schließt oder aufhebt.«

Karlheinz Weißmann:
Post-Demokratie, S. 80

Gesellschaft zu überwinden. Mit mäßigem Erfolg, wie man feststellen muß. Es bleibt auch bei ihm dabei, daß aus einer Fiktion das Pathos der Verpflichtung erwachsen soll, was ausgeschlossen ist. Es ist eben mehr als ein Schönheitsfehler, daß der Gesellschaftsvertrag niemals geschlossen wurde.

Heute zeichnet sich ab, daß mit der Einsicht in die Fiktivität des *contrat social* die Einsicht in die Unbrauchbarkeit des Gesellschaftsbegriffs zusammenfällt. Dessen Karriere geht zu Ende, weil die Vorstellung von der Selbständigkeit der Gesellschaft in die Krise geraten ist, weil ihre Bedeutung grundsätzlich in Frage gestellt wird durch die Wiederkehr älterer und elementarerer Sozialformen einerseits – Gemeinschaft und Bund –,



Kein Gesellschaftsvertrag –
Einmütigkeit (Ferdinand
Hodler, Öl, 1913)

der Souveränitätsbehauptung des Staates andererseits: die Gemeinschaft, verstanden als Zusammenschluß aufgrund objektiver Eigenschaften, der Abstammung oder Hautfarbe vor allem; der Bund als Zusammenschluß aufgrund von Sympathie oder Gefolgschaft, geweckt durch Ressentiment, Überlegenheitsgefühl oder religiöse Begeisterung; der Staat als jene Institution der Institutionen, die im Ernstfall entscheidet.

Die marodierenden Horden, die die englischen Städte verwüsteten, die Bürgerwehren, ob English Defence League oder jene Sikhs, die sich mit Knüppeln um ihren Tempel sammelten, haben uns vor Augen geführt, daß es mit der Gesellschaft im Ernstfall nichts ist. Dann geht es um archaische, ihrem Wesen nach aber ewige Formen des Verbands, die noch jeden gesellschaftlichen Kollaps überstanden haben: die Horde, die einem Führer folgt, weil er Beute verspricht, die Freunde, die Freunde sind, weil sie nebeneinander kämpfen, der Clan, und die, die nicht nur sprechen wie wir, sondern auch aussehen wie wir. Es hat auf Seiten der Linken durchaus Versuche gegeben, den Ausschreitungen in Großbritannien eine »progressive« Tendenz zu unterschieben, aber letztlich überwogen doch die skeptischen Stimmen derer, die den »postpolitischen« Charakter hervorhoben, und ein paar Nachdenkliche sprachen sogar von der »Nachtseite des Liberalismus« (Jörg Lau), die da zum Vorschein komme, eine Verbindung aus Ökonomisierung aller Lebensbereiche, politisch-korrektem Meinungsdictat, sozialer Verrottung und Zerstörung der Autorität.

Man sollte von dieser Einsicht aber keine Abhilfe erwarten. Sie geht den Dingen nicht auf den Grund, hängt an der Vorstellung fest, das eigentliche Versäumnis der Regierenden liege darin, den »Gesellschaftsvertrag gekündigt« zu haben (Die Linke), weshalb man einen »neuen Gesellschaftsvertrag« (Die Grünen) brauche, während die Amtsinhaber ihrerseits einen »Gesellschaftsvertrag für Integration« oder gar einen »Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation« vorschlagen, um die Probleme zu lösen. Dabei ist die Formel längst entleert, wird immer beschwörender wiederholt, bleibt aber ohne Wirkung. Man kann sich an Platons »edle Lüge« erinnern, die als Mythos der Staatsgründung notwendig ist. Man mag die Notwendigkeit anerkennen, aber eine durchschaute Lüge, auch wenn sie eine »edle Lüge« ist, verliert ihren Nutzen.

Literaturhinweise:

Oliver Jungen: »Bilder aus dem Kriegsgebiet«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. August 2011;

Eduard Meyer: *Geschichte des Altertums*, Bd. I / 1, Stuttgart/Berlin³ 1910;

Brian Hayden: *L'homme et l'inégalité. L'invention de la hiérarchie durant la Préhistoire*, Paris 2008;

Volker Gerhardt: »Das politische Defizit des Kontraktualismus«, in: *Merkur* 714 (2008), S. 1034–1039;

Hans-Georg Soeffner: »Der natürliche Mensch in Tottenham«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. August 2011;

Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Kaplaken Bd. 15, Schnellroda 2009.

Gesellschaftsvertrag und Widerstand

von Heino Bosselmann

Das staatspolitische Denken des säkularen Europa gründet in der philosophisch geprägten, aber historisch kaum greifbaren Vorstellung des Gesellschaftsvertrages, also in der Annahme, kontraktualistische Handlungen hätten das »zoon politikon« vom »status naturalis« in den »status civilis« geführt. Von Bodin bis Rawls versucht die Philosophie dieses Phänomen zu erklären und präferiert verschiedene Staatsformen – nach eher konservativen Vorstellungen den machtvoll leviathanischen Souverän, der den Fährnissen des Naturzustandes wehrt, nach liberalem Muster einen *contract social*, den alle Vollbürger zu aller Gunsten verhandelnd vereinbaren.

Einmal dahingestellt, ob sich hinter dem Begriff des »Gesellschaftsvertrages« eine der Illusionen der Aufklärung verbergen mag und der Staat nicht viel eher als pragmatische Herrschaft erklärbar würde, die sich aus dem Spektrum der Ungleichheit klärend erhebt, legitimiert sich Staatsmacht, zumal die demokratische, gern mit dem Verweis auf ein Wohlfahrtsversprechen.

Der Staatsbürger jedenfalls findet »Gesellschaftsverträge« vor, sieht sich in sie hineingestellt und wird mit der Erwartung der Autoritäten konfrontiert, in diesen angeblich nicht nur erprobten, sondern besten aller möglichen Staaten unbedingt identifiziert hineinzuwachsen. Solcherart sollte der junge Sowjetbürger Kommunist werden, der Bundesbürger sich als Demokrat verstehen, der Abiturient des Jahrgangs 1938 einen Aufsatz im Sinne des Nationalsozialismus schreiben können. Diskrepanzen ergeben sich, sobald der Mensch sich als selbständiges Wesen begreift und sich eine individuelle Position, eine Ortung erarbeitet, von der aus er sich zum verordneten Gemeinwesen zu verhalten beginnt.

Was aber, wenn man diesen »Gesellschaftsvertrag«, der immer ohne einen selbst geschlossen wurde, so überhaupt von einem konkret faßbaren Akt der Konstituierung je die Rede sein kann, wenn man ihn also als unzureichend, ungerecht oder gänzlich inakzeptabel zu erkennen meint? Was, wenn ein System, das aus der Innenperspektive seiner eigenen Deutungsbehörden als das bestmögliche erscheint, einem urteilskräftigen Betrachter als inakzeptabel gilt? Wie verhält sich der Bürger im prinzipiellen Konflikt, in der Kollision mit dem Staatswesen, das ein starker Beschützer und ebenso starker Gegner sein kann? *Sapere aude! Sapere aude!*

Zum Überschreiten der roten Linie bedarf es keiner »Wutbürger« und nicht der Barrikade, sondern einzig des Revisionsbedürfnisses gegenüber sogenannten »Grundvereinbarungen«, von denen wieder die Frage bliebe, wer sie vereinbart habe. Man muß nicht das Diktum Rosa Luxemburgs aufrufen, Freiheit wäre immer die Freiheit der Andersdenkenden; es geht um mehr, nämlich um die Gretchenfrage an die Adresse jedes Staates: Wie hältst du's mit dem Widerstand? Denn Widerstand ist zwar nicht die Revolution, aber doch etwas anderes als die joviale Kultiviertheit der Opposition im geschützten Raum. Widerstand ist die prinzipielle Infragestellung eines

»Gerade eine Philosophie des konkreten Lebens darf sich vor der Ausnahme und vor dem extremen Falle nicht zurückziehen, sondern muß sich im höchsten Maße für ihn interessieren. Ihr kann die Ausnahme wichtiger sein als die Regel, nicht aus einer romantischen Ironie für das Paradoxe, sondern mit dem ganzen Ernst einer Einsicht, die tiefer geht als die klaren Generalisationen des durchschnittlich sich Wiederholenden. Die Ausnahme ist interessanter als der Normfall. Das Normale beweist nichts, die Ausnahme beweist alles; sie bestätigt nicht nur die Regel, die Regel lebt überhaupt von der Ausnahme. In der Ausnahme durchbricht die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in Wiederholung erstarrten Mechanik.«

Carl Schmitt: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, Berlin 1996.

Konsenses, der als verordnet erscheint, als vernünftig dargestellt und wie alles vermeintlich Vernünftige und Geordnete mit einer moralischen Schutzmauer umgeben wird: Es sei das Gute darin verkörpert.

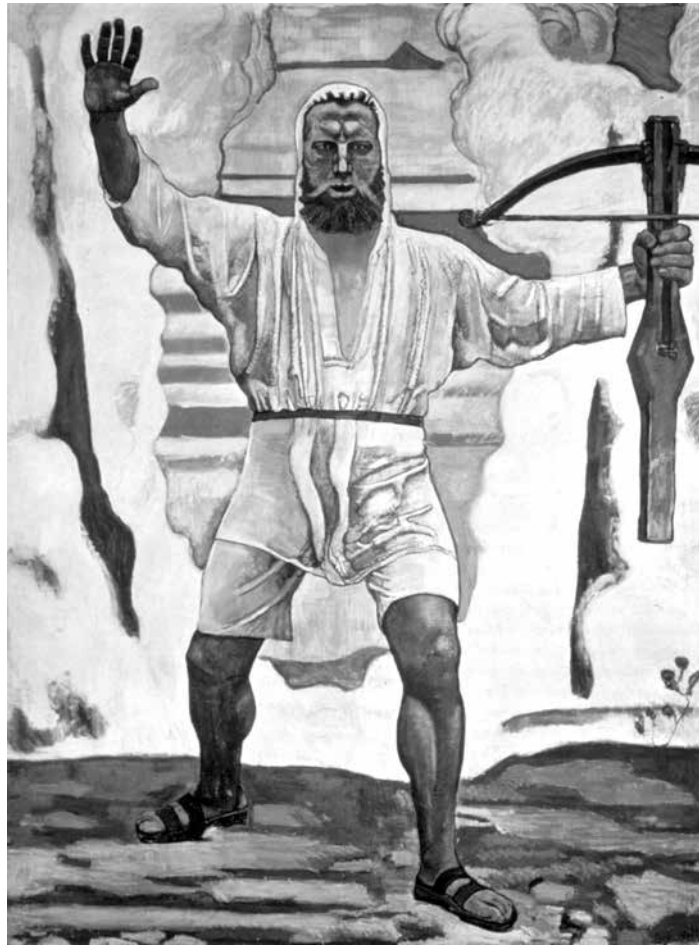
Indes: Demokratie ist Herrschaft. Es gibt einen legislativen »Gesetzgeber«, der – von immer weniger Aktiven legitimiert – Entscheidungen exekutiv umsetzt, durchaus in der vom geschmähten Carl Schmitt beschriebenen Weise. Wer sich dagegen stellt, ist ein Feind des Systems, also ein Vertragsbrüchiger im Sinne des *contrat social*, mithin destruktiv, was die Demokratie betrifft, und böse, was die mit Vernunft begründete Moralität dieser besten aller möglichen Ordnungen anbelangt. Schon dem ideellen Verweigerer werfen die Machthaber vor, er würde mit seinem Denken die Hölle öffnen, indem er offiziell zu beschweigende Fragen couragiert stellt oder nur nach klarer Sprache sucht.

Demokratievorstellungen folgen zum einen dem utilitaristischen Verständnis, Mehrheitsentscheidungen wären gute Entscheidungen, mindestens aber gerechtere als Minderheitsvoten oder gar die Dekrete eines sich mit dem Gottesgnadentum oder gar via Ideologie legitimierenden Autokraten. Anthropologische Grundlage der Demokratie ist ferner die mit Verweis auf die hochgehaltene Aufklärung geradezu axiomatische Behauptung, der Mensch wäre vernünftig. Politik folgt dabei verkürzt Beweisführungen, die insbesondere Immanuel Kant zur Bestimmung des Menschen und seiner Ethik hinterließ, Herleitungen, die philosophiegeschichtlich so berückend sind wie fragwürdig, nichtsdestotrotz aber zum propagandistischen Leitfaden erhoben werden, insbesondere im Bildungsbetrieb des Staates, der nur thematisiert, was ihm in die Legitimationslegende paßt. Nebenbei: Die klassischen staatsbürgerlichen Lehren werden entscheidend dadurch konterkariert, daß mehr denn je das Geld und die Buchhaltungspolitik zum Souverän und die Wirtschaft zur Ideologie avancieren. Was etwa gilt ein Parlament noch gegen eine Ratingagentur?

Man muß kein Kenner staatsphilosophischer Grundlagenliteratur sein; es reicht für den produktiven Verdacht bereits aus, sich die Ereignisse der letzten beiden Jahrhunderte aus der Perspektive des gesunden Menschenverstandes anzuschauen, um neben Kants Würdigung des vernunftgeleiteten Menschen die Vorstellung Schopenhauers gelten zu lassen, dieser Mensch wäre ebenso fähig, einen anderen zu töten, um sich mit dessen Fett die Stiefel zu schmieren. Solch freilich negative Sicht, oft als Kränkung empfunden, aber eine Schule des illusionslosen Blicks, findet sich nicht nur in der Handlung von Einzelwesen gespiegelt, sondern drastischer in denen von Staaten, auch solcher demokratischer Verfaßtheit. Allein die Geschichte der USA, des oft gehuldigten »Musterlandes der Demokratie«, liefert eindrucksvolles Material, das an der Ethik und Anthropologie der Aufklärung im allgemeinen und an der Gerechtigkeit und Güte der Demokratie im besonderen auf ganz empirische Weise zweifeln läßt.

Selbst wenn sie dies bedauernd eingestehen müßten, argumentieren die Demokraten, läge dennoch der entscheidende Vorzug im Wesen des Demokratischen darin, sich qua permanentem Diskurs, Gewaltenteilung und Wahlrecht immer neu regulieren zu können, Mißstände im Prozeß gesellschaftlicher Reifung progressiv auszuschließen und evolutionär dem Ideal menschlichen Zusammenlebens näher zu kommen. Das harmoniert mit Hegels Geschichtsphilosophie ebenso wie mit Habermas' europäischen Hoffnungen.

Was aber, wenn die Demokratie an ihrer gefährlichsten Krise litte, wenn ihr also die Demokraten abhanden kämen, entweder weil es sie so reif und vernünftig nie gab oder weil vom alerten Citoyen nach Jahrzeh-



Im Widerstand – Wilhelm Tell (Ferdinand Hodler, Öl, 1896/97)

»Die liberale Bürgerwelt bevorzugt das Mittlere gegenüber den Extremen, die kleinen Verbesserungen gegenüber der großen Infragestellung, das Alltägliche gegenüber dem Moratorium des Alltags, das Geregelte gegenüber dem Erhabenen, die Ironie gegenüber dem Radikalismus, die Geschäftsordnung gegenüber dem Charisma, das Normale gegenüber dem Enormen.«

Odo Marquard: *Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart 1986.

»Das Böse ist die Unordnung, genauer: der Umsturz der Ordnung in mir selbst und der Ordnung in bezug zu anderen. Daß dieser Umsturz geschehen kann, gründet im Ich, insofern dieses Freiheit ist. Das Ich – und hierin ist die ›Affinität‹ des Ich zum Bösen zu sehen – will aus der Ordnung ausbrechen, einzig und allein deswegen, weil die Ordnung ihm vorgegeben ist.«

Walter Schulz: *Philosophie in der veränderten Welt*, Stuttgart 2001.

Literaturhinweise:

- Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2009;
- Sigmund Freud: *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*, Frankfurt a. M. 1991;
- Immanuel Kant: *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, Stuttgart 1986;
- Odo Marquard: *Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart 1986;
- Karl Raimund Popper: *Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik*, München 1996;
- ders.: *Gesammelte Werke 5. Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 1: Der Zauber Platons*, Tübingen 2003;
- Carl Schmitt: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, Berlin 1996;
- ders.: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 1991;
- John R. Searle: *Die Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit. Zur Ontologie sozialer Tatsachen*, Frankfurt a. M. 2011.

ten des reinen Ökonomismus nur der tumbe Bourgeois übrigblieb, dessen Urteilskraft über Preisvergleiche hinaus – Ich bin doch nicht blöd! – völlig degenerierte, so sie je tatsächlich bestand? Was, wenn die Demokratie trotz aller Regularien zur Oligarchie, Kleptokratie, Plutokratie verkam, die wohl noch de jure demokratisch verfaßt sein mag, de facto aber zum Klientelismus oder Lobbyismus schrumpfte? Kurz: Was geschieht, wenn sich eine kritische Mehrheit vom System abwendet, weil sie es nur noch als Farce erlebt?

Im Falle der Bundesrepublik, einer Wohlstandsdemokratie, die nie gefährdet war, blieb mit der Krise rein rhetorisch vor allem ein Ideal übrig, das in etwa der Mitotes-Theorie des Aristoteles entspricht, der zufolge die Tugend in der »Mitte« läge, ungefähr in der Weise, wie Odo Marquard die Stärken des Bürgerlichen beschreibt. Alle Parteien der gegenwärtigen Politik sehen sich als solche Kräfte der Mitte – ein Begriff, der, je mehr er sich sozial und politisch verengt, immer eindringlicher beschworen wird. Alle Wohlmeinenden wollen Mitte sein. Wer erklärtermaßen nicht zu dieser Mitte gehören will, wer die »Konsensdemokratie« in Frage stellt, gilt aus deren Zentralperspektive je nach Widerständigkeit als verdächtig, gefährlich, feindlich, ja schließlich als pathologisch. Die Mitte, nach ihrem Selbstverständnis ansonsten pluralistisch, tolerant und humanistisch, kann, festgelegt aufs aufklärerische Erbe, mit ihren radikalen Gegnern nicht anders umgehen, als diese letztendlich als defekt hinzustellen, da für ihre Exegeten als vereinbart gilt, wie ein vernünftiger Mensch beschaffen sein soll. Noch in dem Totschlagargument, aus der Geschichte nicht das gelernt zu haben, was man lernen sollte, erregt sich der ganze pädagogische Impetus der Aufklärung.

Im Wunsch der Konsens-Demokraten, die Konfrontationsdenker und politischen Widerständler gehörten verboten, lebt die naive Hoffnung, nicht nur deren Parteien würden verschwinden, sondern ebenso deren Denken. Die Mitte wäre wieder unter sich. Weil er aus der Weltordnung des Demokratismus herausfällt, darf der intellektuelle Gegner keinen Platz beanspruchen, denn ein Außerhalb der »demokratischen Grundordnung« gibt es per definitionem nicht. Widerstand undenkbar, wo doch nur demokratischer Widerstand in Diktaturen legitim erscheint. Insofern ist der »Radikale« für die Mitte nicht einfach nur der Andersdenkende, sondern der politisch abartig Kranke, der sich entweder über Hilfsangebote zu kurieren hat oder als Paria isoliert gehört, in Quarantäne, damit sich bloß nicht die gesamte Gesellschaft an ihm infiziere.

Weil die Radikalen als hochinfektiös gelten, darf ihnen »kein Podium geboten werden«, soll sich niemand mit ihnen einlassen, dürfen sie nicht eingeschlossen werden in das, was sonst demokratisches Grundprinzip ist, die Auseinandersetzung mittels Argumenten nämlich. Weil diese Kräfte pathologisch seien, hätte die Diskussion gar keinen Sinn. Leider! Einen »Nazi« zu einer Diskussion gar in eine Schulstunde einzuladen, um kritisch mit ihm zu sprechen – undenkbar! Offenbar fürchtet die Mitte vorbewußt selbst, ihr Immunsystem wäre nicht mehr intakt.

Bleibt die Frage: Woher kommen die Radikalen, was sind ihre Wurzeln, woher rühren ihre Motive? Die Antwort der Demokraten fällt simpel aus: All das sei ursächlich unerklärlich, eigentlich nonkausal. Denn der Mensch ist wesentlich »vernünftig«. Der Radikale erscheint so in gnostischer Weise als Verkörperung der Unvernunft, des Dunklen und Mephistophelischen, dem der gute Mensch nicht das Feld überlassen dürfte. Was aber ist so schwierig daran zu verstehen, daß, wenn Vernunft und Funktionalität die Konsensdemokratie begründen, Widerstand dagegen in dem Moment vernünftig sein könnte, in dem das System nicht mehr funktioniert und sich irrational verhält?

Ein Staatsbürger oder Politiker, der sich auf Kosten der Gemeinschaft perfide bereichert oder Vorteile verschafft, ist immer noch Teil der Ordnung, indem er sie verbal akzeptiert und beidet. Er hat gefehlt und kann bestraft werden; er ist rehabilitierbar. Wer jedoch wirklich aufbegehrt (und nicht nur scheinbar oder weil es der PR-Berater vorschlug), fällt aus der Gemeinschaft heraus wie ein Krimineller. Bevor er nicht widerruft und vor den eigenen Anschauungen kapituliert, gilt er als nicht therapierbar und muß separiert werden.

Bleibt der Hinweis, daß der echte Widerständler, der Ego-non-Typ, darauf nicht warten sollte: Er könnte der Ausgrenzung durch selbstbewußte Sezession zuvorkommen.

Der neue Lisson



Frank Lisson

Die Verachtung des Eigenen

Ursachen und Verlauf
des kulturellen Selbsthasses
in Europa

246 Seiten, gebunden, 25 €

Edition Antaios

Schnellroda 2012

ISBN: 978-3-935063-39-5

Kann sich eine Kultur
erschöpfen und das eigene
Verschwinden betreiben?
Sie kann, sagt Frank Lisson.

EDITION  ANTAIOS

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel/Fax: 03 46 32-9 09 41

verlag@edition-antaios.de · www.edition-antaios.de

Warum wir in Afghanistan nicht gewinnen können

von Thomas Bargatzky

Die Neuorientierung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges hat zur »Transformation der Bundeswehr« als personell reduzierte Eingreifarmee für den Einsatz an exotischen Schauplätzen geführt. Die neue Aufgabe wurde von dem damaligen Verteidigungsminister Peter Struck im Dezember 2002 mit der Losung »Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt« auf den Punkt gebracht. Die damit verbundene asymmetrische Kriegführung zeigt dem Staat jedoch die Grenzen militärischer Interventionen auf. Am Fall Afghanistan wird der illusionäre Charakter von Auslandseinsätzen deutlich: Dort kann der Westen nicht gewinnen, weil er drei Irrtümern aufsitzt: Erstens, Afghanistan wird als kulturelles und historisches Isolat betrachtet. Man glaubt, dort *nation-building* als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus durchexerzieren zu können. *Nation-building* ist aber die zivile Kehrseite der bewaffneten Aufstandsbekämpfung (*counterinsurgency*) und provoziert Widerstand. Zweitens, Stammesstrukturen werden als zu überwindende »mittelalterliche« Relikte abgetan. Damit unterläuft dem Westen eine fatale Fehleinschätzung. Drittens, man unterschätzt die identitätsbildende Kraft des Islam.

Afghanistan im regionalen Zusammenhang

Das von einer Vielzahl kleinerer und größerer ethnischer Gruppen besiedelte Territorium namens Afghanistan ist Teil einer großen Fließzone kultureller, ethnischer, sprachlicher und religiöser Gemengelagen ohne deutliche Abgrenzungen voneinander. Dieses Kontinuum setzt sich nach Westen im Iran, nach Norden in den zentralasiatischen Staaten und im Westen und Südwesten auf dem indischen Subkontinent fort. Die einzigen Grenzen, die in der Vergangenheit eine Bedeutung hatten, waren die sich ständig wandelnden Grenzen wechselnder dynastischer Herrschaften. Afghanistan war seit jeher ein Durchgangsraum zwischen Ost und West, Nord und Süd mit fließenden ethnischen und kulturellen Übergangszonen. Immer wieder fielen unterschiedliche Völker aus Zentralasien hier ein und drängten weiter in Richtung Indien, oder wurden von nachrückenden Völkern dorthin abgedrängt. Im Zuge der arabischen Eroberungen seit dem 7. Jahrhundert verbreiteten sich mit dem Islam arabische Sprache und Schrift in der gesamten Region. Muslimische Invasionen bedrohten seither immer wieder auch den indischen Subkontinent.

Afghanistan war bis 1747 Teil umfassenderer Herrschaftsgebiete unter wechselnden, mal afghanischen, mal nichtafghanischen Dynastien. Diese Konstellation zog sich bis zu dem *Great Game* genannten machtpolitischen »Spiel« um die Vormachtstellung in Asien im 19. Jahrhundert, das zwischen Großbritannien, dem Zarenreich und Persien ausgetragen wurde. Auch in der Gegenwart suggerieren die Grenzen auf der Landkarte eine kulturelle und staatliche Einheit und Souveränität, die so nicht



Rückkehr eines politischen Häftlings aus dem Exil: der Gang ist suchend, das Gesicht unsicher und fragend. Hier hat einer etwas unwiederbringlich verloren. War dieser Preis zu hoch? – Ilja Repin, *Unerwartet*, Öl auf Leinwand, gezeigt auf der 12. Wanderausstellung 1884/85.

Die Peredwischniki

Endlose Weite, leere Räume, nichts schmeichelt: Dies ist ein Lebensweg, ein Weg ins Innere, ein Leidensweg, eine Straße nach Osten, die Wladimirka. Auf ihr wurden die Verbannten nach Sibirien getrieben. – Isaak Lewitan, *Wladimirka*, Öl auf Leinwand, gezeigt auf der 21. Wanderausstellung 1893/94.





Eine russische Sezession

Die Ausgangslage: Eine übermächtige Akademie der Künste zementiert durch ein monopolisiertes Förder- und Ehrenpreisgeflecht eine reproduzierende, antikisierende Kunstfertigkeit. – **Die Sezession:** Ab Mitte der 1860er Jahre gelingt es einer Künstlergruppe, Rußland, den russischen Alltag und damit das Eigene, Nationale, mit dem Pinsel zu erobern. – **Die Methode:** Wanderausstellungen, die in bis zu zwölf Städten gezeigt werden und dadurch die Kunst aus der Akademie hinaus ins Land tragen. – **Der Mut:** Die Peredwischniki (deutsch: Wanderer) gehen das Risiko einer prekären sozialen und finanziellen Freiheit jenseits der Akademie-Laufbahnen ein, überzeugen jedoch bald einige Förderer und Kritiker von ihrer Kunst und ihrer Notwendigkeit.

Der Grat: Manche Bilder treffen wie selbstverständlich auf die sozialrevolutionäre Grundstimmung eines Teils der Intelligenzija. – **Der Weg:** Die Anspielungen auf unübersehbare Schief lagen bleiben feinsinnig und subtil. Die Peredwischniki sind zunächst Künstler und darin revolutionär. Politisch sind sie es nicht, sondern allenfalls reformerisch, erneuernd, auf das Eigene, Russische, Vielschichtige hin angelegt. Ihre »Typen« des Alltags zeigen ganz eigene, situative, mit dem »Hamsunschen, liebenden Blick« abgezeichnete Gesichter. – **Die Ausstellung:** Bis zum 28. Mai zeigen die Kunstsammlungen Chemnitz 90 Werke der Peredwischniki (www.kunstsammlungen-chemnitz.de). Abdruck der Bilder mit freundlicher Genehmigung.



Die Zeit steht still in der sogenannten »schönen Ecke« der Hütte. Betet die Frau? Verzweifelt sie? Hat sie noch Kraft und dankt gar, weil es ihm nun besser geht? Hier führte einer den Pinsel, der selbst einmal Bauer war. – Wassili Maximow, *Der kranke Ehemann*, Öl auf Leinwand, gezeigt auf der 10. Wanderausstellung 1882/83.

In diesem Moment hat ihn ganz hinten einer entdeckt! Werden sie ihn hänseln? Vielleicht, aber sicher nicht lange: Denn sie wissen noch, daß auch sie vor kurzem erst die Kulturschwelle überschritten haben. – Nikolai Bogdanow-Belski, *Am Eingang zur Schule*, Öl auf Leinwand, entstanden 1897.





Revolutionäre Eroberung des Eigenen mit dem Pinsel: Das ist Rußland, das sind seine Winterdächer, und das Leben der Nation ist nicht immer dramatisch oder inszeniert, sondern vor allem nüchtern und voller ebenso beiläufiger wie zufälliger Perspektiven. – Sergej Swetoslawski, *Blick aus einem Fenster der Moskauer Hochschule für Malerei*, entstanden 1878.

Die einfachen Leute, die in ihrem harten Leben um ihren Lohn feilschen, sind allenfalls Heroen des Alltags. Der Kunst der Peredwischniki fehlt das revolutionäre Pathos: Hier geht's um den Rechenschieber, jedes Detail stimmt. – Iwan Bogdanow, *Abrechnung*, Öl auf Leinwand, gezeitigt auf der 19. Wanderausstellung 1891/92.



besteht. Intervenierte man dort, sind auch andere Länder betroffen, insbesondere Pakistan.

Das Zeitgemäße der Stammesstruktur

In einem Land wie Afghanistan *nation-building* betreiben zu wollen, nach Maßgabe moderner europäischer Staats- und Rechtsordnungen mit ihren Korrelaten Zivilgesellschaft, Parteienpluralismus, Säkularisierung, Individualismus und Menschenrechten, kommt dem Versuch gleich, den sprichwörtlichen Pudding an die Wand zu nageln. Dergleichen setzt eine spezifisch europäische Entwicklung voraus, die im Lehnswesen und seiner Auflösung ihren Ausdruck fand, wodurch die aus den alten Bindungen »freigesetzten« Individuen sich unter kapitalistischem Vorzeichen in Bürgertum und Arbeiterschaft neu formierten. Der säkulare, laizistische moderne Rechtsstaat trat an die Stelle der religiös legitimierten alten Feudalordnung und lieferte als Nationalstaat auf der Grundlage einer als je eigenständig wahrgenommenen und geförderten Kultur eine neue ideelle Klammer für die – unterschiedlichen Interessen verpflichteten – Bürger.

Keine dieser Bedingungen liegt in Afghanistan vor, in dem grenzüberschreitende, auf Verwandtschafts- und Clanstrukturen basierende Stammeskonföderationen das Sagen haben, wie sie im zentralasiatischen Raum seit jeher geschichtsbestimmend waren. Dabei handelt es sich nicht um feudale Gebilde, sondern um durch Religion und Brauchtum integrierte Rechts- und Loyalitätsgemeinschaften. Die einzelnen Segmente dieser Stämme schließen sich aufgrund von Stammbaumbeziehungen bei gegebener Interessenlage zeitweilig gegen ungefähr gleich große Gruppen innerhalb des Stammes zu größeren Verbänden zusammen, zerfallen aber ebenso schnell wieder in ihre Komponenten. Diese »komplementäre Opposition« manifestiert sich in erster Linie bei Rechtsstreitigkeiten und den häufig damit zusammenhängenden kriegerischen Konflikten, aber auch in anderen politischen Situationen wie bei der Besetzung vakanter Führungsämter. Dadurch wird ein gruppenweise organisiertes Aufgebot möglich. Gruppenziele lassen sich auf Kosten anderer Gruppen durchsetzen, mit denen man aber bei geänderten Verhältnissen wieder zusammengeht. Man könnte solchen Gruppen das Motto unterstellen: »Der Feind meines Feindes ist auch mein Feind.«

Die heute etwa 40 Millionen Paschtunen besitzen solch eine segmentäre Organisation. Sie gelten als größte Stammesgesellschaft der Welt. Sie führen sich auf einen gemeinsamen Stammvater zurück, Qais Abdur Raschid. Exakte Zahlen sind schwer zu bekommen, aber als Faustregel kann man von zwölf Millionen in Afghanistan (40 Prozent der Gesamtbevölkerung) und 25 bis 27 Millionen in Pakistan (ca. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung) ausgehen. Die beiden großen paschtunischen Stammeskonföderationen der Ghilzai und Abdali spielen bis heute eine überragende Rolle. Mal gingen sie gegen einen gemeinsamen Gegner vor, um dann wieder gegeneinanderzustehen.

Der bewaffnete Widerstand gegen die Versuche Großbritanniens, Afghanistan im 19. Jahrhundert im Zuge des *Great Game* unter direkte Kontrolle zu bringen, wurde maßgeblich von den Ghilzai getragen. Das Muster ständig wechselnder Allianzen sogar innerhalb eines Stammes nach dem Prinzip der komplementären Opposition liegt auch gegenwärtigen Konfliktlagen zugrunde. Drei der prokommunistischen Präsidenten Afghanistans waren Ghilzai-Paschtunen (Muhammad Taraki, Hafizullah Amin, Muhammad Nadschibullah), aber auch die Taliban rekrutierten sich vornehmlich aus den Reihen der Ghilzai. Der heutige Präsident Afghanistans, Hamid Karzai, gehört dagegen dem Durrani-Unterclan der Popalzai an und ist ein Nachfahre von Achmad Schah Durrani.

Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschallalabad hält,
»Wer da!« – »Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.«

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

»Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.«

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',
Sir Robert sprach: »Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So labt sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!«

Da haben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.

»Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.«

Ein Gedicht Theodor Fontanes aus dem Jahr 1859. Es schildert den Untergang der britischen Garnison Kabuls, die sich unter General Elphinstone nach Dschalalabad durchzuschlagen versuchte und 1842 in der Khurd-Kabul-Schlucht vollständig aufgegeben wurde. Nur der Feldarzt Dr. William Brydon entkam.

Es wäre ein fataler Irrtum, solche Stammesstrukturen als »mittelalterlich« abzutun, denn damit ist ja die Vorstellung der Rückständigkeit verbunden und die Überzeugung, diese Strukturen im Zuge der »Modernisierung« durch *nation-building* überwinden zu können. Stammesstrukturen sind vielmehr in der Moderne angekommen. In Karatschi leben heute rund eineinhalb Millionen Paschtunen, die das private Transportwesen beherrschen. Paschtunen sind weltweit online vernetzt (www.pashtunforums.com).

Die transnationalen Stammesnetzwerke geben den Stammesgenossen Vorteile, die keine nationale Zugehörigkeit bieten könnte. Daher resümiert der Orientalist Olivier Roy: »Die Stämme sind zur Welt hin offen. Das Stammsystem verschwindet nicht, es paßt sich der Globalisierung und den supranationalen Ideologien an. Der Stamm existiert weiter und greift auf die ganze Welt über, was oft mit wirtschaftlicher Globalisierung einhergeht (Beteiligung am Drogenhandel, an Schmuggel, an Arbeitsmigration)«. Die Taliban nutzen jedenfalls die Vernetzung der Stammesstrukturen gewinnbringend zur Erhebung von Zöllen bei Drogenanbau und Schmuggel.

Islamische Solidarität

Der Islam stiftete bereits in der Zeit vor den europäischen Interventionen den Zusammenhalt verfeindeter paschtunischer Stämme beim Widerstand gegen die Herrschaft der Moguln in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Der Mechanismus der komplementären Opposition, durch das einigende Band des Islam verstärkt, könnte eine grenzübergreifende Solidarisierung der Völker Afghanistans und teilweise Pakistans gegen den Westen zustande bringen. Die schwer zu überwachende afghanisch-pakistanische Staatsgrenze (Durand-Linie) geht mitten durch das Gebiet der Paschtunen, von denen sie nicht anerkannt wird. Ghilzai-Nomaden können sie ungehindert überqueren. Sie wurde 1893 auf britischen Druck hin gezogen, um die Paschtunen zu schwächen und Britisch-Indien besser zu schützen. Das Prinzip der Staatsgrenze wird durch die Stammesstrukturen auf beiden Seiten und die gemeinsame islamische Basis ausgehöhlt. Es ist nicht verwunderlich, daß beispielsweise der pakistanische Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) im Machtpoker zwischen Pakistan und Indien um regionalen Einfluß und Zugriff auf die Rohstoffvorkommen Zentralasiens eine Doppelrolle spielt – einerseits werden die Taliban verdeckt unterstützt, andererseits stellt sich Pakistan an die Seite der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Verwunderlich ist vielmehr, daß sich Politiker und Journalisten darüber immer noch wundern.

Wem nützt der Einsatz in Afghanistan?

Während der Zeit des *Great Game* fürchtete Großbritannien um seine Herrschaft in Britisch-Indien. Mit dem anglo-russischen Abkommen von 1907 wurde ein Interessenabgleich in Zentralasien vereinbart, der aber schon 1918 mit Lenins Aufruf an die Massen Asiens, dem bolschewistischen Beispiel zu folgen, wieder aufgekündigt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg schied Großbritannien endgültig als »Spieler« aus. Die Neuauflage des *Great Game* seit der Zeit um die Jahrtausendwende steht im Zeichen der Brzezinski-Doktrin, der Sicherung der weltpolitischen Vormachtstellung der USA auch durch Kontrolle der politischen Lage in Zentralasien. China, Indien und Rußland sind die Gegenspieler der USA und ihrer Verbündeten.

Die wahre Aufgabe der von der politischen Klasse zweckentfremdeten Bundeswehr in Afghanistan ist es, dort den Interessen der USA zu dienen. Den Kollateralnutzen haben ferner die Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (China, Rußland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan), die die Gefahr islamistischer Aufstände in ihren Territorien fürchten. Peter Scholl-Latour hat auf diesen, in den Medien kaum beachteten Aspekt hingewiesen: »Durch die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan wird nicht Deutschland am Hindukusch verteidigt, sondern die Russische Föderation und ihre Klienten ... ein Versacken der NATO in Afghanistan entspricht den objektiven Interessen Moskaus. An die Adresse der unbelehrbaren Strategen des Westens richtete ein enger Berater Putins die grobe Aufforderung: ›You'll have to eat your own shit«.

Ausgewählte Literatur:

- Thomas Barfield: *Afghanistan. A Cultural and Political History*, Princeton 2010;
- Bernhard Chiari (Hrsg.): *Afghanistan (Wegweiser zur Geschichte)*, Paderborn 2006;
- Peter Hopkirk: *The Great Game. On Secret Service in High Asia*, London 2006;
- Christian Sigrist: *Regulierte Anarchie*, Frankfurt a. M. 1979;
- Olivier Roy: *Der falsche Krieg. Islamisten, Terroristen und die Irrtümer des Westens*, Berlin 2007;
- Conrad Schetter: *Kleine Geschichte Afghanistans*, München 2004;
- William K. Fraser-Tytler: *Afghanistan*, London 1953;
- Hein G. Kiessling: *ISI und R&AW – Die Geheimdienste Pakistans und Indiens*, Berlin 2011;
- Zbigniew Brzezinski: *The Grand Chessboard*, New York 1997 (dt. *Die einzige Weltmacht*, Berlin 1997);
- Peter Scholl-Latour: *Zwischen den Fronten*, Berlin 2008.



Regelmäßige Autoren der „Neuen Ordnung“:

Univ.-Prof. Paul Gottfried
Dr. Hans-Dietrich Sander
Wolfgang Saur
General Franz Uhle-Wettler
Dr. Angelika Willig
U.v.a.m.

Weitere Themen
des aktuellen Heftes:

- **Ecce ingenium teutonicum:**
Zum 50. Todestag
Erwin Guido Kolbenheyers
- **Späte Reflexionen:**
Das Vermächtnis Ernst Noltes
- **Alois Hudal und die Anima:**
Doch kein braunes Schaf
im Bischofsrang



*Jetzt
Probeheft
anfordern!*

Neue Ordnung, Hofgasse 5, A-8010 Graz, Fax: +43/316/835612
www.neue-ordnung.at • neue-ordnung@ares-verlag.com



Probeheft anfordern

Ich bestelle kostenlos (NO 1/12) (NO 4/11)
Beide Hefte zum Unkostenpreis € 4,- inkl. Postgebühr

Name, Vorname _____

E-Mail _____

Postleitzahl, Wohnort _____

Straße, Hausnummer _____

Datum _____

Unterschrift _____

Blinde Flecken – Geopolitik und Neue Rechte

von Felix Springer

Die *Sezession* Nummer eins war dem großen Thema Krieg gewidmet. »Der Ernstfall hat den Vorzug, die Tatsachen deutlicher hervortreten zu lassen«, schrieb Karlheinz Weißmann darin im Jahr 2003 und brachte damit einen Aspekt im Selbstverständnis der politischen Rechten zum Ausdruck, den sie als entscheidend für ihre Daseinsbegründung ansieht. Das Denken vom Ernstfall her und entlang der existentiellen Bedingungen des Gemeinwesens wie des Menschen ist demnach das prägende Kennzeichen des konkreten Denkens in Abgrenzung zu dem, was von links modellhaft gedacht und entlang einer Projektion des Guten und Gerechten auf eine Utopie hin entworfen wird. Aus diesem Selbstverständnis leitet die Rechte für sich traditionell eine besondere Kompetenz auf den Sachgebieten ab, die sich als »harte Themen« bezeichnen lassen. An erster Stelle stehen dabei alle Fragen der inneren und äußeren Sicherheit – deren Aufgabe zugespitzt die Abwehr des Ordnungsverlustes im Ausnahmezustand ist. Dies zwingt zum konsequenten Durchdenken des Ernstfalls und zum nüchternen, illusionslosen Blick.

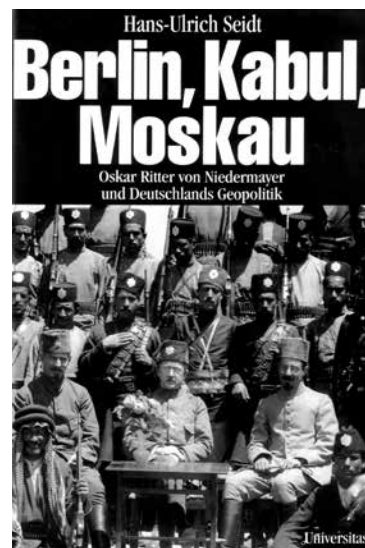
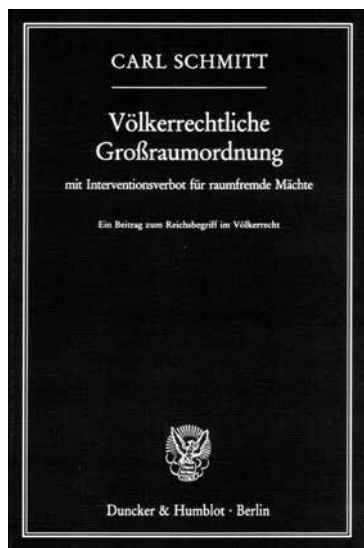
Außenpolitik also: Die den öffentlichen Diskurs konstituierende Tages- und Wochenpresse des deutschsprachigen Raums behandelt sie eher stiefmütterlich. Sicher: Jede große Zeitung von *taz* bis *FAZ* unterhält ein eigenes Ressort, das für Auslandsberichterstattung zuständig ist, meist sogar ein Netz von Auslandskontakten oder -korrespondenten, das die heimischen Redaktionsstuben mit Informationen aus erster Hand versorgen kann. Als vor etwas mehr als einem Jahr im nordafrikanisch-arabischen Raum die Unruhen und Revolutionen auszubrechen begannen, für die die Journalisten mittlerweile den frisch und sauber klingenden Namen »arabischer Frühling« gefunden haben, dauerte es nicht lange, bis in eben jenen Ressorts die ersten Reportagen über die angebliche »Generation Facebook« und die neue Rolle der Frau in der Revolution erschienen. Auch über den Verlauf des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes berichtet die deutsche Presse detailliert, und anlässlich der kürzlich abgehaltenen Wahlen im Iran und in Rußland informierte uns die Auslandsberichterstattung eingehend darüber, was an dem Prozedere den Maßstäben unserer Demokratie nicht ge-

nüge. An allgemeinen Informationen aus dem Ausland mangelt es also nicht.

Doch Außenpolitik – nicht als Handwerk der politisch Handelnden, sondern als Ziel und Methode der politisch Denkenden – ist mehr als das Wissen um Weltgeschehnisse und weit mehr als fremde Innenpolitik und auswärtige Sozialkunde. Der politische Raum ist erst dort eröffnet, wo das Gegeneinander von Interessen und Macht ausgekämpft wird und die Politik ihr im Kern regelloses »großes Spiel« inszeniert. Politik ist das alles erst, wenn die Mittel des einen gegen die Mittel des anderen stehen und sich jede Partei wie auf einem multidimensionalen Schachbrett Zug um Zug Optionen zum eigenen Vorteil zu erspielen sucht; jede politische Auseinandersetzung ist ein Abstraktum des Krieges und kann auf ihn zurückgeführt werden.

In diesem Sinne politische Deutungen des Weltgeschehens finden in unserem massenmedial-öffentlichen Raum gegenwärtig so gut wie nicht statt, was – anders als in den problematischen Fragen der Einwanderungs- oder Geschichtspolitik – weniger in Selbstzensur und geistigem Hygienestreben der Verantwortlichen begründet liegt als vielmehr in der außenpolitisch unbrauchbaren politischen Konditionierung vieler Medienschaffender. Diese haben längst zu einem Begriff des Politischen gefunden, der vom Sinngehalt des vielzitierten Bismarckschen Diktums, wonach Politik die Kunst des Möglichen sei, weitgehend entbunden ist und statt dessen die tugendethische Perspektive einnimmt, die auch in allen anderen Politikbereichen Geltung beansprucht. Dem komplexen, längst den ganzen Planeten und selbst den erdnahen Weltraum umspannenden Geflecht von Interessen- und Einflußkonkurrenzen ist diese Perspektive nicht gewachsen, es bedarf eines viel pragmatischeren Blicks auf die Natur der Macht und die Situation der Welt.

Die Aufgabe einer zeitgemäßen Rechten ist es, der Öffentlichkeit diesen alternativen Blick anzubieten, der über den einfachen Widerspruch (»gegen Amerika«, »gegen den Islam«) hinausgeht und grundsätzlich anderen Denkmustern folgt. Was man in einigen »weichen« Politikbereichen wie der Überfremdungsproblematik bereits auf hohem Niveau leisten kann, bleibt bei außenpolitischen Fragestellungen bislang zu-



Lektüre für Einsteiger

rückgestellt: der Verzicht auf ethisch-normative Aufladung, die Frage nach den eigenen Interessen und Opportunitäten sowie der Hinweis auf die Bedeutung andernorts vernachlässigter Größen wie Ethnie, Religion und Kultur.

Längst lassen sich Dutzende Beispiele finden, an denen sich das gut erläutern ließe. Das vielleicht offensichtlichste ist der unter deutscher Beteiligung seit 2001 durchgeführte Einsatz westlich-internationaler Truppen in Afghanistan, der den Fragen von Souveränität und Verteidigung eine in der bundesdeutschen Öffentlichkeit lange unbekannt diskursive Virulenz zugewiesen hat. Und obwohl damit zwei Kernbegriffe der nationalen Perspektive berührt sind, konnte die Rechte nicht einmal im Rahmen ihres begrenzten Zugangs zur Öffentlichkeit eine ergänzende oder gar konkurrierende Sicht auf die Lage anbieten, weil sie entweder ratlos schwieg oder sich in vordergründig imperialismuskritischen, antiwestlichen, jedenfalls letztlich nicht primär politischen, sondern ideologischen Begriffen einrichtete. Für eine geistige Strömung, die das Erbe Carl Schmitts für sich beansprucht, liegt die Meßlatte bedeutend höher – zumal es kein Debattenfeld gibt, auf dem die politische Rechte die Legitimität und Notwendigkeit ihres Menschen- und Staatsbildes weniger verschnörkelt unter Beweis stellen kann. Der immer wiederkehrenden Verbindung von Humanitätsrhetorik und Weltstaatsutopie mit Strategiemangel im Denken und Handeln läßt sich nur die Zielsetzung eines konsequent anti-utopischen, anti-universalistischen Machtdenkens entgegensetzen und die Methode dazu heißt Geopolitik.

Geopolitik ist die Art politischen Denkens, die immer mit dem Blick auf die Weltkarte beginnt. Der geneigte Leser nehme sie nun zur Hand: Ein geopolitischer Blick auf Afghanistan zeigt uns, um bei diesem Beispiel zu bleiben, eine von einer nahezu unüberschaubaren Anzahl von Ethnien, Stämmen und Clans ohne gemeinsame Identität besiedelte Region in Zentralasien, gelegen in strategischer Nachbarschaft zur instabilen

Atomkraft Pakistan, dem zum Feindstaat des Westens erklärten Iran sowie den drei ehemaligen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, alle drei gekennzeichnet von inneren Konflikten unterschiedlicher Aktualität, fragiler Staatlichkeit und einem wechselhaften Verhältnis sowohl zu Rußland als auch zum Westen. Die hier gelegenen Erdgasvorkommen sind in der Region die einzigen ausbeutbaren Rohstoffe von strategischer Bedeutung. Die, militärisch und politisch, amerikanisch dominierte Golfregion ist vom Süden Afghanistans nur wenige Flugstunden entfernt, genauso wie das russische Staatsgebiet vom Norden des Landes – die russische, amerikanische und zunehmend sogar chinesische Interessensphäre treffen hier aufeinander. Vor allem Rußland und die USA ringen um Einfluß in den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, an umfassender Instabilität in der Region und insbesondere einem weiteren Zerfall Pakistans hat jedoch niemand ein Interesse.

Das ist, komprimiert, die Grund-Lage, auf der nun nach Umfang, Form und Durchsetzungsmittel deutscher Interessen gefragt werden muß, also nach den Zielen und Möglichkeiten. Am wichtigsten ist dabei, was nicht drinsteht: Mädchenschulen, Rechtsstaatlichkeit und »Generation Facebook«. Diese Dinge sind nicht ohne Bedeutung, aber sie sind nicht politisch im eigentlichen Sinne, genausowenig wie die hochmoralische »Entlarvung« von Hegemonialstreben oder, auf der anderen Seite, die kategorische Behauptung interessenunabhängiger »politischer Freundschaft«.

Mediale Repräsentation findet dieser, auf die Machtfrage reduzierte Blick nicht, doch die Rechte sollte ihn sich zur Gewohnheit machen. Deutschland spielt mit auf der Weltkarte: Das kann man leugnen oder gestalten, ändern kann man es nicht. Wer von der Souveränität Deutschlands und von deutschen Interessen spricht, hat sich für das gedankliche Gestalten entschieden und muß ab sofort nüchtern, und das heißt geopolitisch, denken.

Schreibtisch oder Gefecht? – Manöverernst

von Martin Böcker

Es geht um den Manöverernst in der Bundeswehr. Wer darüber schreibt, schreibt vor allem über sein Fehlen. Wer »vom Einsatz her« denkt, kommt nicht umhin, den mangelnden Ernst in den Manövern festzustellen und anzuprangern. »Vom Einsatz her«: Das ist die neue Denke, die natürlich nicht nur die Neustrukturierung der deutschen Streitkräfte betrifft, sondern auch die Ausrichtung des gesamten Ausbildungsbetriebs auf den tatsächlich eingetretenen Ernstfall hin – den Auslandseinsatz, in dessen Verlauf gekämpft werden muß.

Wer wahrnimmt, daß die Einsätze zu mehr Ernst in Ausbildung und Einsatz führen, hat damit auch festgestellt, daß es bisher nicht so darauf ankam. Aber kann der Bundeswehr überhaupt ein bislang fehlender Ernst vorgeworfen werden? Und wenn ja: Was müßte man fordern von der deutschen Armee und der deutschen Politik, jetzt, wo es plötzlich wieder »darauf ankommt«?

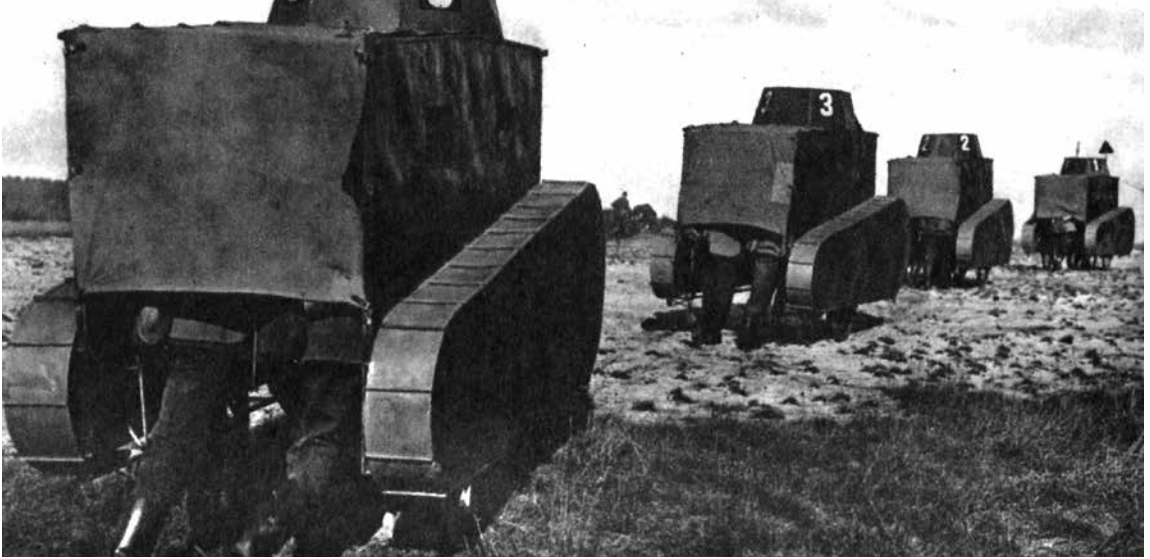
Zunächst: Die Bundeswehr ist nicht weniger leistungsfähig als andere Streitkräfte vergleichbarer Größe. Sie weist allerdings einige Bruchlinien auf, die quer durch die Einheiten verlaufen. Sie treten zum Beispiel und besonders im Auslandseinsatz zutage, und zwar als Konflikt zwischen sogenannten »Drinnis« und »Draußis«, also zwischen denen, die im Lager bleiben, und denen, die Patrouille fahren.

Zwei Hauptleute der Kampftruppe haben in der *Univok*, der Studentenzeitschrift der Hamburger Bundeswehr-Universität, über dieses Thema berichtet: zum Beispiel über eine diensthabende Veterinärin, die in Afghanistan in einem Außenposten deutsche Hygienestandards anlegen wollte. Ein Kompaniechef mußte mit »Engelszungen« auf sie einreden, damit sie, vereinfacht gesagt, auf ihre Meldung verzichtet, welche die Schließung des Postens zur Folge gehabt hätte. Ein anderes Beispiel ist die alarmierte Reserveeinheit, die mit hohem Tempo ausrücken wollte: Ein »Drinnie« stellte sich den Fahrzeugen in den Weg, um die »Draußis« über die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit im Lager zu belehren. Zwei Anekdoten nur, aber das reicht aus, damit man ein Gefühl bekommt für die Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebenswelten in ein und derselben Streitkraft: hier Friedensbürokratie, dort Einsatzpragmatik.

Diese Unterschiede wirken bis in die Heimat zurück. Und das ist im Hinblick auf den neuen Ernst im Manöver gar nicht schlecht – etwa, wenn die Patrouillensoldaten den erlebten Ernstfall auf den Ausbildungsbetrieb übertragen können. Doch die kampferfahrenen Männer sind nicht nur in der Unterzahl, sie sind auch verhältnismäßig jung. Die wenigsten Generäle dürften die Dinge erlebt haben, die ein Hauptmann oder Major der Kampftruppe in Afghanistan mitmachte. So gibt es nicht nur eklatant unterschiedliche Erfahrungen zwischen »Etappe« und »Front«, sondern auch zwischen den Generationen. In die Bundeswehr sichert der neue Ernst der Jungen eher schleppend ein. Natürlich kann man nicht pauschal behaupten, daß jedem »Drinni« oder Alten die richtige Einstellung fehle. Aber daß dem Bundeswehr-Jargon eine gängige Wendung im Sinne von *train as you fight* (bilde gefechtsnah aus) fehlt, mag eines von mehreren Indizien dafür sein, daß die hier gezeichnete Tendenz zutreffend ist.

Die oben angedeuteten Unterschiede in den militärischen Lebenswelten haben sich aus den Nachwirkungen des Kalten Krieges ergeben, aus dem die Bundeswehr als ein durch und durch bürokratisiertes Unternehmen hervorgegangen ist. Eine hochtechnologische, moderne Wehrpflicht-Armee muß eine bürokratische Organisation sein, anders ist das »Organisationsziel« nicht zu erreichen: nämlich eine große Anzahl von Soldaten für den militärischen Einsatz auszubilden. Während der Blockkonfrontation war dies das einzige Ziel, während der Einsatz keines war: Der Krieg wurde vorbereitet, aber nicht geführt, und das Paradoxon der Abschreckung lautet seit jeher: Je besser wir sind, desto sicherer müssen wir nicht in den Einsatz. Damit und mit einer alle Kräfte beanspruchenden Bürokratie sollte auch vergessen gemacht werden, daß das Militär im Friedenszustand praktisch funktionslos ist – wenn man von der Funktion seiner reinen Existenz mal absieht.

Mit Somalia und dem Kosovo, spätestens jedoch mit dem »robuster« werdenden Afghanistan-Einsatz hat sich das Ziel aller Ausbildung nun konkretisiert, und zwar auf einen nicht nur theoretischen, sondern ebenso begrenzten wie tatsächlich eintretenden Ernstfall hin. Die Politik reagiert mit der »Transformation der Bundeswehr« und paßt sie ihrer neuen Aufgabe an, nämlich den Interventionen im Ausland und



Deutsche Tank-Attrappen auf dem Vormarsch, um 1920

dem Kampf gegen irreguläre Kräfte. Es ist wenig überraschend, daß eine als Verteidigungsarmee aufgebaute Bundeswehr erst mal an ihre Grenzen stößt, wenn sie relativ plötzlich irregulären Kräften gegenübersteht. Ihr Organisationsziel war ja defensiver Natur und – wie gesagt – jahrzehntelang da, aber auch nicht da.

Selbst der Wehrmacht, ihrerseits eine effiziente Angriffsarmee, blieben Erfahrungen der Unzulänglichkeit im Zusammenhang mit Partisanenkämpfen nicht erspart: »Wer beschreibt aber die Überraschung und die sich steigernde Leidenschaft, mit der wir ahnungslosen Blitzkriegsoldaten des Zweiten Weltkrieges dem Phänomen zuerst begegneten?« Hellmuth Rentsch machte diese Zeilen 1961 zum Auftakt seiner Arbeit *Partisanenkampf. Erfahrungen und Lehren* (Frankfurt a. M. 1961). Und dieser Satz hat auch heute noch Gültigkeit – jedenfalls wenn wir den »ahnungslosen Blitzkriegler« durch den »ahnungslosen Bürokraten« ersetzen.

Die schlichte Forderung nach mehr Ernsthaftigkeit ist natürlich auch schon während des Kalten Krieges erhoben worden, und es gibt Einheiten, die den Manöverernst hoch- und durchgehalten haben. Und trotzdem ist unsere bürokratische Armee das Ergebnis eben dieser Zeit. Der Gruppenführer konnte und kann seine Rekruten noch zu ernsthaftem Üben zwingen, auch der Zugführer und der Kompaniechef sind noch nah dran am Gros der Soldaten und können mittels Dienstaufsicht und Disziplinarmaßnahmen einen Beitrag leisten. Aber spätestens ab dieser Ebene ist Papier geduldig, und selbst bei allerhöchster Führerdichte bleibt die Dienstaufsicht hintergebar.

Der Appell, das, was zu tun ist, sorgfältig und mit großem Ernst zu betreiben, muß tiefer gehen oder sich an konkreten Vorteilen für die einzelnen Soldaten orientieren. Was könnte so ein konkreter Vorteil sein? Wenn der Kalte Krieg die deutschen Streitkräfte bürokratisiert hat, dann müßte ihre regelmäßige Verwendung als Interventionsstreitkraft automatisch zu ihrer Entbürokratisierung führen – jedenfalls so weit, wie das für eine hochtechnologische, moderne Armee noch sinnvoll ist. Sie würde damit in militärischer Hinsicht effizienter, stärker, besser werden. Denn als gegen Ende des Kalten Krieges

schon klar war, daß er nicht ausbrechen würde, war es vertretbar, sich zuungunsten der militärischen Ausbildung für Sicherheit, Bequemlichkeit und juristisch-bürokratische Absicherung zu entscheiden: Die Quittung kam nicht. Heutzutage haben die Soldaten zumindest theoretisch genügend Anlaß für die Gewißheit, daß fehlender Manöverernst fehlende Fähigkeiten zur Folge habe, und das könnte einen selbst oder den Kameraden das Leben kosten. Kämpfen können, durchkommen, unversehrt bleiben: Das sollte als konkreter Vorteil genügen und für den nötigen Ernst sorgen, wenn es ins Manöver geht.

Wenn diese theoretisch vorhandene Gewißheit auf Ausbilder mit der Erfahrung eines »Draußis« trifft, und das wird sie immer öfter, dann ist das einer von vielen kleinen Schritten hin zum ordentlichen Ernst, also die gewünschte Realisierung des Denkens »vom Einsatz her«. In dieser Hinsicht wird sich der Manöverernst in der Bundeswehr von Einsatz zu Einsatz durchsetzen. Selbst ethische Forderungen wie »interkulturelle Kompetenz«, die ja manchmal als gutmenschliches Getue verlächelt werden, etablieren sich insofern, als daß sie für den Kampf mit irregulären Kräften militärisch sinnvoll sind (Partisanen und Partisanenbekämpfer leben gleichermaßen vom Rückhalt in der Bevölkerung des Einsatzlandes).

Also wirklich alles nur eine Frage der Zeit? Nicht nur. Aus soldatischer Sicht ist es auch eine Frage von mehr oder weniger Verwundeten, Versehrten, Gefallenen. Und wenn dem Soldaten der Sinn einer militärischen Intervention fremd bleibt, dann kann sich der Grundsatz »Wirkung geht vor Deckung« rasch in sein Gegenteil verwandeln. Wie wäre es also mit einem offen kommunizierten Interventionsgrund wie »Sicherung der Rohstoffversorgung«? Und wenn der durch und durch zivile Politiker nicht erfährt, daß es seine unzweckmäßigen Vorgaben sind, die die Parlamentsarmee schwächen, dann kann er sie noch nicht einmal theoretisch anpassen. Wenn Politik und Militär unnötige Opfer vermeiden wollen, dann muß die Politik dem Militär reinen Wein einschenken, und das Militär muß das einfordern, was es zum Kämpfen und Siegen braucht. Nur so nimmt man einander ernst.

Der Linksrutsch der FAZ

von Karlheinz Weißmann

Nehmen wir irgendeine, etwa die neunte Kalenderwoche: Das *FAZ*-Feuilleton beschwert sich, getarnt als Zeitschriftenschau, über die »rechtskonservative« Regierung Ungarns und feiert den 90. Geburtstag des Marx-Apologeten Iring Fetscher, liefert am Rande einer Besprechung des Thatcher-Films neue Perspektiven zum Zusammenbruch des Sowjetsystems (weil »die verwegenen vier der antisowjetischen Front der achtziger Jahre – Ronald Reagan, Papst Johannes Paul II., Helmut Kohl und die geniale Krämerstochter – den schläfrigen Ostmoloche dazu gebracht haben, sich aus der Geschichte zu verdrücken«), setzt fort mit Frontberichterstattung über die Occupy-Bewegung und läßt vier ihrer Vertreter zu Wort kommen (allesamt sympathische Leute), freut sich über die Verleihung des Börne-Preises an Götz Aly, den »Unerschrockenen«, und eine Lena Bopp teilt noch mit, daß es '68 um eine »gerechte Sache« ging – auf seiten der Achtundsechziger, versteht sich.

Natürlich könnte man dem entgegenhalten, es habe auch eine deutliche Polemik gegen den neuesten Soziolekt – »Kiezdeutsch« – gegeben und eine andere gegen die Art und Weise, wie der »Ehrensold« des gewesenen Bundespräsidenten gerechtfertigt wird. Aber es bleibt dabei, daß das nur Nebentöne sind, leise, kaum vernehmbar, nicht die Melodie. Und es ist für diesen Zusammenhang auch nicht von Interesse, daß Politik- und Wirtschaftsteil wie eh und je der Stimme der Vernunft Geltung verschaffen. Denn das, worum es hier geht, ist der jüngste Linksruck des *FAZ*-Feuilletons. Es ist nicht der erste.

Mancher meint zwar, daß es seit je zur Struktur einer Qualitätszeitung gehörte, im ersten Buch konservativ (Politik), im zweiten liberal (Wirtschaft) und im dritten rot (Feuilleton) zu sein. Aber das bleibt doch Ausdruck der Hilflosigkeit, galt nie für die *Süddeutsche*, die *Frankfurter Rundschau* oder die *taz*. Da gab und gibt es keine erkennbare Diskrepanz zwischen den Grundaussichtungen, sicher keine Möglichkeit, hinten im Blatt das Gegenteil von dem zu behaupten, was vorn behauptet wird, also etwa in einem Organ der Progressiven ein rechtes Feuilleton zu etablieren.

Man könnte natürlich auf dem Standpunkt stehen, daß die Intelligenz per se links sei, aber das galt in der fernerer Vergangenheit nicht, und

es gilt heute erst recht nicht. Bleibt also die Frage, wieso sich die *Frankfurter Allgemeine* den Luxus eines knallroten, halbroten, hellroten Kulturteils leistet? Der Verfasser dieses Textes hat an anderer Stelle schon einmal die Annahme formuliert (und begründet), wie es zu der eigenartigen Schiefelage der *FAZ*-Struktur in der Nachkriegszeit kommen konnte. Hingewiesen werden mußte dabei auf die Rolle von Karl Korn, des ersten Feuilletonchefs, dessen Wunsch nach Deckung vor Anwürfen wegen seiner eigenen braunen Vergangenheit ihn dazu brachte, die schon damals einflußreichen Spalten für die Neue Linke zu öffnen. Das alles soll hier nicht noch einmal ausgebreitet werden, es sei aber doch erwähnt, daß der Entschluß, Joachim Fest als seinen Nachfolger zu installieren, keine Korrektur bedeutete. Die Einschätzung von Fest als Konservativen hatte mehr mit dessen Bildung und dessen Habitus zu tun, als mit einer entsprechenden politischen Ausrichtung. Tatsächlich gehörte Fest zu den liberalen Newcomern der sechziger Jahre und sympathisierte fallweise mit der Linken. Wieviel das mit persönlichen Bekanntschaften in der Hamburger Journalistenszene zu tun hatte, wieviel mit Sentimentalität, ist hier nicht von Bedeutung. Wichtig aber ist die Tatsache, daß Fest nach Übernahme der Leitung des *FAZ*-Feuilletons 1973 Leute wie Karl Heinz Bohrer protegierte, die für eine mehr als »progressive« Ausrichtung sorgten. Damals setzte sich zum ersten Mal die Vorstellung fest, daß die Linke den Kulturteil der *FAZ* als ihren *claim* betrachten dürfe.

Die Einschätzung galt nie durchgängig, aber eindeutig war immer, daß die intellektuelle Rechte konsequent mit Nichtachtung gestraft wurde. Fest sorgte zwar auch für Gegengewichte – etwa in Gestalt von Konrad Adam – und wußte natürlich, wie stark der dezidiert konservative Einfluß im Politikteil war, aber das änderte nichts an der Tatsache, daß selbst unter dem Eindruck der »Bleiern Jahre« und der »Wende« keine prinzipielle Korrektur der Ausrichtung stattfand. Schließlich ist vor diesem Hintergrund auch die Gründung von »Fests Kindergarten« in den achtziger Jahren zu werten, das heißt die Einbeziehung einer Reihe von zum Teil noch sehr jungen Mitarbeitern wie Gustav Seibt, Jens Jessen, Patrick Bahners und Frank Schirrmacher. Fest hat Schirrmacher spä-

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Hellerhofstraße 3-5
60327 Frankfurt am Main

Schnellroda, 10.1.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit diesem Schreiben kündige ich den Bezug der FAZ zum nächstmöglichen Termin. Ich will Ihnen die Gründe für diesen Schritt nicht vorenthalten: Das Feuilleton Ihrer Zeitung hat mit dem Abgang von Patrick Bahners nun unter dem Ressortleiter Nils Minkmar einen weiteren großen Schritt nach links gemacht. Ich zähle in beliebiger Folge Be-

Fundstück »Kündigt der FAZ« – Ist die Rechte kampagnefähig?

ter als seinen Nachfolger installiert; nach seinem Ausscheiden übernahm Schirmmacher bald auch die Position in der Herausgeberschaft.

Seitdem hat Schirmmacher zwar für häufigen Personalwechsel gesorgt (aus dem »Kindergarten« ist nur noch Bahners übrig) und eine erstaunliche Energie beim *agenda setting* entfaltet (das Ende des Feuilletons ausgerufen, die Entzifferung des menschlichen Genoms zum Thema gemacht, dem »Fürchtet euch nicht!« in der Demographiedebatte die Hatz auf Sarrazin und dann die freundlichen Aufforderungen an die anarchistische Linke folgen lassen). Eine ideologische Orientierung im eigentlichen Sinn war dahinter jedoch nicht zu erkennen. Zwar favorisierte Schirmmacher zeitweise Leute wie Ulrich Raulff oder Franziska Augstein in der Redaktion, aber der Konservative las ihre Stellungnahmen doch nur mit Achselzucken. Dasselbe galt im Prinzip für alle, von denen man wußte, daß sie »im Zweifel links« argumentierten, und man tröstete sich mit den Kontrapunkten, die Adam, Jürgen Kaube oder Lorenz Jäger, gelegentlich auch Henning Ritter, setzten. Nun hat Adam längst den Dienst quittiert, Kaube war immer ein Einzelgänger und hält sich etwas zugute auf seine Unberechenbarkeit, und wahrscheinlich kann man Jägers Rückkehr zum Gutmenschentum doch nicht ganz trennen von dem Prozeß, der sich am Ende des vergangenen Jahres ankündigte, als zu vernehmen war, daß Bahners in die USA wechseln solle und an seiner Stelle Nils Minkmar die Leitung des Feuilletons übernehmen werde.

Soweit erkennbar, verfügt Minkmar, Jahrgang 1966, über einen deutschen wie französischen Paß, studierte an der Universität des heimlichen Saarlands (amtierte zwei Semester als AStA-Vorsitzender; man wagt gar nicht zu fragen, für welche Gruppierung) und saß bei Bourdieu im Seminar, promovierte und arbeitete dann als Journalist für das ZDF, die *Süddeutsche Zeitung* und seit 1999 als Redakteur der *Zeit*, bis er zwei Jahre später in das Feuilleton der *FAZ* eintrat. Jetzt ist er an dessen Spitze angekommen, obwohl man – die Dinge von außen betrachtend – nicht ganz sehen kann, was ihn auszeichnet. Immerhin begann seine Amtszeit mit einem Trompetenstoß – »Stellt endlich die Systemfrage!« – und dann folgte die Neuausrichtung des *FAZ*-Feuilletons nach einer Phase zugegebenermaßen lustlos wirkender Führung.

Jetzt soll der »kluge Kopf« hinter der *FAZ* also nicht nur mit Minkmar leben lernen und dem wiedergekehrten Quasi-Kommunisten Dietmar Dath, sondern auch mit der Begeisterung für die Restauration des Marxismus, dem Hochschreiben von Occupy und Piratenpartei, und einer ideologischen Gesamtausrichtung, die überhaupt keine Differenz mehr zu dem erkennen läßt, was hierzulande allüberall zu hören ist. Ein guter Freund meinte schon zu Jahresbeginn, man solle eine Kampagne mit dem Slogan »Kündigt der *FAZ*!« ins Leben rufen. Aber abgesehen von der Trägheit des Konservativen auch in Abonnementfragen: Was ist die Alternative?

Was darf Satire?

von Günter Scholdt

Binnenpluralismus

Für die *Sezession im Netz* war der Jahresbeginn dadurch gekennzeichnet, daß in zwei markanten Fällen (Noltes *Späte Reflexionen* und Lichtmesz' »Die Schweigeminute«) deutliche Meinungsunterschiede in den eigenen Reihen zum Ausdruck kamen. Das mag mancher bedauern. Mir scheint es weniger bedenklich als natürlich und zudem als Beleg dafür, daß man, sozusagen »erwachsen« geworden, eine lediglich auf Außenwirkung bedachte harmonieselige Uniformitätsfassade für verzichtbar hält.

Zwar teilt die von der *Sezession* vertretene metapolitische Alternative zum Macht- und Medienkartell der Berliner Republik fraglos Grundüberzeugungen. Ich nenne stellvertretend Diagnosen wie die von der (durch die jetzige Parteiherrschaft nicht zu behebbende) gesellschaftlichen Fundamentalkrise, von der substantiellen Beschädigung der Meinungsfreiheit in Deutschland oder vom Nationaltrauma als stärkstem Hemmnis einer situationsangemessenen Tagespolitik. Aber diese im wesentlichen geistige Opposition ist selbstbewußt genug zur Einsicht, daß über diverse inhaltliche Details, Wertungen, Lösungen, politstrategische Fragen usw. zuweilen durchaus verschieden gedacht werden mag. Das Schreckbeispiel einer in Kernfragen des Staates parteiübergreifend quasi verordneten bundesrepublikanischen Offizialmoral, die ja nur künstlich durch massive Sanktionen aufrechterhalten wird, dient ihr als Lehre.

Gestritten wurde in den genannten Fällen um einer grundsätzlichen Klärung willen. Und ausschließlich in diesem Sinne möchte ich aus kurzem zeitlichen Abstand nochmals auf die Internet-Kontroverse von Weißmann und Lichtmesz zurückkommen. Der Anlaß war gewiß nicht belanglos, sondern gewichtig und respektabel wie die jeweils vertretenen Positionen und Werte. Von daher dürfen wir uns auch vom Ergebnis dieses Streits zukunftsorientierte Aufschlüsse erwarten.

Der Streitgegenstand

Am 23. Februar beschäftigte sich Lichtmesz in *Sezession im Netz* mit der landesweit proklamierten Gedenkfeier zu Ehren der laut polizeilichen Ermittlungen vom NSU Erschossenen. Er tat es auf eine hochironische Weise, die folgende Passage illustriert:

»Deutschland, 23. Februar 2012, Punkt 12 Uhr. Während die Kirchenglocken die Mittagsstunde einschlagen, erheben sich die Menschen in Deutschland, von der Waterkant bis zu den Alpen, vom Rhein bis an die Oder von ihren Sitz- und Stehplätzen, halten inne in ihrem Tun und Werken, in ihren Gedanken, Worten und Taten, schließen, sich besinnend, die Augen oder wenden sie gen Himmel.

Putzfrau putzt nicht mehr, Verkäuferin verkauft nicht mehr, Kindergärtnerin kindergärtnernt nicht; Rauchfangkehrer rauchfangkehrt nicht mehr, Bäcker bäckt nicht mehr, Pfarrer pfarrt nicht mehr, Bauarbeiter baut nicht, Lehrer lehrt nicht. Landesweit klappen Schulklassen behutsam ihre Rechenhefte und Lesebücher zu, erheben sich von den Sitzbänken und verharren in schweigender Andacht. (Allein K.s Kinder täuschen wieder einmal epileptische Anfälle vor.) Die Preßluftschlämmer und die Motoren der Busse stehen still.

Die Säge verharrt auf halbem Wege im Holz, der Span in der Luft. Der Kaffeebecher in der Hand des Zeitungsredakteurs stockt kurz vor der sonst so zynisch-kessen Lippe. Die Hand des Paketausträgers, dessen gespitzter Finger sich der Türklingel nähert, erstarrt jäh, als die Mittagsglocke ihr »Gedenk, o Mensch erklingen läßt.

Der Sezessionist, der gerade ein Buch über Massenwahn und kollektive Psychosen liest, hält inne in seiner frivolen Lektüre. Der Nahverkehr der großen Städte ruht, als hielte auch er den Atem an vor Erschütterung und Trauer, Betroffenheit und Empörung. Jedes einzelne angehaltene Rad und Zahnrad schreit es zum Himmel: Nie wieder!«

Der Text endet so ruppig wie effektiv mit dem die offizielle Staatstrauer hinterfragenden Satz: »Und i muaß jetzt glei speibn.« Noch am selben Abend distanzierte sich Karlheinz Weißmann im Netz von diesem Text mit der knappen Begründung, er halte ihn für »geschmacklos« und für einen »Fehler«. War er dies?

Lichtmesz' Beitrag ist eine Satire, das heißt eine Textgattung, die mit literarisch pointierenden Mitteln soziale Mißstände aufspießt. Zudem nutzt der Verfasser – man könnte ihn von der Technik her geradezu einen Karl Kraus des

Internets nennen – die besonderen Wirkungsmöglichkeiten der Dokumentarsatire. Nach späteren Angaben bestehen sogar vier Fünftel seines Blogbeitrags (einschließlich seines provokanten, von Henscheid entlehnten Satzes) aus Originalzitaten: vor allem aus Textergüssen von DGB, BDA und dem *Stern*. Der Autor reagiert damit auf spezifische Schwierigkeiten nicht zuletzt für heutige Satiriker, eine absurde, teils völlig aus dem Ruder gelaufene Realität erzählerisch überhaupt noch zu steigern. Seine Montage von (verfremdeten wie unverfremdeten) Zitaten belegt per se sinnfälligerweise den politisch erwünschten und in Serie produzierten, höchstgradig kitschigen Betroffenheitskult.

Darf Satire alles?

War das »geschmacklos«, wie Weißmann meint? Ein angesichts der Trauer-Umstände zu starker Tobak? Bedienen wir uns zur Problemlösung im Lager der momentanen kulturpolitischen Orthodoxie! Halten wir uns an Kurt Tucholsky, einen Fachmann der spitzen Feder und scharfzüngigen Attacke, der nach allen Kriterien gegenwärtiger Hochschätzung gewiß als bestens legitimer Gutachter akzeptiert ist. Sein Artikel von 1919 heißt sogar und beschäftigt sich zentral mit unserer Fragestellung »Was darf die Satire?«

Tucholskys Antwort resümiert zunächst die bis heute nicht ganz unbefangene Rezeption dieses Genres in Deutschland:

»Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel.

Satire scheint eine durchaus negative Sache. Sie sagt: »Nein!« Eine Satire, die zur Zeichnung einer Krieganleihe auffordert, ist keine. Die Satire beißt, lacht, pfeift und trommelt die große, bunte Landsknechtstrommel gegen alles, was stockt und träge ist.

Satire ist eine durchaus positive Sache. Nirgends verrät sich der Charakterlose schneller als hier, nirgends zeigt sich fixer, was ein gewissenloser Hanswurst ist, einer, der heute den angreift und morgen den.

Der Satiriker ist ein gekränkter Idealist: er will die Welt gut haben, sie ist schlecht, und nun rennt er gegen das Schlechte an.

Die Satire eines charaktvollen Künstlers, der um des Guten willen kämpft, verdient also nicht diese bürgerliche Nichtachtung und das empörte Fauchen, mit dem hierzulande diese Kunst abgetan wird.

Vor allem macht der Deutsche einen Fehler: er verwechselt das Dargestellte mit dem Darstellenden. Wenn ich die Folgen der Trunksucht aufzeigen will, also dieses Laster bekämpfe, so kann ich das nicht mit frommen Bibelsprüchen, sondern ich werde es am wirksamsten durch die packende Darstellung eines Mannes tun, der hoffnungslos betrunken ist. Ich hebe den Vorhang auf, der schonend über die Fäulnis gebreitet war, und sage: »Seht!« – In Deutschland nennt man dergleichen »Kraßheit.«

Es folgen zahlreiche (von mir übergangene) zeitgenössische Beispiele, und sein Schluß gipfelt in einem Plädoyer für die als heilsam empfohlene deftige Schreibweise:

»Der deutsche Satiriker tanzt zwischen Berufsständen, Klassen, Konfessionen und Lokalrichtungen einen ständigen Eiertanz. Das ist gewiß recht graziös, aber auf die Dauer etwas ermüdend. Die echte Satire ist blutreinigend: und wer gesundes Blut hat, der hat auch einen reinen Teint.

Was darf die Satire?

Alles.«

Diese Auffassung hat manches für sich. Lediglich seine Schlußpointe halte ich für eine effektvolle Übersteigerung. Dabei will ich gewiß keine noch stärkere Gesinnungszensur anregen, als sie im gegenwärtigen Deutschland ohnehin herrscht, von gesetzgeberischen Initiativen zu schweigen. Aber eine Generallizenz für jedwede Attacke, Schärfe oder Verletzung möchte ich ebensowenig erteilen. Denn auch das Schrilke hat sich zu rechtfertigen. Nicht jede Abgeschmacktheit eines auf Sensationen getrimmten Regisseurtheaters brauchen wir zu billigen. Nicht jede Witzelei eines Amüsierpöbels, wie sie uns die Quotenjagd heute gängiger TV-Comedys und -Satiren beschert. Dagegen sollten wir aus eigenem Anspruch Grenzen setzen und einen unter die Haut gehenden satirischen Angriff nur insoweit legitimieren, als er durch ein ebenso gewichtiges Anliegen und Ethos gedeckt wird. Ist das gegeben, mögen die Fetzen fliegen. Und weil diese auf Zuspitzung gründende Kunstform stets vereinfacht, sei in Kauf genommen, daß auch mancher getroffen und in seinen Empfindungen und Werten verletzt wird, dessen Handlungsmotive weniger verächtlich sind als die seiner befehdeten Umwelt. Dazu nochmals Tucholsky:

»Übertreibt die Satire? Die Satire muß übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen nach ungerichtet. Sie bläst die Wahrheit auf, damit sie deutlicher wird, und sie kann gar nicht anders arbeiten als nach dem Bibelwort: Es leiden die Gerechten mit den Ungerechten.«

Ein Beispiel aus historischer Distanz und dem linken Lager möge dies verdeutlichen: Vielen religiös geprägten Zeitgenossen zwischen den Weltkriegen mochte Grosz' »Christus mit der Gasmaske«, über den sogar in einem Gotelästerungs-Prozeß verhandelt wurde, als üble Blasphemie erscheinen. Anderen, die den Krieg meist nicht gewünscht hatten und lediglich aus Pflichtbewußtsein ertrugen, galten Tucholskys militärkritische, radikalpazifistische Ausfälle gegen die von ihm bekämpften »Stützen der Gesellschaft« als maßlos und unangebracht. Doch wie immer man in dieser Frage politisch, historisch oder ästhetisch stehen mochte, eines konnte man den beiden Provokateuren gewiß nicht absprechen: ein gesellschaftliches Anlie-

gen von hoher Wertigkeit. Denn so respektlos, grobschlächtig und verletzend der Einsatz mancher ihrer Mittel wirken mochte, das Anliegen, ein zweites großes Völkermorden zu verhindern, war ein bedeutendes. Dergleichen Verstöße gegen das sittliche oder religiöse Empfinden hat eine aufgeklärte Gesellschaft zu ertragen.

Damit zurück zu Lichtmesz. »Geschmacklos« wäre sein Beitrag, wenn er sich lustig gemacht hätte über die Trauer der Hinterbliebenen. Inakzeptabel, wenn er eine Art »klammheimliche« Freude empfände, wie es seinerzeit in der relativ verbreiteten RAF-Sympathisantenzene zum guten Ton gehörte, als es zum Beispiel einen Generalbundesanwalt traf. Nichts von alledem findet sich in Lichtmesz' Text, auch kein Bonus oder Malus für eigene oder fremde Opfer. Statt dessen attackiert er kollektive Heuchelei, Doppelmoral samt ihren verhängnisvollen innenpolitischen Konsequenzen sowie politische Instrumentalisierung. Er verfolgt damit wahrlich ernsthafte gesellschaftliche Erziehungsziele, die auch eine bitterböse Satire rechtfertigen, selbst wo sie in mißverständlicher Auslegung Pietätsgefühle verletzen könnte.

Auch der drastische Schlußsatz schreckt mich nicht, sondern erinnert mich an die Beerdigung eines mir nahestehenden Kollegen. Damals produzierte sich ein soeben ins Land gekommener Funktionsträger, der den Toten allenfalls Minuten gekannt hatte, durch eine so peinliche, schmierenkomödiantische Geste am Grab, daß ich sie mein Lebtage nicht vergessen werde. Sein Gesichtsausdruck war – bei gleichzeitig effekt-hascherischem Lauern in den Augenwinkeln – so schmerzverzerrt, als laste das ganze Leid dieser Erde auf seine Schultern. Auch damals hatte ich das Gefühl, ich müsse kotzen.

Kult und Macht, oder »Wenn zwei das Gleiche tun ...«

Spricht aber nicht viel grundsätzlicher aus höherer Moralität doch manches dafür, auf dem Friedhof allen tagespolitischen Meinungsstreit zu verbannen und auch die satirischen Klängen zu senken? Eine mir äußerst sympathische Vorstellung, nur leider im geschichtspolitischen Raum völlig unüblich. Von Cäsars bis Lenins oder Maos Begräbnis, von Antigone, die im Mythos ihren gefallenen Bruder bestattet, bis zu Reagans Bitburg-Besuch erweist sich der öffentliche Umgang mit Toten stets auch als aktualitätsbezogene Demonstration der jeweiligen Macht, die dem Gegner, wenn der nicht kapitulieren will, eine Stellungnahme geradezu abverlangt.

Im Totenkult erfolgen durchweg Auf- und Abwertungen gemäß jeweiliger politischer Tagesvaluta, von Liebknecht und Rosa Luxemburg über Schlageter bis zur »Blutfahne« der beim Münchner Putsch Erschossenen. Weltkriege, Revolutionen oder Pogrome bieten weitere Gelegenheit zu vielfältigen Gräber-Hierarchien, wobei bereits Jüngers Modellstaat seiner *Marmorklippen* das schäbige Muster beschreibt, nach dem nur die Opfer des eigenen Lagers für würdig befunden werden:

»Den Mord vermochten sie nur auf der Gegenseite zu erkennen, und dennoch war bei ihnen rühmlich, was dort als verächtlich galt. Während ein jeder die anderen Toten kaum für würdig hielt, bei Nacht und ohne Licht verscharrt zu werden, sollte um die Seinen das Purpurtuch geschlungen werden, es sollte das Eburnum klingen und der Adler steigen, der das Lebensbild der Helden und Seher zu den Göttern trägt.«

Und knapp 70 Jahre später heißt es in Reiner Kunzes »nachricht von der menschheit«:

»Ein unermessliches leid
verwies
ein unermessliches leid
auf die tiefere stelle am mast
und sprach:
Meiner trauer
ist keine trauer ebenbürtig
Da faltete das
auf die tiefere stelle verwiesene
unermessliche leid
seine trauer zusammen
und ging
in die einsamkeit seiner toten.«

Bei solchen An-, Aufrechnungen oder Degradierungen laufen (Geschichts-)Politiker der Moderne geradezu zur Hochform auf. Und die Toten sind sozusagen das Salz in der mit Tagesinteressen gewürzten Suppe, anders gesagt: ihr wichtigstes humanes Spielkapital auf den Kommunikationsbörsen dieser Welt zur Fundierung von wirtschaftlichen, politischen und zahlreichen anderen Forderungen. Das dabei verursachte endlose Gezerre läßt sich zuweilen nur mit einem gehörigen Schuß Sarkasmus ertragen. Denn zweifellos gibt es modische und unmodische Tote, privilegierte und unprivilegierte, worüber gegebenenfalls Regierungen, Gerichte und nicht zuletzt Medien nach aktuellen Opportunitätskriterien entscheiden.

Was zählen etwa 100 Millionen weltweit Ermordete, sofern sie angeblich einem Menschheitstraum dienen, angesichts anderer Opfergruppen, die keine Sympathisantenlobby für sich mobilisieren können? Warum stehen einige Tote im Bewußtsein aller Deutschen ganz oben, andere nicht? Wie klassifiziert sich ein erschlagener Balte, Ukrainer oder Armenier im Aufmerksamkeitsranking? Warum werden etwa afrikanische Genozide, was Weltöffentlichkeit betrifft, eher zu Discountpreisen gehandelt, zählen umgekommene deutsche Vertriebene kaum, Bombenopfer praktisch gar nicht? Wann wird man staatsaktswürdig, wann auf keinen Fall? Man stelle sich vor, es wären bei der Bestattung von Mundlos oder Böhnhardt solche Reden gehalten worden wie am Grab von Baader, Meinhoff, Ensslin oder Holger Meins. Vielmehr ist solches hier und heute etwa genauso unvorstellbar wie ein bundesrepublikanischer Justizminister, der sich bei den Angehörigen getöteter Deutscher für verfehlt Langmut und

Nachlässigkeit entschuldigte, mit der die Sicherheitsbehörden ausländischer Haßkriminalität begegnet sind.

Und auch in Literatenkreisen weiß man ganz genau, was man hierzulande darf und was nicht. Als 1969 Ludwig Harigs »Staatsbegräbnis« über den Äther ging, eine satirische Montage von Trauerreden und Reportagen während Adenauers Totenfeier, erregte sich zwar noch der Intendant des Saarländischen Rundfunks, aber die Kritik feierte den Tabubruch fast einhellig als Meilenstein bundesrepublikanischer Hörspielentwicklung. Spätere Lobredner dieses zweifellos gekonnten und reizvoll-provokativen Texts habe ich durch die Rückfrage verunsichert, was wohl geschehen wäre, wenn ein Autor das gleiche künstlerische Verfahren etwa bei Bubbis' Begräbnis angewandt hätte. Kurz: Ein herrschaftsfreier Raum ist auch der Friedhof mitnichten. Und so darf es auch dem Satiriker nicht verboten sein, auf diesem Kampffeld für die jeweils Schwächeren Partei zu nehmen.

Der taktische Aspekt

Was richtig ist, muß nicht klug sein. War Lichtmesz' Veröffentlichung zu diesem hochsensiblen Anlaß ein Fehler? Unter schlicht parteitaktischen Gesichtspunkten möglicherweise. Denken wir etwa an Brechts politstrategische Anweisung seiner *Maßnahme*:

»Wer für den Kommunismus kämpft, der muß kämpfen können und nicht kämpfen; die Wahrheit sagen und die Wahrheit nicht sagen; Dienste erweisen und Dienste verweigern; Versprechen halten und Versprechen nicht halten.

Sich in Gefahr begeben und die Gefahr vermeiden; kenntlich sein und unkenntlich sein. Wer für den Kommunismus kämpft, hat von allen Tugenden nur eine: daß er für den Kommunismus kämpft.«

Nun ist aber die Szene um die *Sezession* gewiß keinem vergleichbaren Machtzynismus verpflichtet. Und nichts liegt mir ferner, als Weißmanns Vorwurf in solch dubiosen Umfeld zu verorten. Vielmehr nehme ich seine Bedenken durchaus ernst und deute sein Urteil als Resultat einer Handlungsparadoxie. Denn grundsätzlich dient man zur Zeit der gemeinsamen Sache sicher am besten, wenn man mutwillige Militanz oder Schroftheit meidet. Erschreckt diese doch allzu leicht potentielle Verbündete angesichts einer völlig verhetzten Umwelt, in der man sich die politische Rechte offenbar weitgehend als Abkömmlinge Transsilvaniens vorstellt mit Schaum vorm Mund und Killer-Dolchen zwischen den Zähnen.

Aus vielfacher Anschauung ist mir hinlänglich bekannt, wie viele Widerstände – sprich: (panische) Ängste – zu überwinden sind, bis ein durch heutigen Journalismus Sozialisierter sich auch nur darauf einläßt, alternative Argumente anzuhören, die gemäß Mainstream als kontaminiert gelten. Auch solche möglichen Bündnispartner wollen also bedacht sein. Denn die Ver-

breitung unseres Einflußterrains über ein kämpferisches Zentrum hinaus bleibt unverzichtbare Zukunftsaufgabe, wenn wir wenigstens in kleinen Nischen auch aktuelle Wirkung anstreben. Dabei sei am wenigsten an Politiker oder Journalisten gedacht. Denn auch für Samtpfötchen-Beiträge erteilt das gegenwärtige Kommunikationsimperium keinen Wohlverhaltensrabatt. Wir befinden uns schließlich nicht in der Sphäre freier Gedanken, sondern der der Macht. Und man unterhält nicht umsonst kostspielig Tausende von ideellen Trüffelschweinen auf der Ketzersuche.

Solch mißliche Ausgangslage, in der bereits seit Jahrzehnten der Gegner die propagandistische Lufthoheit besitzt, steigert wiederum die Neigung, sich zuweilen mit einem veritablen publizistischen Wutausbruch wenigstens persönlich zu befreien. Zu lange schon triumphieren in der politisch-medialen Öffentlichkeit die Unverantwortlichen, Halbdenker und Prasser: die geballte Arroganz, Ignoranz und Infamie, die sich auch noch anmaßt, die wenigen Nonkonformisten intellektuell und moralisch zu belehren alias zu disziplinieren. Bis zum Letzten reizen und kosten sie es aus, »gewonnen« zu haben, was zwar nicht für ihr Land, gewiß aber für sie persönlich gilt. Sollen wir angesichts eines solchen Ärgernis, um einer nebulösen Zukunft willen, auch noch die Zähne zusammenbeißen?

Lichtmesz hat dies nicht getan und dabei vielen aus der Seele gesprochen. Doch ist dieser kurzfristige Wohlfühleffekt nicht zu teuer erkauft, wenn er mittelfristig schadet? Wenn er uns in die gefährliche Nähe von (z.T. strafrechtlich unterfütterten) Verdächtigungen bringt? Wenn die mediale Korrektheitswalze bereits rollt? Nun, ich fürchte, es gibt in dieser Frage keinen großen Entscheidungsspielraum, wenn wir Profil bewahren wollen. Denn was der Autor satirisch verteidigt hat, war ideale Kernsubstanz, die nicht mehr zur taktischen Disposition stehen darf. Sein Einspruch gegen emotionale Erpressung, politischen Bekennniszwang, Marionettenmoral, tränenreiche Heuchelei, Mea-culpa-Kult mit verhetzender Wirkung auf unangepaßte Volksgruppen – *in summa*: totalitäre Gesinnungslenkung im Dienst multiethnischer Illusionen – berührt unser zentrales Anliegen.

Dieser seit 1945 eingeblauten Bäußerhaltung, die sich inzwischen verselbständigt hat, in substanzlosem Alarmismus alles und jedes erfaßt und uns auch in der politischen Gegenwart keinen klaren Gedanken mehr fassen läßt, gilt der Kampf als dem Erzübel einer Kollektivpanik mit Weiterungen in zahllosen Bereichen. Nicht aus Mitleidlosigkeit, sondern eher Mitleid mit den Getriebenen einer von traumatisierten Sentimentalen und ihren Nutznießern gepeitschten Hammelherde. Aus solcher Gefühlsgemeinschaft auszusteigen, ist Sezession pur. Das mag gefährlich sein, weil es Denunzianten verlockende Beute verheißt. Aber gefährlich ist auch der Massenwahn.

Nolte, Nexus und Nasenring

von Thor v. Waldstein

Die im Anschluß an die von Siegfried Gerlich verfaßte Rezension der beiden zuletzt erschienenen Bücher Ernst Noltés von Siegfried Gerlich, Thorsten Hinz und Stefan Scheil bestrittene Debatte (*Sezession* Nr. 45 und 46) hat deutlich gemacht, wie ambivalent der Blick auf das Werk des im 90. Lebensjahr stehenden Geschichtsdenkens sein kann. Das spricht nicht zuletzt für den Autor Nolte, dessen Feder es offensichtlich gelungen ist, geistige Attraktion für ganz unterschiedliche historische Denkansätze zu entfalten. Dieser Befund deckt sich mit der Erfahrung des Verfassers dieser Zeilen, der fast jedes Werk Noltés gerade wegen dessen nüchtern-sezierendem Stil mit Gewinn gelesen hat, obwohl er die Anhänglichkeit Noltés zu dem »liberistischen Individuum« bzw. zu dem von diesem verkörperten »liberalen System« weder teilt noch versteht. Was aber bei jedem, der Nolte gerecht werden will, bleibt, ist der Respekt vor der souveränen Stoffbeherrschung, vor einer bewundernswürdigen Lebensleistung und vor der Unbeirrbarkeit, mit der Nolte die eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Thesen gegen das Meer der bundesdeutschen Anfeindungen spätestens seit dem Habermas-Skandal 1986 (dem sogenannten »Historikerstreit«) verteidigt hat. Und damit sind wir schon bei dem, was bei dem »*Sezession*-Autorenstreit« vielleicht etwas zu kurz gekommen ist: nämlich der Erforschung der – eminent politischen – Frage, weswegen Ernst Nolte heute in der Bundesrepublik ein historiographischer Paria ist, der unter dem Verdacht des »Verfassungsfeindes« steht (Stefan Breuer) und dessen Werke wertfrei oder gar positiv zu zitieren der beste Weg sein dürfte, die eigene akademische Karriere gegen die Wand zu fahren. Hat diese Stigmatisierung allein mit mißliebigen wissenschaftlichen Erkenntnissen Noltés zu tun oder offenbart die Causa Nolte nicht vielmehr polit-psychologische Wirkmechanismen, die für das Verständnis des Staates, in dem wir leben, von nicht unmaßgeblicher Rolle sind? Hat Nolte mit seiner zentralen These von dem Kausalnexus zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus möglicherweise an Tabus der »Vergangenheitsbewältigung« gerüttelt, die in tieferen Bewußtseinsschichten der *homines bundesrepublicanenses* fest verankert sind?

Bekanntlich war es Armin Mohler, der sich 1968 – pikanterweise veranlaßt durch ei-

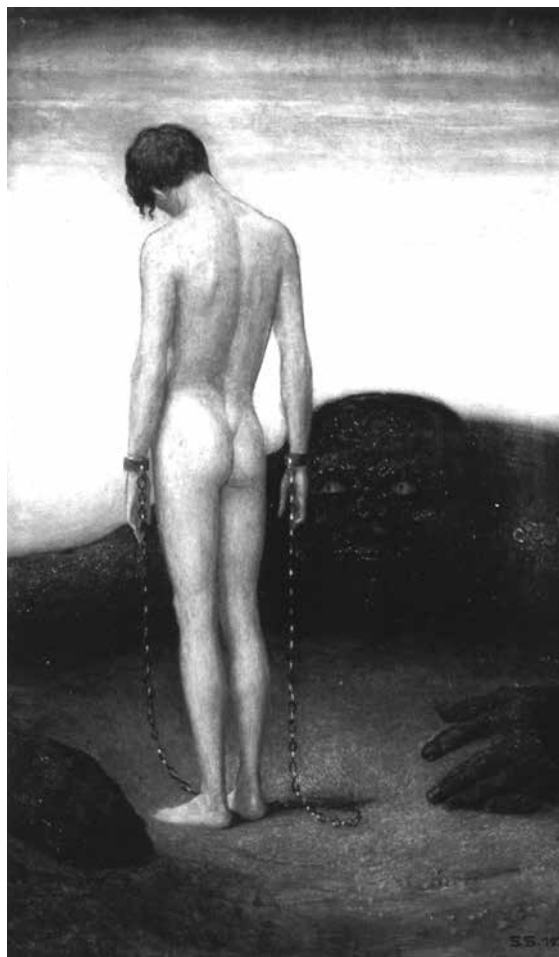
nen Auftrag der Bonner Ministerialbürokratie – erstmals gründlich mit dem Phänomen der Vergangenheitsbewältigung befaßte. 1989 widmete er sich demselben Thema erneut und legte im einzelnen dar, wie die Deutschen seit 1945 am Nasenring der Vergangenheitsbewältigung vorgeführt werden. Ausgangspunkt Mohlers war zunächst die Feststellung, daß es weder möglich noch wünschenswert sei, daß ein Volk seine Vergangenheit bewältige. Nicht nur jedem Individuum, sondern auch einem Volk sei ein Recht auf Vergessen zuzubilligen. Diejenigen, die gleichwohl die Maschinerie der unablässigen Vergangenheitsbewältigung in Gang gesetzt hätten, würden dies in der Absicht tun, sozialpsychologisch determinierte Komplexe heranzüchten, um diese anschließend in den Dienst bestimmter politischer Ziele zu stellen. Endstufe sei der entortete Deutsche, der angesichts der NS-Katastrophe nach und nach ein perveres Verhältnis zu den Traditionen seiner Vorfahren entwickle, und dessen Deutschsein man am Ende vor allem daran erkenne, daß er alles sein wolle: Europäer, Weltbürger, Pazifist usw. – nur kein Deutscher mehr. Damit erwies sich die Vergangenheitsbewältigung als konsequente Fortsetzung der nach 1945 von der US-amerikanischen Besatzungsmacht ins Werk gesetzten »Re-education«, also des »Versuchs, den deutschen Volkscharakter einschneidend zu ändern, auf daß die politische Rolle Deutschlands in Zukunft von außen kontrolliert werden könne« (Caspar von Schrenck-Notzing).

Man braucht keine besonders gute Beobachtungsgabe für die Feststellung, daß dieser Versuch einer »Charakterwäsche« der Deutschen heute als weitgehend gelungen angesehen werden kann. Der Prototyp des ferngesteuerten, von historischen Komplexen regelrecht aufgeblähten Deutschen begegnet einem auf Schritt und Tritt. Es gibt keine Talk-Show, kein Lehrerzimmer, keine Redaktionsstube, keinen Seminarraum, wo man sich nicht laufend der zu Tode gerittenen Distanzierungsvokabel »Nazi« bedient, um die Kappung der historischen Entwicklungslinien Deutschlands als »demokratische Errungenschaft« zu feiern. Kurioserweise läßt sich der Bundesbürger durch dieses permanente »Strammstehen vor den politisierten, mythologisierten Begriffen« (Frank Lisson) nicht in seiner

Sascha Schneider: *Das Gefühl der Abhängigkeit*, Öl auf Leinwand, 1920

höchstpersönlichen Glückseligkeit stören, was Johannes Gross einmal zu der paradox-treffenden Bemerkung veranlaßte, »die Bundesrepublik Deutschland (sei) ein übelgelauntes Land, aber ihre Einwohner sind glücklich und zufrieden«. Jenseits dieser privaten Partydauerstimmung, in der man die eigene Vita der Amüsementsteigerung widmet, weiß der Deutsche von heute aber sehr genau, wo und auf welche Schlüsselworte hin er auf Moll umzuschalten hat: beim Befassen mit dem Düsterdeutschland der Jahre vor Neunzehnhundert-Sie-wissen-schon. Gerät man auf diesem kontaminierten Gelände auch nur unter Verdacht, die geschichtspolitischen Dogmen nicht hinreichend verinnerlicht zu haben oder offenbart man gar Ermüdungserscheinungen bei dem Distanzierungsvolkssport Nummer eins, dem Einprägeln auf die herrlich toten »Nazis«, darf man sich nicht wundern, wenn man eines schönen Tages als »Rechtsextremist« o.ä. aufwacht. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß sich zwischenzeitlich die meisten NS-Forschungsfelder in politisch-psychologische »No-go-areas« verwandelt haben, in denen nicht Erkenntnisdrang, sondern penetranter Dogmatismus den (Buß-)Gang der Dinge bestimmt. Der Nationalsozialismus ist daher weiter der zentrale »Negativ-Maßstab der politischen Erziehung« (Martin Broszat) und darf im Sinne derer, die sich der politischen (Ver-)Bildung von bald drei Generationen in Deutschland gewidmet haben und weiter zu widmen sich anschicken, gerade nicht historisiert werden. Gefragt ist moralisch-verschwommene Befindlichkeit, nicht wissenschaftlich-präzise Analyse. Auf diesem Terrain herrscht ein zivilreligiös aufgeladener Machtanspruch, der hinter Kant und die Aufklärung zurückfällt und der in der Geschichte der europäischen Neuzeit ohne Beispiel ist. Auf diesem, von Psycho-Pathologien beherrschten Feld ist »souverän ..., wer über die Einhaltung von Tabus und Ritualen verfügt« (Frank Lisson). Es geht also um Macht und nicht um Wahrheit, um Deutungshoheit und nicht um historische Erkenntnis, um Kampagnenfähigkeit und nicht um seriöse wissenschaftliche Methode. Es geht darum, jeglichen jenseits des aufoktroyierten Neusprechs liegenden, originären geistigen Denkansatz zu dem historischen Phänomen des Nationalsozialismus sofort zu skandalisieren und damit seiner Wirkung zu berauben.

Der seit 1986ff. in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland geführte »Streit um Nolte« ist also in seinem Kern keine historische Fachdiskussion, er ist – neben vielen an-



deren Beispielen dieser Art – ein besonders signifikanter Ausdruck eines gesteuerten Debattenablaufs in einem unfreien Land. Noltes Nexus-Theorie ist den Politgewinnlern der deutschen historischen Tragödie 1914ff. ein Dorn im Auge, weil sie durch ihren *actio-reactio*-Ansatz das NS-Singularitätsdogma und den darauf aufbauenden Machtanspruch der Vergangenheitsbewältigung gefährdet. Daß Lenin und erst recht Stalin keine russischen Dalai Lamas waren, wissen zwar alle; die Bedrohung Europas durch den bolschewistischen Ideologiestaat aus dem Osten muß aber aktiv beschwiegen werden, um den dialektischen Prozeß, von dem die Geschichte des Zweiten Dreißigjährigen Krieges 1914–1945 wie kaum eine andere Epoche zuvor bestimmt wurde, zu entkoppeln. Das dient zwar nicht dem historischen Verständnis, befördert aber den Tunnelblick auf die deutschen Untaten, mit dem sich auch im 21. Jahrhundert gute Geschäfte und konkrete Politik machen läßt. Diese selektive, dauerpräzente Vergangenheit darf nicht vergehen. Sie stellt ein wichtiges Instrument dar, auf das auch morgen nicht verzichtet werden kann, soll die Bundesrepublik weiter als ein politisch desorientierter Staat erhalten bleiben, dem die Pflege der deutschen Neurosen wichtiger ist als die Gestaltung der deutschen Zukunft. Deswegen kann es nicht verwundern, daß eben dieses sozialpsychologische Neurosenfeld groteskerweise an Umfang und an Ansteckungskraft in dem Maße zunimmt, wie sich der zeitliche Abstand zum 8. Mai vergrößert. Die seit bald 70 Jahren währende Dauerbesiegung

des Zombies aus Braunau hat freilich ihren Preis: Es ist ein – von dem unablässig rotierenden Freizeit-, Unterhaltungs- und Urlaubskarussell nur mühsam zu übertönendes – Klima der Zukunftslosigkeit in Deutschland entstanden, das durch nichts besser gekennzeichnet wird als durch die Kinderlosigkeit eines Landes, in dem die Attribute deutsch und alt immer häufiger zusammenfallen. Manches spricht dafür, daß die ethnische Abwärtsspirale, in der sich die Deutschen heute befinden, viel zu tun hat mit der mentalen Todessehnsucht, von deren süßlichem Verwesungsduft das unablässige Rattern der Vergangenheitsbewältigungsmaschinerie umschleiert wird. Die Abwicklung der Deutschen (demographische Implosion und »Umvolkung«) ist dabei nur die letzte Konsequenz eines Geschichtsbildes, das den (Auto-) Genozid der Deutschen seit ca. 1970 als gerechte Strafe für das Geschehen vor 1945 auffaßt. Schließlich kann das abstrakt-moralische Gebot, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen, am besten dadurch erfüllt werden, daß die Deutschen von eben diesem Boden ihrer Väter und Vorväter verschwinden, und zwar endgültig. Bei der Vergangenheitsbewältigung geht es somit um alles andere als um historische Erkenntnis oder um wissenschaftliche Seriosität, es geht um Zukunftsverhinderung, »um die Vernichtung alles dessen, was deutsch ist – was deutsch fühlt, deutsch denkt, sich deutsch verhält und deutsch aussieht« (Armin Mohler).

Wer als junger Deutscher zu einem solch aberwitzigen »mourir pour Auschwitz« nicht bereit ist, wird gnadenlos mit der »Hitler-Scheiße« (Martin Walser) zugedeckt und läuft Gefahr, als »Heide der Gedenkreligion des Holocaust« (Peter Furth) über Nacht seine sozialen Beziehungen zu verlieren. Denn wer ein Tabu übertreten hat, wissen wir seit Freud, wird selbst tabu. Die dazu erforderliche braune Lava wurde und wird von den Niemöllers, Eschenburgs, Wehlers, Benz', Knopps *e tutti quanti* seit Jahrzehnten am Blubbern gehalten. Ein Solitär wie Nolte, der – ganz ohne den Mundgeruch der Bewältigungstechnokraten – die historischen Abläufe 1917ff. nüchtern und mit luziden Zwischentönen analysiert, könnte bei diesem Simplifizierungsgeschäft nur stören. Es spielt dann auch keine Rolle mehr, daß es gerade Nolte war, der, weil er Hitler verstanden und nicht zu »bewältigen« versucht hat, das geschichtsphilosophisch Einzigartige des NS-Judenmordes präzise herausgearbeitet hat (*Der Europäische Bürgerkrieg*, S. 514–517). Um die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus –

darunter eine große Zahl patriotischer Reichsdeutscher, für die das Deutschland des Jahres 2012 einen Alptraum dargestellt hätte – geht es den Matadoren der Vergangenheitsbewältigung ohnehin nicht. Ihr Andenken mißbrauchen sie genauso, wie sie jenes an die Männer schänden, die für das Land der Deutschen als Soldaten ihren Kopf hingehalten haben. Das selektive Erinnern und das Nichtvergessenwollen erweist sich dabei als der sicherste Weg, eine Zukunft der Deutschen zu verhindern. Denn die Kraft zur geschichtlichen Existenz eines Volkes setzt stets voraus, daß es den Willen hat weiterzuleben. Und diesen Willen kann ein Volk nur dann behaupten, wenn man ihm ein Recht zubilligt, nicht nur mit anderen, sondern zuallererst mit sich selbst in Frieden zu leben. Das wiederum setzt voraus, daß Wunden verheilen und irgendwann ein mentaler Neuanfang stattfindet. Dieser ist indes nur denkbar, wenn zuvor der an allen Orten und zu allen Zeiten ausschlagende »Nazometer« (Harald Schmidt) endlich ausgeschaltet wird. Das Geheimnis der Versöhnung ist eben nicht die Erinnerung, schon gar nicht die sakralisierte und instrumentalisierte Erinnerung der heutigen Hüter unserer Vergangenheit, die sich anmaßen, noch die deutschen Jahrgänge 2000ff. nach dem Pawlowischen Taktstock der Vergangenheitsbewältigung tanzen zu lassen. Deren Zweck erschöpft

sich heute nicht nur in »der totalen Disqualifikation eines Volkes« (Hellmut Diwald); Ziel dieser 27. Januar-Kultur (ausgerechnet Mozarts Geburtstag!) ist es, das seelische Immunsystem der Deutschen – auch an den 364 übrigen Tagen des Jahres – so weit(er) zu zerstören, daß die Deutschen schließlich die ethnische Verabschiedung von ihrem eigenen Grund und Boden, die Zweite Vertreibung der Deutschen, die in vielen Stadtteilen deutscher Großstädte schon weit fortgeschritten ist, mindestens gleichgültig hinnehmen, wenn nicht gar als »Urteil« der Geschichte begrüßen. Ein altes Kulturvolk Europas, dem die Menschheit in der Musik fast alles, in der neuzeitlichen Philosophie das wesentliche und in den Natur- und Geisteswissenschaften sehr viel zu verdanken hat, wäre dann verschwunden. Ob diese »Endlösung der deutschen Frage« (Robert Hepp) eintritt oder nicht, liegt nicht zuletzt an den Deutschen selbst, denen es freisteht, morgen den Nasenring abzulegen und das zu tun, was für jeden Kirgisen, jeden Katalanen und jeden Kurden selbstverständlich ist: nämlich als Volk frei über die eigene Zukunft zu bestimmen.

Martin Broszat: »Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus«, in: Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, München 1986;

Hellmut Diwald: *Die Geschichte der Deutschen*, 1. unpagierte Aufl., Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1978;

Peter Furth: »Schuld und Zivilreligion in Deutschland«, in: ders.: *Troja hört nicht auf zu brennen*, Berlin 2006;

Johannes Gross: »Die Misere der öffentlichen Gefühle«, in: Anton Peisl/Armin Mohler (Hrsg.): *Die Deutsche Neurose*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980;

Frank Lisson: *Homo absolutus. Nach den Kulturen*, Schnellroda 2009;

Armin Mohler: *Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 1968;

Armin Mohler: *Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung*, Essen 1989;

Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung in Deutschland*, München 1965.

Berliner Schriften zur Ideologienkunde



Karlheinz Weißmann

Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945

120 S., broschiert, 15 €
ISBN 978-3-939869-61-0

Welche Wegstrecke hat der deutsche Konservatismus nach 1945 zurückgelegt, welche Feldzeichen hat er aufgepflanzt – bis zu dem Punkt, an dem er heute in seiner ziemlich harmlosen Variante angelangt ist?

Andreas Vonderach

Sozialbiologie. Geschichte und Ergebnisse

224 S., broschiert, 15 €
ISBN 978-3-939869-62-7

Ein Grundlagen-Buch über den Einfluß der Gene auf die Intelligenz, die Begabung des Menschen und den grundsätzlichen Unterschied von Völkern – gerichtet gegen die Theorie vom Menschen als einem »unbeschriebenen Blatt«.



Andreas Vonderach

Sozialbiologie. Geschichte und Ergebnisse

IfS Berliner Schriften
zur Ideologienkunde

2

INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel/Fax (034632) 9 09 41 · e-Post institut@staatspolitik.de

www.staatspolitik.de

Schöne Literatur

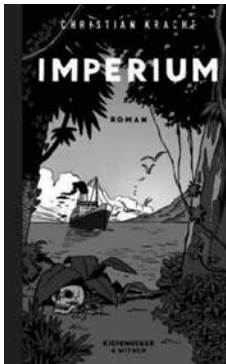
Christian Kracht:
Imperium. Roman, Köln:
KiWi 2012. 256 S., 18,99 €

Keinem, der auch nur mit einiger Aufmerksamkeit in den Feuilletons blättert, kann der Literaturstreit um Christian Krachts neuen Roman *Imperium* entgangen sein. Das Buch wurde, noch bevor es in den Buchhandel kam, zum Gegenstand einer alten und immer wieder neuen Debatte: Muß sich die Kunst an einen zwar nirgends verbindlich formulierten, aber doch von jedem guten Bürger erahnbaren Kommentar halten, selbst dann, wenn sie provozieren möchte? Oder soll sie gar politisch und damit »engagiert« sein, aber nur in einer dem Zeitgeist gemäßen Richtung? Gegen Kracht und dessen neuen Roman trat der *Spiegel*-Redakteur Georg Diez an, kam also »dahergesprecht wie die große Aufklärungskavallerie zur Rettung in letzter Sekunde« (Martin Lichtmesz auf sezession.de): Krachts »lässiger Abenteuerroman über einen deutschen Romantiker« sei »durchdrungen von rassistischer Weltsicht«, stelle den Protagonisten August Engelhardt dar als einen »Hitler ohne Hakenkreuz und Holocaust« und mache Kracht zu einem »Türsteher der rechten Gedanken. An seinem Beispiel könne man sehen, wie antimodernes, demokratiefeindliches, totalitäres Denken seinen Weg findet hinein in den Mainstream.« Selten hat sich ein Kritiker so sehr in der Wirkung seiner billig erworbenen Faschismuskelle verschätzt. Spätestens als ihm Elfriede Jelinek, Daniel Kehlmann, Necla Kelec und vierzehn weitere Autoren in einem offenen Brief vorwarfen,

er habe »die Grenzen zwischen Kritik und Denunziation überschritten«, war die Jagd vorbei: Diez ruderte zurück und wollte das alles gar nicht so gemeint haben. Dabei hat er durchaus etwas gewittert, das in Krachts Buch steckt, etwas sehr Deutsches. Es ist ihm dabei so unheimlich geworden, daß er es gerne totgeschlagen hätte. Kracht hat – grob gesagt – mit *Imperium* eine literarische Biographie verfaßt. Beschrieben wird der Versuch des deutschen Vegetariers, Nudisten und Lebensreformers August Engelhardt, in der Kolonie Deutsch-Neuguinea auf einem extra dafür erworbenen Eiland einen neuen Kult zu stiften, in dessen Mittelpunkt die Kokosnuß stehen sollte: Sie sei der Sonne am nächsten, verkörpere Vollkommenheit und transzendiere jeden, der sich ausschließlich von ihr ernähre. Von Kabakon aus sollte sich sein Sonnenorden um die Welt verbreiten, aber das mißlang, und selbst Engelhardt konnte bis zu seinem frühen Tod 1919 keine Gefährten um sich scharen. Mit Rückblenden, Andeutungen in die Zukunft und großer künstlerischer Freiheit erzählt Kracht die Geschichte dieses Scheiterns einer sehr deutschen Idee, und zwar auf allen Ebenen, die der Leser vom Titel des Romans aus verfolgen könnte: Der Aufbau des Kokosnuß-Imperiums mißlingt ebenso und gerät zur Farce wie der eines Kolonialreichs durch das wilhelminische Deutschland, das zwar Ansprüche und Visionen formuliert, aber keine Realpolitik betreibt und selbst in so simplen Dingen wie den Schiffsetappen nach »Neupommern« an seine Grenzen stößt: Die deutschen Schiffe müssen unterwegs britisch kontrollierte Häfen anlauen, »Herbertshöhe war nicht Singapur«, das eigentliche Imperium nicht in deutscher,

sondern in britischer Hand. Kracht schreibt über Engelhardt, meint aber ein wenig auch Hitler, den verhinderten Künstler, der seine Reinheitsvision und seinen Kult ins Politische hinein vorantrieb. Während Engelhardt nur an sich selbst experimentierte, stopfte Hitler die Keime eines spezifisch deutschen Wegs in die Moderne mitsamt dem ganzen Volk in ein Reagenzglas und brachte die Mischung zur Explosion. Aus seinem Führerbunker wurde er zuletzt tot herausgetragen. Kracht läßt Engelhardt solange weiterleben, bis er zuletzt in seinem »Führerbunker«, einer Höhle, von den siegreichen amerikanischen GI aufgestöbert und in einen Militärstützpunkt auf Guadalcanal verbracht wird. Das siegreiche »Imperium« setzt ihm Hot Dogs und Jazz vor, schenkt ihm eine Armbanduhr und klopft dieser ausgemergelten, unwirklichen deutschen Gestalt auf die Schultern. Ein Reporter erklärt ihm den Weg zur Unsterblichkeit: Hollywood, »you, Sir, will be in pictures«. Dies ist die Stelle, an der sich Kracht geschüttelt haben muß. So also endet der Widerstand gegen den amerikanischen Einheitsbrei! Diez muß diesen Ekel zwischen den Zeilen gewittert haben. Wer indes Krachts makellose Sprache, seine kunstvollen Satzgefüge, die schlenkernde Schilderung in indirekter Rede liest und dies alles mit seinen düsteren, früheren Romanen vergleicht (1979 v.a. und *Ich werde hier sein im Sonnenschein und im Schatten*), der spürt: Hier ist ein Autor, der das Deutsche in den Entwicklungssträngen suchte (die Idee, das Kompromißlose, die Ernsthaftigkeit, das Handeln um der Sache selbst willen), zu jener traurigen Heiterkeit vorgestoßen, die das Ende aller Bemühungen kennzeichnet. Man hat das Thema ausgelotet, man hat geprüft, ob es noch Wege in die Tiefe gebe. Es gibt sie nicht mehr.

 Götz Kubitschek



Deutsche Meisterdenker

Hans-Dietrich Sander/Sebastian Maaß: »Im Banne der Reichsrenaissance«, Kiel: Regim 2011. 126 S., 14,95 €
Günter Maschke/Sebastian Maaß: »Verräter schlafen nicht«, Kiel: Regim 2011. 206 S., 16,95 €

Der Regim-Verlag hat eine glückliche Wahl getroffen, seine von Sebastian Maaß herausgegebene Gesprächsreihe »ad rem« mit Selbstportraits der besten Köpfe der radikalen Rechten zu eröffnen. Dabei wecken die Biographien Hans-Dietrich Sanders und Günter Maschkes den Verdacht, daß deren intellektueller Rang sich nicht unmaßgeblich ihren marxistischen Lehrjahren verdankt. Der auf mecklenburgischem Land aufgewachsene »nationale Dissident« Sander stand als Theaterkritiker in der frühen DDR zunächst unter dem Einfluß Bertolt Brechts, bevor er in die BRD übersiedelte und sein politisches Denken an Carl Schmitt neu schulte. Von der Borniertheit der Rechten abgestoßen, bezog Sander stets einen parteiübergreifend gesamtdeutschen Standpunkt. So erwuchs mit dem jungen Mitarbeiter der *Welt* und späteren Herausgeber der *Staatsbriefe* nicht nur dem Establishment ein Störenfried, sondern auch dem nationalen Lager ein Konkurrent. Unermüdlich gegen die »postfaschistische Resignation« ankämpfend, verachtete Sander den Neuen Konservatismus Schrenck-Notzings und Kaltenbrunnens als kraftlos und konformistisch. Trotz seines Bekennnisses zum Preußentum als der »Quintessenz des deutschen Geistes« macht Sander keinen Hehl daraus, daß ihm für die Wiederherstellung des Deutschen Reiches die Rückgewinnung der ostdeutschen wie der deutsch-österreichischen Gebiete noch immer als »nationaler Imperativ« gilt. Nur von dieser Höhe, wenn nicht Hybris, seines »ghibellinischen« Reichsnationalismus her wird Sanders Argwohn verständlich, die Alliierten hätten mit der

Wiedervereinigung »die Endlösung der deutschen Frage« bezweckt. Selbstbewußt beansprucht Sander, seit Kriegsende wie kein anderer »den deutschen Geist verkörpert zu haben«. Mit seiner scharfen Kritik der den Untergang einer entorteten Welt beschleunigenden jüdischen Apokalyptik stemmte er zumal den deutschen Antijudaismus auf ein einsames philosophisches Niveau. Um so widersprüchlicher wirkt Sanders eigener apokalyptischer Ton, in dem er ein »schnelles Ende« des bestehenden Deutschland beschwört, da erst nach einer »restlosen Implosion des *status quo*« eine neue Reichsherrlichkeit anbrechen könne. Ernst Jünger jedenfalls quittierte die Zusendung von Sanders grandiosem Hauptwerk *Die Auflösung aller Dinge* mit den mahnenden Worten: »Wir haben unser Cannae hinter uns.« Zu Sanders heimatlich wohlverortetem deutschen Geist bildet Maschkes abenteuerliches Herz und sein nachgerade französischer Esprit einen harten Kontrast. Die Jugendjahre vis-à-vis dem Geburtshaus von Karl Marx in Trier verlebend, zog es den philosophisch ambitionierten Studenten zu Ernst Bloch nach Tübingen, wo er eine führende Rolle in der dadaistischen »Subversiven Aktion«, der auch Rudi Dutschke und Bernd Rabehl angehörten, spielen sollte. Der von Dutschke als »Maschkiavelli« Titulierte despektierte diesen wiederum als »reinen Toren«, da sich in dessen Revolutionsromantik die Machtfrage nicht stellte. Nach seiner Desertion aus der Bundeswehr 1965 floh Maschke nach Wien, um als Kommunarde Adorno und Marcuse zu propagieren, bis Bruno Kreisky ihn in Abschiebehaft nahm. Das rettende kubanische Asyl 1968/69 bewahrte Maschke indessen nicht vor der Desillusionierung über Castros Sozialismus, und seine Hilfsdienste für eine Umsturzpläne schmiedende oppo-

sitionelle Gruppe führten zu seiner Ausweisung. Nach der Heimkehr nach Deutschland trat Maschke seine ausstehende Haftstrafe an und nahm eine schmerzliche Grundrevision seiner ideologischen Überzeugungen in Angriff. Ab 1973 als freier Mitarbeiter bei der *FAZ* beschäftigt, wandte sich Maschke allmählich der Neuen Rechten zu. Besiegelt wurde seine Konversion durch



die 1979 geschlossene Freundschaft zu Carl Schmitt, als dessen Herausgeber und profunder Kenner Maschke sich internationale Anerkennung erwarb. In seinen wenigen, aber gewichtigen Büchern und Aufsätzen richtete »der einzige Renegat der 68er-Bewegung« (Habermas)

sein »bewaffnetes Wort« zunehmend gegen die degenerierten Nachkriegsdeutschen als »Fellachen de luxe« und die USA als »Schurkenstaat Nr. 1«, und mit seiner Stilisierung Castros zum »Katechon« einer in den Abgrund rasenden globalisierten Welt erwies der »Kritiker des Guerilleros« diesem eine späte Reverenz. Wie ein »Partisan, der die Waffen nimmt, wo er sie kriegen kann«, schätzt Maschke den unverminderten diagnostischen Wert der marxistischen Theorie und verachtet die »Le-sefaulheit und latente Theoriefeindschaft vieler Rechter, die glauben, mit ihren Affekten auszukommen.« Gerade am autoritären Marxismus imponiert dem Nationalrevolutionär der Anspruch einer »höheren Sittlichkeit«, wohingegen die libertäre Linke sich mit dem bourgeoisen Liberalismus arrangiert habe und dessen hedonistischen Verfall auch noch forcieren und als Emanzipation feiern. In seinen erfrischenden Heterodoxien erweist sich Maschke als einer jener freien Geister, die in allen Lagern selten geworden sind: »Nichts korrumpiert das Denken so sehr wie die Angst vor dem Beifall von der falschen Seite.«

Siegfried Gerlich

Vorherrschaft?

Niall Ferguson: *Der Westen und der Rest der Welt. Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen*, Berlin: Propyläen 2011. 559 S., 24,99 €

Die britische Zeitung *The Times* hat kürzlich Niall Ferguson zum »brillantesten Historiker seiner Generation« erkoren – und das nicht zu Unrecht. Sein Werk *Der Westen und der Rest der Welt* beleuchtet verständlich, warum Europa und die USA seit einigen Jahrhunderten Dominanz über die übrigen Teile der Welt zuerst erringen und danach über einen langen Zeitraum festigen konnten. Der Kenner der Wirtschafts- und Finanzgeschichte erörtert sechs »Killerapplikationen«: Neben dem in der westlichen Welt stets üblichen Wettbewerb, nennt er die wissenschaftlichen Revolutionen besonders seit dem 17. Jahrhundert, zudem die rechtsstaatliche Prägung der betreffenden Länder und die vergleichsweise gute medizinische Versorgung, aber auch den Durchbruch der Industriellen Revolution sowie die Verbindung von Arbeitsdisziplin und Sparquote. Ist es mit der Vorherrschaft nun vorbei? Kulturen und Zivilisationen begreift Ferguson als komplexe Gebilde, die keinen klaren Auf- und Abstieg erkennen lassen, wie universale Geschichtsdarstellungen vom Schlage Spenglers oder Toynbees meinten. Die elaborierte Argumentation des Harvard-Gelehrten wird auch darin deutlich, daß er nicht einfach undifferenziert von einer sich ankündigenden Hegemonie Chinas spricht, die die Spatzen schon seit einiger Zeit von den Dächern pfeifen. Er erwähnt diverse Faktoren, die dem bevölkerungsreichsten Land der Erde noch lange Schwierigkeiten bereiten werden, unter anderem die sozialen Disparitäten. Besonders lesenswert ist es, wie er die immer noch an-

dauernde Wirtschafts- und Finanzkrise historisch einordnet. Fast zur gleichen Zeit wie die Studie Fergusons kam die viel diskutierte Abhandlung Ian Morris' (*Wer regiert die Welt*) in deutscher Übersetzung auf den Markt, was die Aktualität des Themas belegt. Freilich ist diese Monographie, die sogar bis zur Wanderung des Homo sapiens aus Afrika zurückgreift, weniger stringent als das Konkurrenzunternehmen.

Felix Dirsch

Warum nicht handeln, wie wir könnten?

Peter Bieri: *Wie wollen wir leben?*, St. Pölten: Residenz Verlag 2011. 93 S., 16,90 €

Peter Bieri ist eine der seltenen Doppelbegabungen, die nicht nur in der Wissenschaft eine Spur hinterlassen haben, sondern auch in der Kunst etwas vorweisen können. Bieri war Professor für analytische Philosophie in Berlin, gleichzeitig veröffentlichte er unter dem Pseudonym Pascal Mercier Romane, von denen *Nachtzug nach Lissabon* (2004) der bekannteste sein dürfte. Dem Universitätsbetrieb warf er eine »Diktatur der Geschäftigkeit« vor und ging vorzeitig in den Ruhestand. Sein philosophisches Hauptwerk ist *Das Handwerk der Freiheit* (2001), in dem er einen Freiheitsbegriff entwickelt, der sich an den Überzeugungen des jeweils Handelnden orientiert. Den Faden der Selbstreflexion und des Hinterfragens der eigenen Bedingungen nimmt er in dem vorliegenden Band wieder auf. Es handelt sich dabei um drei Vorlesungen, die Bieri im März 2011 in Graz gehalten hat. Es sind keine akademischen Vorlesungen im engeren Sinne, sondern eher solche mit allgemeinbildendem Anspruch, die durchaus Breitenwirkung entfalten können. Die erste Vorlesung widmet

sich der Frage »Was wäre ein selbstbestimmtes Leben?« und zeigt, daß Selbstbestimmung vor allem davon abhängt, was wir von uns und den anderen wissen. Wenn man dem folgt, besteht die Selbstbestimmung vor allem in der Sicht auf einen selbst, aus der sich dann die Handlungen ableiten. Bei unserem Tun kommt es daher darauf an, daß es mit unserem Selbstbild übereinstimmt: »Er war ein gedanklicher Mitläufer. Bis es ihm gelang, durch kritische Nachfragen eine innere Distanz zu seinen Meinungsgewohnheiten aufzubauen und im Prozeß des Nachprüfens selbst die Regie über sein Denken zu übernehmen.« Dieses Programm wird bei Bieri formal entfaltet, so daß sich jeder daran orientieren könnte. Nur durch einige Nebenbemerkungen gibt er zu erkennen, wo, seiner Meinung nach, dieser Prozeß hinführen sollte. Ohne ihm Unrecht zu tun, läßt sich sagen, daß Weltoffenheit und Toleranz bei Bieri als solche Resultate angedeutet werden, ohne daß sich diese aus dem in den Vorlesungen Entwickelten ableiten ließen. In der zweiten Vorlesung geht es um Selbsterkenntnis als Grundlage unserer Handlungen. Den Wert sieht Bieri vor allem in der Möglichkeit, den immer wieder auftretenden Spalt zwischen Leben und Empfinden wenigstens etwas kleiner zu machen. Hierbei spielt auch die Frage eine Rolle, warum wir nicht immer so handeln sollten, wie wir könnten. Sie verdeutlicht das Reflexionsniveau, das nötig ist, um die Gedanken Bieris nicht nur zu lesen, sondern sich nach ihnen zu richten. Es ist kaum denkbar, daß die Einsicht in die Lage des anderen (die nur über Selbsterkenntnis möglich ist) genügt, um alle Menschen zu moralisch Handelnden zu machen. Für die meisten wird es die Gewohnheit, die Angst vor Strafe oder der Glaube bleiben. Daß Bieri um dieses Problem weiß, wird im letzten Teil, der »kulturellen Identität« gewidmet, deutlich: Unersere moralischen Urteile seien kulturell geprägt und dennoch,



so Bieri, »kann ich nicht anders, als sie absolut zu setzen, denn sonst ginge die Ernsthaftigkeit meiner Überzeugungen verloren«. Die Konsequenzen daraus deutet Bieri nur an. Es ist zu hoffen, daß Bieri seine Überlegungen in dieser Form noch fortsetzt, insbesondere, um die Frage zu beantworten, ob wir die Folgen unseres Handelns überschauen können.

Erik Lehnert

Sozialbiologie

Andreas Vonderach: *Sozialbiologie. Geschichte und Ergebnisse* (= Berliner Schriften zur Ideologienkunde, Bd. 2), Schnellroda: Institut für Staatspolitik 2012. 221 S., 15 €

Die Gene sind's! Oder: Das Milieu macht's? Der Streit um die Vormacht der Erbanlagen oder der Kultur währt seit Jahrhunderten, er wird regelmäßig in (politische) Aktualitäten gegossen. Die Abwehr der Thesen von Thilo Sarrazin äußerte sich nicht zuletzt deshalb so heftig, weil die dominanten Sozial- und Geisteswissenschaften dazu neigen, den Menschen als ein über der Biologie stehendes Wesen zu betrachten, das ausschließlich von seinem Geist und der Kultur bestimmt werde. Für das Institut für Staatspolitik hat der Volkskundler und Anthropologe Andreas Vonderach ein hervorragendes, zugleich am wissenschaftlichen Stand orientiertes und gut lesbares Kompendium zum Forschungsbereich Sozialbiologie geschrieben. Das Buch verschafft einen historischen Überblick über die Entwicklung der Sozialbiologie und bezieht – mit gebotener Nüchternheit

– Stellung: Eine »gewisse Einseitigkeit«, die in jüngerer Zeit den Menschen als »rohestes unter allen Rohmaterialien« (Margaret Mead) ansieht, wird hier korrigiert. Vonderachs klar gegliederter Überblick erläutert, mit welchen Argumen-

ten sich Darwinismus, Gobineaus »Nordismus«, Konstitutionenlehre, Behaviorismus und Humanethologie gegenüberstehen und -standen und inwiefern all diese Schulen Einfluß auf die »Intelligenz-Debatte« nahmen. Unterpunkte wie die Kriminalitätsanthropologie, die molekulare Verhaltensgenetik und die Frage der Geschlechtsunterschiede kommen ebenfalls zur Abhandlung. Eine kommentierte Bibliographie rundet diesen vortrefflichen Grundkurs ab. Vonderach ist dabei weit entfernt davon, ein biologistischer Eiferer zu sein: »Der Spielraum, den seine biologischen Voraussetzungen dem Menschen lassen, ist immer groß genug, um zumindest frei über seine Handlungen entscheiden zu können.«

Wiggo Mann

Tabu IQ

Dieter E. Zimmer: *Ist Intelligenz erblich? Eine Klarstellung*, Reinbek: Rowohlt 2012. 320 S., 19,95 €

Die wissenschaftliche Wahrheit über die biologische Ungleichheit des Menschen, ihre Ursachen und ihre Folgen ist ein Geflecht von Zusammenhängen, das sich von linken Politikern – auch wenn sie es persönlich rein sachlogisch begreifen sollten – in keiner Weise massenwirksam an den Wähler bringen läßt. Dem war

nicht immer so: Intelligenztests sind vor einem Jahrhundert erfunden und eingesetzt worden, um den Aufstieg der Begabten aus den einfachen Volksschichten zu unterstützen. Erst als sich auch dadurch nicht die erstrebte soziale Gleichheit ein-

stellte, galten die Tests und der IQ fortan bei den 68ern als »Rassismus der Intelligenz«. Dieter E. Zimmer, Jahrgang 1934, in den siebziger Jahren Feuilletonchef bei der *Zeit* in Hamburg, konnte diese antiwissenschaftliche

Wende der Linken nie verstehen. In Essays und Büchern (*Der Mythos der Gleichheit*, 1980) schrieb er vergeblich dagegen an, handelte sich immer mehr Ärger ein und entsagte schließlich 1999 der Thematik ganz. Erst die Ignoranz der Massenmedien und der SPD-Parteispitze nach dem Erscheinen des Sarrazin-Buches forderte ihn nun zu einer erneuten Meinungsäußerung heraus. Zimmer glaubt, überzeugende Gründe für die Erblichkeit der Intelligenzunterschiede insbesondere aus der Zwillingsforschung anführen zu können. Diese Ergebnisse sind schon lange bekannt und konnten bisher das noch immer fehlende Wissen über die kodierenden Gene nicht ersetzen. In zwei wichtigen Punkten steht Zimmer, unbeirrt und sachlich wie einst als junger Mann, zu den wissenschaftlichen Daten: Er teilt die IQ-Mittelwerte und Streuungen häufiger Berufe mit: Naturwissenschaftler und Mediziner: IQ um oder über 120; Laboranten, Mechaniker und Techniker: IQ über 105; Lagerarbeiter: IQ 94 – und so weiter.

Zimmer wagt es sogar, die IQ-Mittelwerte der Länder zu veröffentlichen, wie sie sich nach einem Jahrhundert IQ-Tests und mit fast denselben Zahlenwerten auch aus den PISA-Studien ergeben: Südkorea: IQ 106; Schweiz: IQ 101; Türkei: IQ 90 usw.; Afrika südlich der Sahara: unter IQ 80. Diesen IQ-Mittelwert der Türken in der Türkei, getestet an türkischen Schulen in der Türkei selbst, und bei den in Deutschland lebenden Türken, so wie sich die Werte aus der Umrechnung der PISA-Testergebnisse ergeben, kann jedermann seit 2002 auf der Seite www.v-weiss.de des Rezensenten im Weltnetz nachlesen. Als im August 2005 die türkische Zeitung *Hürriyet* darauf aufmerksam wurde, trat sie eine europaweite Kampagne gegen ihn los. In der deutschen Tagespresse war hernach zu lesen, der Verfassungsschutz des Freistaats Sachsen überprüfe nun, ob das für eine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst reiche.



Hiermit seien Zimmer und dem Rowohlt-Verlag gedankt, daß sie durch ihren Mut bestätigen: Die Veröffentlichung von IQ-Ländermittelwerten für Nichtdeutsche ist vereinbar mit der Verfassung.

Volkmar Weiss

GröPaZ

Daniel Erk: *So viel Hitler war selten. Die Banalisierung des Bösen oder Warum der Mann mit dem kleinen Bart nicht totzukriegen ist*, München: Heyne 2012. 237 S., 9,99 €

Das hat man ja öfter: daß ein passabler Kurzstreckler sich, befeuert von seinen Erfolgen, auf der Langstrecke versucht – und sich dabei vergaloppiert. Daniel Erk, dem Mann mit Jungengesicht und Vollbart, ist mit seinem Mono-Sujet, dem Mann mit dem fiesen Gesicht und dem kleinen Bart, noch ein Weiteres passiert: Er, Erk, läuft seine Strecke nun etappenweise rückwärts! Obwohl (und zugleich weil!) diese Richtungswechsel oder Volten so verwirrend sind, hat der junge Journalist sich für sein Büchlein einen Ehrenpokal verdient. Erk betreibt seit 2006 auf den Online-Seiten der *taz* den Hitler-Blog. Hier kommentiert er mit spitzer Feder Hakenkreuze, Hitlerbärtchen und Auschwitzanalogien in Werbung, Kabarett und internationalen Schlagzeilen. Hitler gilt ihm als »GröPaZ«, als größter Popstar aller Zeiten, und freilich meint Erk diese Wertung kritisch. Die ikonographische Anwendung von Bärtchen, Scheitel und anderer Embleme mit NS-Bezug pflegt und dekonstruiert den Hitlermythos zugleich. Die endgültige Zerstörung dieses Mythos – »das ist die Aufgabe des Hitler-Blogs«, so heißt es programmatisch auf der Netzseite. Hitler soll gewissermaßen ad absurdum geführt werden. Nur: Sollen wir ihn nun auslachen, uns selbst totlachen, oder soll uns das Lachen als Würgebrei im Halse steckenbleiben? Erk eiert und laviert, er findet keine klare Position. Mahnend heißt

es nun, durch die sorglose Omnipräsenz des Diktators, der als das personifizierte Grauen gilt, werde die Zeit des Nationalsozialismus banalisiert und die eigentliche Gefahr des Faschismus unterschätzt; das Schreckliche verliere seinen Schrecken. Andererseits konstatiert Erk klug, daß in Zeiten, in denen »Trauer zu Rhetorik« geworden sei und man »bestimmte bürgerliche Versionen des Antifaschismus vorgesetzt« bekomme, »Satire und Zynismus zu Mechanismen der Notwehr« geworden seien. Erk präsentiert seine ungezählten Fundstellen, er analysiert die Hitlerei in Filmen, Cartoons und Liedern mal scharfsinnig, mal großspurig, mal im Ton demütiger Schüchternheit (etwa, wenn er fürchtet, von Geistesgrößen wie Michel Friedman und Henryk M. Broder argumentativ zermalmt zu werden).

Wo sein Hitler-Blog beinahe eine eigene Kunstform darstellt, so ist sein Buch (mit dem passenderweise länglichen Titel) bei aller Unentschiedenheit im bewertenden Zugriff immerhin diskussionswürdig und, ja, witzig. Dafür sorgen nicht zuletzt die zahlreichen Abbildungen, die als Belegstellen fungieren und von denen ein Bildwitz hier beschrieben sei: Mit kindlich-naivem Strich ist ein artiges Wandererpärchen vor einer Hochgebirgskulisse gezeichnet. Sagt sie angesichts des Panoramas: »Unvergleichlich.« Schränkt er ein: »Außer mit Hitler vielleicht.«

Ellen Kositzka

Nachkriegselite

Stefan Scheil: *Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945*, Berlin: Duncker & Humblot 2012, 275 S., 28,00 €

Auf dem Vorsatz des neuen Buches von Stefan Scheil findet sich ein Zitat von Max Horkheimer: »Man muß eine Elite schaffen, die ganz auf Ame-

rika eingestellt ist. Diese Elite darf andererseits nicht so beschaffen sein, daß sie im deutschen Volk selber kein Vertrauen mehr genießt und als bestochen gilt.« Der Verfasser – ehemaliges Mitglied der KPD, führender Kopf der »Frankfurter Schule«, dann Emigrant jüdischer Herkunft, Berater der US-Regierung während des Zweiten Weltkriegs, Remigrant, einflußreicher Hochschullehrer der Bundesrepublik und einer der »Väter« von '68 – und der Text – ein Memorandum für den amerikanischen Geheimdienst, erarbeitet zwecks dauerhafter Niederhaltung Deutschlands nach dem alliierten Sieg – können als eine Art knappe Zusammenfassung dessen gelten, worum es im folgenden geht. Denn Scheil behandelt auf knapp zweihundertfünfzig Seiten die

organisatorischen wie intellektuellen Voraussetzungen und ersten Realisierungsformen dessen, was man *reeducation* – »Umerziehung« oder *reorientation* – »Umorientierung« genannt hat. Obwohl es ausgeschlossen ist, dieses komplexe Thema auf so knappem Raum erschöpfend zu behandeln, konturiert er doch sehr eindrucksvoll, wie vor allem die Vereinigten Staaten nicht nur den militärischen Kampf gegen Deutschland vorbereitet haben, sondern auch Pläne für das Danach entwickelten. Lange bevor die Wehrmacht kapitulierte, wußte man in Washington schon, was am folgenden Tag zu tun sein würde. Die Fehler, die man nach dem Ersten Weltkrieg gemacht hatte, sollten sich nicht wiederholen. Dieses Mal würde Deutschland vollständig niedergeworfen, vollständig besetzt und dann der Gesellschaftskörper vollständig durchdrungen. Das eindrucksvolle Spektrum der Maßnahmen reichte von den »Lageruniversitäten« für Kriegsgefangene über die Rekrutierung des Exils, von der Einziehung der deutschen



Lehrbücher nach der Okkupation des Reichsgebiets bis zur Säuberung der Kollegien an Schulen und Hochschulen, von der Bereitschaft zur taktischen Zusammenarbeit mit bürgerlichen und vor allem christlichen Kräften bis zur strategischen Absicht, eine totale Neuausrichtung der nationalen Kultur an *democracy* zu erreichen und eine »liberale« Politische Klasse zu kreieren, deren erste Loyalität immer dem »Westen« gehört. Scheil ist nüchterner Historiker genug, um als Ursache ein Ineinander von Ideologie und Interesse auszumachen, aber auch mutig genug, deutlich hervorzuheben, daß die Geschichte Nachkriegsdeutschland – also der Bundesrepublik, der DDR und Österreichs – deshalb *terra incognita* ist, weil die Herrschenden das so wollen, jedenfalls kein Interesse daran haben, die tatsächlichen Vorgänge, die tatsächlichen Verbrechen und die tatsächlichen Absichten der Alliierten und ihrer Verbündeten im Land erkennbar zu machen.

Karlheinz Weißmann

Wer Menschheit sagt

Hans Joas: *Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte*, Berlin: Suhrkamp 2011. 303 S., 26,90 €

Üblicherweise beruft man sich in menschenrechtsgenealogischer Hinsicht entweder auf einen säkular-humanistischen Narrativ, der scheinbar notwendigerweise in den Deklarationen der Französischen Revolution enden muß, oder auf christlich-religiöse Impulse. Letztere betont der Staatsrechtslehrer Georg Jellinek mit seiner These von der Religionsfreiheit als dem »Urgrundrecht«. Früh wird die Spannung zwischen historisch-kontingenter Genese einerseits und naturrechtlich-»ewiger« Fundierung der Menschenrechte anderer-

seits deutlich. Die Schwierigkeiten setzen sich bis in die unmittelbare Gegenwart fort. Der Soziologe Hans Joas möchte diese Aporie auflösen, indem er auf einen dritten Weg verweist. Sein Gewährsmann ist dabei Émile Durkheim, der um 1900 in der Moderne eine »Sakralisierung der Person«



herausarbeitet. Der Menschheitsbegriff umfaßt spätestens im 19. Jahrhundert alles, was humanes Antlitz trägt, selbst Sklaven und Strafgelagene, die vorher grundsätzlich ausgeschlossen waren. Dieser »Kult des Einzelnen« sichert zum einen den (innerweltlich instrumentalisierten) Hintergrund der Transzendenz, zum anderen die individualistische Grundtendenz der Moderne. Schön und gut, wird man sagen. Kann aber der neue Herkunftsschlüssel als Rüstzeug in den weltweiten Glaubenskriegen um das in außereuropäischen Kulturen oft als Menschenrechtsfundamentalismus und -imperialismus abqualifizierte abendländische Erbe dienen, das nichtsdestoweniger für viele Menschen dort Hoffnungsschimmer in ihrer bedrängten Situation darstellt? Durkheim und Habermas, mit denen sich der Verfasser (neben zahlreichen anderen) auseinandersetzt, sind nicht nur fast ausschließlich europäischen Denktraditionen verpflichtet; sie machen auch keine Anstalten, diese zu überschreiten. Das zeigt die Grenzen des insgesamt fruchtbaren Ansatzes von Joas.

Wiggo Mann

Tsingtao

Hans Georg Prager: *Tsingtao/Quingdao: Deutsches Erbe in China*, Graz: Ares 2012. 252 S., 29,90 €

Der Autor – ein renommierter Marine-Publizist, der 13 Jahre lang das bekannte Seefahrt-Jahrbuch *Koehlers Flottenkalender* redigiert hat – legt

mit diesem edel aufgemachten Band die Geschichte des deutschen Pachtgebietes Kiautschou in China und seiner Stadt Tsingtao vor. China war im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgrund seines ungeheuren Reichtums und seiner politischen wie militärischen Machtlosigkeit in den Fokus der imperialistisch agierenden Weltmächte geraten. England, Frankreich, Rußland und Japan hatten sich Einflußbereiche gesichert, von denen aus das Reich der Mitte wirtschaftlich durchdrungen werden sollte. Deutschland als jüngste Weltmacht tastete sich vorsichtig an das Riesenland heran. Der 1864 zwischen Preußen und China geschlossene Handelsvertrag war nach 1871 auf das Deutsche Reich übergegangen. Der Anstoß zum Erwerb von Tsingtao ging von der Marine aus. Der spätere Großadmiral Tirpitz hatte als Befehlshaber der Ostasiatischen Kreuzerdivision die chinesische Küste nach einem geeigneten Stützpunkt abgesucht und das Gebiet um Kiautschou als für geeignet befunden. Als Chef des Reichsmarineamtes forcierte er den Erwerb. Der Mord an zwei Missionaren lieferte den Anlaß, und am 14. November 1897 wurde bei Tsingtao ein deutsches Landungskorps abgesetzt und das Gebiet als »Sühnepfand« besetzt. Am 6. März 1898 pachtete das Reich das Kiautschou-Gebiet für 99 Jahre von China. Prager beschreibt den Aufbau von Stadt und Hafen. Das einstige Fischerdorf Tsingtao wandelte sich in kurzer Zeit zu einer modernen Kleinstadt mit deutschem Antlitz. Deutsche Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau eines Überseehafens, von Straßen und einer Eisenbahn waren die Basis für eine schnell aufstrebende Wirtschafts- und Handelsmetropole, die sich erst nach Abzug der Deutschen zur vollen Blüte entfaltete. Der Autor beleuchtet die wichtige Rolle, die Tsingtao nach 1945 für die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen spielte. Das heutige Quingdao hat ein völlig modernisiertes Stadtbild, jedoch wird

die deutsche Architektur liebevoll gepflegt, und nach wie vor wird in der Stadt das für seinen Wohlgeschmack berühmte »Tsingtao-Bier« gebraut. Oft wird der Kolonialismus für negative Entwicklungen in der Gegenwart verantwortlich gemacht. Das Beispiel Tsingtao zeigt hingegen, daß es auch anders geht: Eine Kolonialmacht schafft die Voraussetzung für Modernisierung und Wohlstand.

Olaf Haselhorst

Neue konservative Intelligenz

Felix Dirsch: *Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens* (= Reihe Politikwissenschaft, Bd. 185), Münster: LIT-Verlag 2012. 392 S., 59,90 €

Jenseits des von Armin Mohler kritisierten Beschwichtigung- oder »Gärtner«-Konservatismus existiert ein »authentischer Konservatismus«, der die zeitlose, folglich ewig gültige Trias Gott, Familie, Vaterland als Ausgangspunkt jedweder geistigen Auseinandersetzung aufweist. Felix Dirsch unternimmt in der vorliegenden Anthologie teils unveröffentlichter, teils bereits publizierter Aufsätze den anspruchsvollen (und gelungenen!) Versuch, dem Leser eine Gesamtschau dieses authentischen Konservatismus zu bieten. Seine Wurzeln finden sich im transzendenz- und ordnungsbezogenen »ewigen Konservatismus« der Antike, insbesondere bei Platon. Dirsch schlägt im ersten Teil der Studie einen Bogen von diesem »ersten Konservativen« (Peter Sloterdijk) der europäischen Geistesgeschichte über Burkes Warnungen vor den Folgen von 1789 bis zu den neoklassischen Philosophen Leo Strauss und Eric Voegelin sowie dem wirkmächtigen katholischen Denker der Jetztzeit, Robert Spaemann. Dem Katholizismus als Faktor des authentischen Konservatismus in Deutschland widmet sich der zweite Block des Buches. Die detaillierte Darstellung der Entwicklung der Publizisten

und Kernthemen der katholischen Periodika *Hochland* und *Neues Abendland* würde, für sich genommen, schon eine eigene Monographie darstellen. Der Theologe und Politikwissenschaftler Dirsch leitet aber sprachgewandt zum abschließenden Teil des Forschungsbandes über, der die dezidiert konservative Publizistik in der Bundesrepublik thematisiert. Neben bündigen ideengeschichtlichen Analysen der Zeitschriften *Criticón*, *Konservativ heute* und dem *Deutschland-Magazin*, unterzieht der Autor den Terminus »Neue Rechte« einer kritischen Betrachtung und plädiert demgegenüber für den weniger vorbelasteten – tatsächlich aber kaum durchsetzbaren – Sammelbegriff »Neue konservative Intelligenz«. Mit Hilfe der dargelegten geistigen Essenz leistet der Verfasser schließlich eine ausführliche Kritik der Europäischen Union nach dem Lissaboner Reformvertrag. Dirsch weist nach, daß die EU auch künftig nicht den klassischen Kriterien der Demokratie entsprechen kann und wagt den Ausblick in die Zukunft eines zentralistischen Einheitsstaats Europa. Daß Dirsch keine ausschließliche Aneinanderreihung von philosophischen Skizzen konservativer Geistesgeschichte vornimmt, sondern kenntnisreiche Brücken in die Gegenwart schlägt und damit den authentischen Konservatismus nicht als vergangenes Relikt, sondern als vitales Element wahrnimmt, wird nicht zuletzt anhand dieses EU-Kapitels deutlich. Nichtsdestoweniger vermißt der Leser an mancher Stelle des Buches verlegerische Liebe fürs Detail; auch auf ein Personenverzeichnis wurde verzichtet. Dagegen besitzt das mehr als 40seitige Literaturverzeichnis Dirschs beträchtlichen Eigenwert. Der vorliegenden Studie sei gewünscht, daß sie als Überblickswerk zum authentischen Konservatismus an vielen Standorten der Gei-

steswissenschaften zugänglich gemacht wird, aber auch über den akademischen Betrieb hinaus Zuspruch erfährt.

Benedikt Kaiser

Christliche Soziallehre vs. Kasino-Kapitalismus

Wolfgang Ockenfels: *Was kommt nach dem Kapitalismus?*, Augsburg: Sankt Ulrich Verlag 2011. 175 S., 16,95 €

Daß sich in rasant wandelnden Zeiten die Zahl der Krisen erhöht, erscheint plausibel. Eine jagt die andere. Ungeklärt ist sogar, in welcher Zäsur wir leben – in einer Euro-, Schulden- oder Bankenkrise? Das eine schließt wohl das andere nicht aus. In solchen unsicheren Zeiten ist guter Rat teuer. Auch der Sozialethiker Wolfgang

Ockenfels kann die Frage des Titels seiner jüngsten Schrift, was nach dem Kapitalismus komme, nicht eindeutig beantworten. Es handelt sich bei seinen Erörterungen um eine allgemeine Zeitanalyse. Der rote Faden der Überlegungen ist es, dem in den letzten Jahren häufig



gescholtenen Kasino-Kapitalismus die bewährten Tugenden und Grundsätzen der katholischen Soziallehre gegenüberzustellen. Ein solches Vorgehen kann freilich nur bedingt zur Problemlösung beitragen, da umstritten ist, ob man die neuen Entwicklungen mit tradierten Instrumentarien überhaupt analysieren kann, geschweige denn die Probleme damit lösen. Es verwundert von seinem Hintergrund her nicht, daß Ockenfels auf den Schlüsselsatz der Konzilskonstitution »Gaudium et spes« rekurriert, die die menschliche Person als »Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen« begreift. Diese Aussage mag notwendigerweise sehr allgemein formuliert sein. Sie stellt aber immerhin einen grundsätzlichen Damm gegen die

omnipräsente Gier im Wirtschaftsleben dar. Damit ist aber nicht gesagt, wieviel Profit ein Unternehmen braucht, um am Markt überleben zu können. Jede Ethik droht in der modernen Weltgesellschaft am basalen Globalisierungsdilemma zu zerschellen. Wenn ich meine Schneekanone, die die Umwelt schädigt, beseitige, mein Konkurrent aber nicht, so hat er die nötigen Ressourcen, die mir, dem ethisch Handelnden, im Zweifelsfall fehlen. Die Schnellebigkeit unserer Epoche kann man nicht zuletzt daran erkennen, daß das Typoskript des engagiert und umsichtig argumentierenden Okkenfels bereits abgeschlossen war, als die sogenannte Griechenlandkrise erst zum Ausbruch kam. An den jüngsten Brüsseler Beschlüssen zeigt sich unübersehbar, daß der Globalkapitalismus eben nicht an sein Ende gekommen ist, wie der Dominikaner meint. Die Außerkraftsetzung des wichtigen marktwirtschaftlichen Prinzips, daß Zins und Risiko einander entsprechen müssen, macht die Abzocke auch in Zukunft lukrativ. Und nicht nur das.

Felix Dirsch

Bekunstungen

Christian Janecke: *Maschen der Kunst*, Springe: zu Klampen 2011. 235 S., 19,80 €

Wenn eine Künstlerin in den Schnee urinert und die eingeschmolzenen Hohlräume als Vorlage für Bronzeabgüsse nutzt, dann beschleicht den an abendländischer Kultur Geschulten ein Unbehagen in der Magengegend. Wohlwissend, daß Feststellungen wie »Das kann mein Hund besser!« zu kurz greifen, befindet er sich mit seiner gerechtfertigten Intuition in argumentativer Ohnmacht. Aus dem Dilemma befreit er sich durch demonstratives Desinteresse an zeitgenössischer Kunst oder die Heiligsprechung Neo Rauchs. Dabei war Kunst immer schon auf Subtext angewiesen. Seit dem Medienzeitalter muß sie aber auf den Kniff der Bedeutungs-

überfrachtung zurückgreifen: Der Subtext überlagert zunehmend den Inhalt, von Katharsis redet längst niemand mehr. Was da kulminiert, nennt der Offenbacher Kunstgeschichte-Professor Christian Janecke »außerkünstlerische Gedankenkunst«. In feingliedrigen Betrachtungen trägt er in *Maschen der Kunst* seine Erfahrungen mit Kunstmarkt, -kritik und -hochschulalltag zusammen und übertitelt die Kapitel mit der kindlichen Freude am strahlenden Neologismus u. a. mit »Bekunstung«, »Gleichverteilungshaftigkeit« und »Partizipationsfolklore«. Mit sezierender Präzision legt er seine Untersuchungsobjekte schichtweise frei, um dann anhand von Beispielen und kunstgeschichtlichen Exkursen zu deren Kern vorzustoßen. Die so entstandenen Präparate fügen sich zu einem lehrreichen Kompendium. Die eingangs benannten Uringedächtnisplastiken von Helen Chadwick zählt Janecke beispielsweise zur Spezies des »Traduktionismus«. Dessen Wesensmerkmal sei es, »um jeden Preis etwas in ein anderes Medium, Material oder auch eine Struktur zu übertragen.« Derselben Masche bedienten sich Künstler, die Motive von Rembrandt sticken oder »den Anfang von Mozarts *Kleiner Nachtmusik* pupsen.« Wie eine Kernsatzmaschine meißelt er weitere Definitionen: »In der Beiläufigkeitskultivierung inszeniert Kunst aufmerksamkeitsheischend ihr eigenes Übersehenwerden.« Unter dem Schlagwort »Privatismus« führt er aus, wie das Interesse am Privatleben des Künstlers heute wichtiger ist als dessen Werk und Rilkes »Du mußt dein Leben ändern«. Gründe für die breite Akzeptanz solcher Maschen sieht er in der »Bereitschaft, auch Sinnloses auf latenten Sinn hin abzusuchen und bereits dürftigsten Anhaltspunkten für etwaige Zusammenhänge großes Gewicht beizumessen«, sowie in einer »finanzkräftigen wie bildungsschwachen internationalen Sammlerschaft«. Die Frage, wie gute Kunst im 21. Jahrhundert auszusehen hat,

kann Janecke mit seiner durchweg kunstgeschichtlichen Herangehensweise natürlich nicht beantworten. Das bleibt Aufgabe der Künstler! *Maschen der Kunst* ist trotz Nominalstil und gelegentlich grenzwertigem Wortgeprotze unbedingte Pflichtlektüre für alle, die mit Kunst, Medien und Werbung zu tun haben.

Benjamin Jahn Zschocke

Neudeutschenfeindlichkeit

Nicol Ljubic (Hrsg.): *Schluß mit der Deutschenfeindlichkeit!*, Hamburg: Hoffmann & Campe 2012. 205 S., 17,99 €

Was für ein krasser Geniestreich! Siebzehn Schriftsteller mit deutscher Staatsbürgerschaft erzählen von ihren Erfahrungen in einem Land, das sie Heimat nennen. Sie heißen Bánk, Gorelik oder Özdogan. Oder Meli Kiyak, die ihre autochthonen Mitbürger nun wirklich kennt, diese »bekloppten, schmarotzenden, eitlen, verdorbenen, geizigen«, dieses verkommene Volk, dessen Teil sie nun ist. Vor allem fällt ihr auf, daß diese Ureinwohner anscheinend keine Seife benutzen, sie stinken nämlich und fallen generell eher lästig. Nicht alle Mitautoren (darunter auch »Einwanderer-tochter« Petra Reski mit einem Ostpreußen und einer Schlesierin als Vorfahren und »Ossi«-Ausländerin Claudia Rusch) sind eingeschnappt oder zornig, aber doch die meisten. Nicht, daß diese tendenziell trotteligen Urdeutschen immer böswillig wären! Aber dann fragen sie solch dumme Sachen wie »Wo kommen Sie eigentlich her?«, haben keine Ahnung, wie man die neudeutschen Namen korrekt spricht, schwärmen blöde vom längst fremdgewordenen Abstammungsland des Gegenübers oder loben die akzentfreie Sprache – oder verbessern, was Herta Müller bitter beklagt, die Aussprache! Hallooh, geht's noch?, so läßt sich der hier zutage tretende Vorwurf an die Biodeutschen stilistisch wie inhaltlich zusammenfassen.

Ellen Kositzka

Neuer Herausgeber I: Merkur, Zeitschrift für europäisches Denken

Im mittlerweile 65. Jahrgang erscheint nun der *Merkur – Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, die für sich nicht weniger in Anspruch nimmt, als »auch in Zukunft die maßgebliche deutsche Kulturzeitschrift zu sein.« Nach 28 Jahren hat 2011 der mancherorts als »exzentrischer Konservativer« titulierte Herausgeber Karl Heinz Bohrer (*Sezession* 45/2011) die Herausgeberschaft an Christian Demand abgeben. Damit wurde die Fackel innerhalb des Bildungsorgans, das sich gemäß Selbstverständnis dem »Sarkasmus« als »gutem altem Wert der

Bernd Rebe, emeritierter Wirtschaftsrechtler und Autor eines rosigen Erzählungsbandes namens *Liebeslegenden*, packt die Christentumskritik vergangener Jahrhunderte in seine eigenen Worte. Er sieht auf seiten der Gläubigen einen »Geist der Unzufriedenheit« sich regen »mit den in verfestigten Riten erstarrten Glaubensübungen«, »mit aufklärungsfeindlichen Verhaltensanweisungen« und »mit als Mythen und schöne Märchen erkannten Grundannahmen« der Kirche. Als Ursache des »Umbruchs« sieht er die »völlig inakzeptable Annahme der Unterwertigkeit der Frau« an, die »Diskriminierung« derselben, die »verbohrte Sinnenfeindlichkeit des Christentums« (»Lustfeindschaft«) und die »Herabwürdigung der körperlichen Liebe.« Den »Stand der Forschung« und alle »wissenschaftlichen Erkenntnisse« sieht Lustfreund Rebe erregt auf seiner Seite: Eine »in sich unstimmige Religion« mit erfundenen Evangelien und einem »angeblichen Gottessohn« beleidige die Wahrheit und die intellektuelle Redlichkeit. Ein Schmankerl hält der März-*Merkur* mit einer Großrezension der deutschen Übersetzung von William H. Gass' *The Tunnel* (Rowohlt) bereit. Wer die über 1000seitige Lektüre dieses Romans (mit 20jähriger Entstehungszeit) über den »Faschismus des Herzens« scheut, erhält hier einen kritischen Eindruck.

Noch im April soll ein Weblog die gedruckte Zeitschrift (www.online-merkur.de) ergänzen.

Heft 3 des 65. Jahrgangs hat knapp 90 Seiten, verzichtet auf ein Editorial, die (gedruckte!) Auflage betrug 2011 4500 Stück, das Durchschnittsalter der Beiträger zur aktuellen Ausgabe beträgt rund 55 Jahre, Frauenquote: 0 Prozent.

Robert Spaemann 85

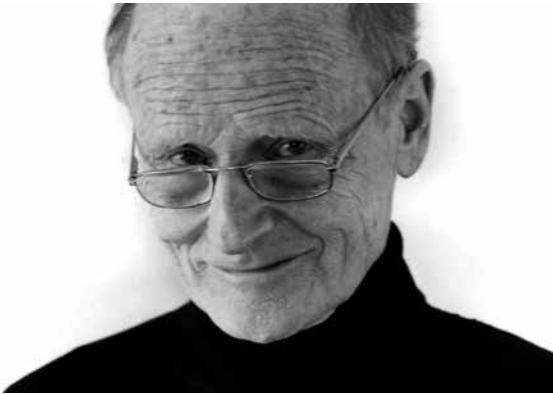
Robert Spaemann begeht am 5. Mai 2012 seinen 85. Geburtstag. Er ist einer der bedeutendsten zeitgenössischen Philosophen, zugleich Vertrauter des Papstes und ein Mann, der trotz seiner zeitgeistkritischen Stellung als Vertreter eines christlichen Naturrechts hohes Ansehen in allen Lagern genießt. Der gebürtige Berliner studierte Geschichte, Philosophie, Romanistik und Theologie und habilitierte sich 1962 in Münster, wo er zum Kreis um Joachim Ritter zählte. Seine zahlreichen Bücher sind in 13 Sprachen übersetzt. Zu seinen wichtigsten Werken zählen *Zur Kritik der politischen Utopie* (1977), *Töten oder sterben lassen?* (1997) und *Das unsterbliche Gerücht. Die Frage nach Gott* (2005). Jüngst erschienen seine *Gesammelten Reden und Aufsätze* (*Sezession* 37/2010; 42/2011) sowie die Broschüre *Nach uns die Kernschmelze: Hybris im Atomzeitalter* (2011).

Kritisch äußert sich Spaemann etwa zur aktuellen Debatte um die Kirchensteuer: »Das



Aufklärung« und einer ironischen Haltung verpflichtet sieht, von einem scharfzüngigen Ästheten und Ernst-Jünger-Aficionado an einen einstigen Jesuitenschüler und Hörfunkjournalisten weitergereicht. In der dritten Ausgabe unter Demands Ägide ist eine eigene Handschrift kaum zu entziffern. Daß sich zahlreiche der zwölf Beiträge mit Stand, Wert und Verfall des Christentums auseinandersetzen, erklärte Demand im Deutschlandradio-Interview sinngemäß mit einem Zufall: Man habe schlicht ungedruckte Manuskripte aus früheren Zeiten gesichtet und übernommen. Lesenswert ist der Beitrag des emeritierten Politikwissenschaftlers Wolfgang Fach über »Gott in Amerika« als einem »Gott des Gefühls«. Anhand der geradezu extrem (protestantisch) vielfältigen Glaubenslandschaft in Bentonville/Arkansas, wo Walmart-Erbin Alice Walton gerade ihr 1,4 Milliarden Dollar teures Museum of American Arts einweihete, beschreibt er eine Religiosität, die Fett angesetzt habe: »Tocquevilles hohlwangige Wanderprediger werden von pausbäckigen Vereinsmeiern abgelöst, Missionare sind, wohlgenährt, im Nebenamt tätig.« Gut lebt, wer sich gut fühlt: »Wow« – das war's wohl schon. Von den Zehn Geboten bleibt am Ende ein Urlaut.«

Skandalöse ist, daß der, der keine Kirchensteuer mehr zahlt, exkommuniziert ist. Sie können die Auferstehung Jesu leugnen, dann werden Sie als Priester noch nicht suspendiert. Aber wenn es ans Geld geht, wird es ernst. Diese Koppelung –



Kirchenzugehörigkeit und Kirchensteuer – muß fallen.« Als jüngst dem Pfarrer Oblinger – gelegentlicher Autor auch dieser Zeitschrift – vom Augsburger Bischof Zdarsa untersagt wurde, weiterhin für die *Junge Freiheit* (JF) zu schreiben, erhob Spaemann in der JF die Stimme: Er fühle sich durch die bischöfliche Unterstellung, die JF sei ein »extremistisches Blatt«, mitbetroffen und weise den Vorwurf als »Blödsinn« zurück. »Viele denken bei »konservativ«, man sei dann nicht mehr »zukunftsfähig«. Es ist, als hätten diese Leute alle Hans Küng verinnerlicht, der »Zukunftsfähigkeit« gerne für wichtiger hält als Wahrheit.« Ende Mai dieses Jahres wird bei Klett-Cotta Spaemanns »Autobiographie in Gesprächen« *Über Gott und die Welt* herauskommen.

Neuer Herausgeber II: Kursbuch

Seit seiner Gründung 1965 wechselte das *Kursbuch* öfters Verlag und Herausgeber. Nachdem Michael Naumann mit seinem »magazinigeren« Zuschnitt vor vier Jahren gescheitert war, lag das einstige Mobilisierungsorgan der 68er auf Eis. Nun hat der relativ junge Hamburger Murmann Verlag die kulturpolitische Zeitschrift übernommen, Chefredakteur ist Peter Felixberger, Herausgeber Armin Nassehi, beide sind Jahrgang 1960, beide Gesellschaftskundler. Sowohl das kurze Vorwort von Sven Murmann als auch das ausführliche Editorial scharwenzeln um die Gretchenfrage herum, wie es um die politische Ausrichtung des neuen *Kursbuchs* bestellt sein wird. Murmann suchte einen Herausgeber mit Leidenschaft »für nicht nur die linken« Theorien und verbannt die »komischen alten Säulenheiligen«; die beiden Heftbosse sehen »Gesellschaft« immerhin als »polytextural« an, darum wolle man ein Forum der »Perspektivendifferenz« pflegen. Vortrefflich liest sich der so kenntnisreiche wie elegant geschriebene Beitrag von Werner Schmidbauer über »Krisen der Psychotherapie«, der mit Patienten, Therapeuten und Krankenkassen und der medialen Verwurstung narzißtischer Störungen (»Burn out«) gleichermaßen ins Gericht geht. »Es gibt nicht wenige Fälle, in denen das Leistungssystem der Kassen und der Ehrgeiz

der Therapeuten dazu führen, daß viel Zeit und Kraft für Behandlungen aufgewendet werden, die mehr schaden als nutzen, weil sie auf unheilvolle Weise die Größen- und Allmachtsphantasien reizen, mit deren Hilfe in ihrem Selbstgefühl verletzte Menschen in der von mediengespeisten Illusionen durchtränkten Welt versuchen, ihre Zweifel zum Schweigen zu bringen.« Lesenswert auch Florian Rötzers »Streifzug durch die neuen Öffentlichkeiten«, der beschreibt, warum sich durch Explosion der Informationsflüsse gerade der Trend zur Konformität verstärkt. Immerhin interessant: Jasmin Siris Ergründung der Sachlage, warum Parteien von Krisen geradezu leben. Ihre Fußnoten verweisen auf: Burke, Michels, Schmitt, Koselleck.

Im Bildteil (Heftmitte) werden Werke des beninischen Kanisterkünstlers Romuald Hazoumè vorgestellt, eine über Hazoumè promovierte Kunstgeschichtlerin liefert eine Werkbeschreibung. Der »international berühmte« Künstler will mit seinen Kanistermasken aus Sperrmüll, die sich zum Teil im Besitz des Freistaates Bayern befinden, die »wechselseitigen Beziehungen« zwischen Afrika und Europa und die »weltweit krisenhafte Wirtschaftsentwicklung« verdeutlichen.

Kursbuch 170 hat 208 Seiten und kostet 19 €, das Durchschnittsalter der Beiträger liegt bei 49 Jahren, die Frauenquote beträgt 28 Prozent; www.kursbuch-online.de, Tel.: 040/39 80 83-0.

Der schöne Mann

Nicht unbedingt die opulenten Bildstreifen voll magerer Männer in silbernen Stretchhosen oder Grobstrickoveralls machen das Magazin *Der schöne Mann* zu einem herzerreißenden Stück Zeitgeschichte; lesenswerter sind die auf Bedeutsamkeit angelegten Theorieteilchen dazwischen.

Eine »Vision zu Mann und Mode« wollten Studenten des Fachbereichs »Integriertes Design« an der Hochschule für Künste Bremen formulieren. Dieser visionäre Zugriff auf die Mo-



detheorie der Herrenbekleidung beinhaltet zum einen den Entwurf diverser – meist »rollensprengender« – Modekollektionen, zum anderen eine »Schreibwerkstatt«, in dem die Jungdesigner (beiden Geschlechts) sowohl ihr je eigenes Theoriekästlein öffnen, als auch arrivierte Modeschaffende themabezogen zu Wort kommen lassen. Was kleidet den Herren, und zu welchem Behufe?

Daß die laborierte Herrenmode heute oft wirke, »als hätte man sie für Frauen entworfen«, wird nicht problematisiert, sondern als spannende Herausforderung gesehen, als »Ort provozierender und kritischer Kreativität«. Ein Modeschöpfer findet im Obdachlosen die »neue Stilikone«, den »großen Wilden, als ursprünglichen Mann mit natürlichem Stil«: ein Hoch auf den (kostspieligen, etwa von Vivienne Westwood designten) Pennerlook als Kontrapunkt in einer »kosmetikverseuchten Welt«! Ein anderer trägt selbst gern Seide, Taillenbetontes und Rosa und imaginiert den Idealkäufer seiner Modeprodukte: »schön, hochgewachsen, schlank und weich, wenig Muskeln. Ein Körper, nicht direkt männlich, aber auch nicht weiblich.«

Eine angehende Designerin will die »neue Rolle des Mannes endlich in Mode bringen«, weshalb ihr Entwurf, angelehnt an die Silhouetten von Haushaltsgeräten, fünf sogenannte Outfits für den Hausmann umfaßt: »Alle sind bequem, gemütlich, funktional, sie stehen für die unsichtbare Attraktivität, der der Mann zu Hause hat.«

Ansehnlich nach herkömmlichem, vulgo reaktionärem Verständnis hingegen sind die Entwürfe eines türkischstämmigen Modeschöpfers, der seinen jetzigen Ort mit seinen Wurzeln verschränken will: Er versteht seine Kollektion als »Sehnsuchtsort«, der den »eleganten Mann mit Manieren« repräsentieren soll. Seine ärmellose Jacke bedeute »Unabhängigkeit und Freiheit – sie engt weder beim Kampf noch beim Volkstanz ein«; der Kragen ist »steif und respektabel« mit genügend Raum für den Hals. Der Umgang mit Traditionen mache frei, »und nur ein unabhängiger Mann ist ein schöner Mann.«

Die erste Auflage (283 S., 14 €) des *Schönen Mannes* war ratzfatz vergriffen, eine Neuauflage steht aus.

Carl Schmitt – der Denker als Dichter

Falls es etwas Unumstrittenes gäbe, was zum Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985) zu sagen wäre, so ist es sein Facettenreichtum. Für jeden auch nur marginal an Schmitts Schaffen Interessierten sind die nun von der Carl-Schmitt-Gesellschaft herausgegebenen *Gedichte für und von Carl Schmitt (Plettenberger Miniaturen)* eine hinreißende Lektüre. Der Knalleffekt entstammt zuvörderst den Gedichten aus Schmitts eigener Feder. Wir lesen etwa einen milde gehässigen (Ab)Gesang des Nachkriegsgeächteten auf den reüssierenden, jüngern Dichterfreund mit dem Titel »Der Waldgang«. Den »Knabenlehrerknaben« attestiert Schmitt hier »phänomenale Geistesgaben / das kann man dann am besten sehen, wenn sie im Wald spazieren gehen. // Zwar ist es nicht direkt Spazieren / und mehr gestrafftes Promenieren, / mit vielen Preisen, hohen Orden, / die längst désinvolte geworden ... So sieht die groß' und kleine Welt / sich in ihr Tagebuch gestellt; / die Orden klimpern höchst diskret / zu dem, was dort geschrieben steht«. Neben reizenden Benn- und Rilkeparodien und Süffig-Karnevaleskem (»verborgen bleibt der liebe gott / die

ganze welt wird melting-pot«) kommt Schmitts »Neuester Stand der Nationalhymne« von 1954, anspielend auf den Hymnenstreit zwischen Heuss und Adenauer, erstmals zur Veröffentlichung: »Von dem Neckar bis zur Kinzig, / Von Bad Ems bis Degerloch, / Dieses Deutschland ist sehr winzig, / Und identisch bleibt es doch.«

Das Heft (32 S., 10 €) ist erhältlich über die Carl-Schmitt-Gesellschaft, Bahnhofstraße 103, 58840 Plettenberg; postmaster@carl-schmitt.de.

Umwelt & Aktiv

Ein vortreffliches Umweltmagazin, frei von politgrünem Ballast, gibt viermal im Jahr der Verein Midgard e. V. heraus. Man will »nicht länger jenen Menschen das Thema Umweltschutz und Naturschutz überlassen, denen gar nichts an der Heimat liegt.« Die Zeitschrift versteht sich nicht als Veröffentlichung im Sinne des Pressegesetzes, sondern als Rundbrief für Mitglieder und Interessenten. Die aktuelle Ausgabe befaßt sich eingehend und kritisch mit Erdgas als Brückentechnologie, mit dem Glühlampenverbot sowie, besonders lesenswert und recht gnadenlos illustriert, mit »unserm täglich Brot« und dem Niedergang



des traditionellen Bäckerhandwerks. Wie kalkulieren und was genau verarbeiten die sogenannten Backshops, welche Bedürfnisse deckt die vorgebliche »rund um die Uhr«-Frische der aufgebackenen Teiglinge aus fragwürdigen Zutaten weltweiter Herkunft? Ein deutscher Groß»bäcker«, aus Warschau wirtschaftend, erklärt: »Der Tod der Handwerksbäcker ist der deutsche Verbraucher selbst: Geiz ist geil.« Portraits zum Baum und Vogel des Jahres, Artikel zum Sprachschutz, zu einer Familiengründungsinitiative von Opel und der Zeitschrift *Eltern* sowie Buchrezensionen ergänzen das unkonventionelle Magazin. Hübsch auch die Anleitung zur Herstellung des gesunden Modegetränks Smoothy aus dem Selbstversorgergarten oder von der Wiese: Man nehme Meldeblätter, Giersch, Lindenknospen, gebe Eierschale und Honig hinzu und püriere fein! Nr. 1/2012 hat 40 Seiten und kostet 3,90 €. Bezug über: Umwelt & Aktiv, PF 1432, 83264 Traunstein; www.umweltundaktiv.de.

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch-kulturelle Zeitschrift. Gebildet, widerborstig und konservativ zu sein, ist das Gebot der Stunde: Wer einigermaßen wachen Auges und Geistes in Deutschland lebt, wird nach rechts blicken, wo verantwortungsbewußt gedacht und argumentiert wird.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechsmal im Jahr auf jeweils 60 Seiten – dreimal thematisch gebunden, dreimal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik herausgegeben, unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stockler, Ellen Kositzka, Götz Kubitschek (ViSDP), Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 45 € im Normalbezug,
- ▶ 30 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 55 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2012

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Post-Demokratie* von Karlheinz Weißmann (Ladenpreis 8,50 €).

Sezession

Rittergut Schnellroda
D-06268 Steigra

Überblick 2012, 10. Jahrgang



Heft 46 / Februar / 10 €
Themenheft »Lage 2012«
60 Seiten, Beiträge u.a.:

Götz Kubitschek
Wir Unbeholfenen

Thomas Hoof
Tanz auf der Nadelspitze

Martin Lichtmesz
Emma West

Ellen Kositzka
Veganismus



Heft 49 / August / 10 €
offenes Heft
60 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenportrait
Martin Walser

Karlheinz Weißmann
Geistig-moralische Wende

Erik Lehnert
Entweder-Oder?

Frank Lisson
homo creator



Heft 47 / April / 10 €
offenes Heft
60 Seiten, Beiträge u.a.:

Martin Böcker
Manövererst

Felix Springer
Geopolitik und Neue Rechte

Heino Bosselmann
Widerstand

Günter Scholdt
Was darf Satire?



Heft 50 / Oktober / 10 €
»Stil«
60 Seiten, Beiträge u.a.:

Götz Kubitschek
50 mal Sezession

Karlheinz Weißmann
Intensität

Ellen Kositzka
peer groups

Martin Lichtmesz
Der Rechte als Dandy



Heft 48 / Juni / 10 €
Themenheft »Macht«
60 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenportrait
Elias Canetti

Karlheinz Weißmann
Sanfte Macht

Felix Menzel
Medienmacht

Michael Stahl
Macht und Konsens



Heft 51 / Dezember / 10 €
offenes Heft
60 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenportrait
Golo Mann

Andreas Vonderach
Männer und Frauen

Erik Lehnert
60 Jahre bpb

Wiggo Mann
Chronik 2012

Komm du nun, sanfter Schlummer! zu viel begehrt
Das Herz; doch endlich, Jugend! verglühst du ja,
Du ruhelose, träumerische!
Friedlich und heiter ist dann das Alter.

(aus Friedrich Hölderlin: »*Abendphantasie*«)